

Preußische Allgemeine



Nr. 24 · 17. Juni 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Zurück zur Atomkraft?

Die Energiewende steckt in der Sackgasse. Angesichts rasant steigender Strom- und Treibstoffpreise werden Forderungen laut, zur Kernenergie zurückzukehren
Seiten 2 und 3



Schicksal Eine neue Biographie würdigt Kurt von Schleicher **Seite 11**



Familienfest Das Jahres-treffen der Ostpreußen in Wolfsburg **Seiten 13 & 18**

FOTOS: SHUTTERSTOCK; PAZ; AS ULLSTEIN BILD 069838-H

AUFGEFALLEN

Windräder in die Städte

Die Bundesregierung möchte den Ausbau der Windkraft beschleunigen. Dafür legte sie am 8. Juni einen Gesetzesentwurf vor, der unter anderem verpflichtende Flächenziele und die Vermeidung einer „Verhinderungsplanung“ durch die Bundesländer vorsieht. Künftig, so das Bestreben der Regierung, soll der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohngebäuden höchstens 1000 Meter betragen.

Schon seit Jahren gibt es immer wieder Streit zwischen den Verfechtern der Windkraft und ihren Gegnern – wobei die Befürworter in der Regel dort zu Hause sind, wo keine Windräder stehen, etwa in den Großstädten, in denen der Bau derartiger Anlagen nicht erlaubt ist.

Sollte man angesichts dieser Umstände den Mindestabstand nicht einfach ganz streichen? Dann könnten Windräder endlich dort errichtet werden, wo ihre größten Befürworter sitzen. Zum Beispiel in den noblen Altbauquartieren in Berlin-Kreuzberg oder Hamburg-Eppendorf, wo die Grünen seit jeher besonders viele Stimmen holen. Oder auf dem südlichen Vorplatz des Bahnhofs Friedrichstraße, wo gleich um die Ecke der Bundesverband WindEnergie residiert. Technisch sollte das angesichts der Höhen der Anlagen von mehreren hundert Metern kein Problem sein.

Das klingt absurd? Mag sein. Doch absurd finden ihre Lage ganz sicher auch die Menschen auf dem Lande, denen die monströsen Windräder seit Jahren ungefragt zugemutet werden – von Entscheidern, die im Leben nicht mit ihnen tauschen würden. *neh*

POLITIK

Gibt es eine Alternative für die „Alternative“?

Beim AfD-Bundesparteitag am Wochenende streben innerparteiliche Kritiker einen personellen und inhaltlichen Neuanfang an

VON RENÉ NEHRING

An diesem Wochenende wählt die Alternative für Deutschland (AfD) auf ihrem 13. Bundesparteitag in Riesa einen neuen Bundesvorstand. Sind Delegierten- oder Mitgliederversammlungen bei den etablierten politischen Wettbewerbern zumeist gut inszenierte Pflichtveranstaltungen, bietet die AfD seit Jahren regelmäßig Raufereien auf offener Bühne.

So kam es 2015 in Essen zur Kampfkandidatur zwischen dem Gründungsvorsitzenden Bernd Lucke und der sächsischen Landesvorsitzenden Frauke Petry. Nach seiner Niederlage verließ Lucke die Partei, über 2000 Mitglieder folgten ihm. Für Petry schlug dann rund um den Bundesparteitag 2017 in Köln die Stunde, als sie wegen einer Schwangerschaft vorab ihren Verzicht auf die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl erklärte und dann während des Parteitags auf offener Bühne marginalisiert wurde. Nach dem Einzug in den Bundestag erklärte auch sie ihren Rückzug aus der Partei. Und spektakulär war zuletzt die Wutrede des Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen auf dem Parteitag 2020 in Kalkar, in der er mit Provokateuren und Quertreibern in den eigenen Reihen abrechnete. Inzwischen hat Meuthen ebenfalls die Partei verlassen.

Auch der Parteitag an diesem Wochenende birgt einiges Streitpotential.

Nach der Frage, ob die Partei künftig von einem oder zwei Sprechern geführt werden soll, steht die Wahl darüber an, welche Personen die AfD künftig führen sollen – und wohin. Sollten sich die Delegierten für eine Einzelspitze entscheiden, wird es aller Voraussicht nach zu einer Kampfkandidatur zwischen dem bisherigen Co-Vorsitzenden in Partei und Bundestagsfraktion, Tino Chrupalla, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Norbert Kleinwächter, kommen. Bleibt es bei einer Doppelspitze, hat auch der Europaabgeordnete Nicolaus Fest seine Kandidatur angekündigt.

„Weiter so“ oder „Neuanfang“?

Chrupalla wird von parteiinternen Kritikern vorgeworfen, seit seinem Erscheinen an der Spitze keine Akzente gesetzt zu haben. Zudem habe er eine klare Abgrenzung nach rechts außen vermieden. Und seine Pro-Russland-Rede zu Beginn des Ukrainekriegs habe zum Austritt von über 500 Mitgliedern geführt. Insgesamt, so die Kritiker, stehe Chrupalla für eine Serie von inzwischen zehn Niederlagen bei Bundes- und Landtagswahlen.

Kleinwächter fordert einen grundlegenden Neuanfang der Partei: ein seriöses Auftreten nach außen, einen kollegialen Stil nach innen, eine sachorientierte Arbeit bei Fragen wie Inflation, Wirtschaft oder Sicherheit sowie eine professionelle Kommunikation in allen Bereichen. Dass er da-

mit Erfolg haben wird, kann angesichts der bisherigen Parteigeschichte bezweifelt werden. Bislang zumindest wurde das Erscheinungsbild der AfD immer wieder von Politclowns geprägt, die randalierende Tweets oder martialische Reden im Thüringer Wald tatsächlich für Politik halten.

Erstaunlich an der Entwicklung der AfD ist, wie beharrlich sie den Weg ihrer europäischen Schwesterparteien ignoriert. Während etwa in Frankreich Marine Le Pen den ideologischen Ballast des früheren „Front National“ über Bord warf (einschließlich einer Änderung des Parteiamens und des Rauswurfs ihres eigenen Vaters Jean-Marie) und mit diesem Kurs hin zur Mitte bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen rund 40 Prozent holte, driftet die AfD Schritt für Schritt an den Rand – und fällt entsprechend zurück.

Laut einer aktuellen INSA-Analyse würde die Partei derzeit selbst in ihren östlichen Hochburgen kein Bundestagsdirektmandat gewinnen. Bei der Kommunalwahl in Sachsen am vergangenen Wochenende errang sie keinen der von ihr erhofften ersten Landratsposten. Dass die AfD mancherorts selbst von den Freien Wählern überholt wurde, die dort noch vor Kurzem kaum eine Rolle spielten, zeigt, dass auch im Osten der Republik diejenigen Bürger, die eine Alternative zu den etablierten Parteien suchen, keine „Fundis“ wollen, sondern eine konstruktive, politikfähige Opposition.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Kommen weitere Schattenhaushalte zur Umgehung der Schuldenbremse?
Seite 5

Kultur
Anmerkungen zum neuen Roman von Uwe Tellkamp „Der Schlaf in den Uhren“
Seite 9

Pommersche Zeitung
Die Greifswalder Oie – eine kleine Insel mit vielseitiger Geschichte
Seite 19

Leben
Jenseits des Schlosses – Warum Rheinsberg zur Zeit kein Idyll ist
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Energie Braucht Deutschland die Kernkraft? Anmerkungen zur aktuellen Lage
– sowie zu einer seit Jahrzehnten emotional geführten Debatte

„Die Kernenergie hat einen exzellenten Job gemacht“

Was für die Rückkehr zur Atomkraft und gegen eine einseitige Fokussierung auf die Erneuerbaren Energien spricht

IM GESPRÄCH MIT
ANNA VERONIKA WENDLAND

Unter den Stimmen, die für eine Rückbesinnung auf die Kernenergie werben, sticht Anna Veronika Wendland als frühere Anhängerin der Anti-Atomkraftbewegung heraus. In den vergangenen Jahren forschte sie in Atomanlagen über Reaktorsicherheit und nukleare Arbeit. Im Ergebnis dieser Erkundungen sagt sie heute „Atomkraft? Ja bitte!“

Frau Wendland, zum Ende dieses Jahres gehen die letzten drei deutschen Reaktoren vom Netz. Ausgerechnet jetzt plädieren Sie für ein Comeback der Atomkraft. Warum?

Weil ich vom politischen Ziel her denke. Bis 2050 soll unsere Industriegesellschaft CO₂-neutral sein. Weil Strom dann zahlreiche heutige Energiequellen ersetzen muss, hat dies zur Folge, dass wir in wenigen Jahren etwa dreimal mehr Strom verbrauchen werden als heute.

Unsere Bundesregierung glaubt, sie könne diese Herausforderung allein mit Erneuerbaren Energien bewältigen. Ich fechte diese Auffassung an und empfehle, lieber auf ein komplementäres System zu setzen, bei dem die „Erneuerbaren“ 60 Prozent des Strombedarfs tragen und die Atomkraft 40 Prozent. Das große Problem der Erneuerbaren ist und bleibt, dass sie nicht ganzjährig rund um die Uhr zur Verfügung stehen und somit auf eine fossile Absicherung oder eine teure und noch nicht in Ansätzen vorhandene Speicher-Infrastruktur angewiesen sind. Und das einzige Backup, das versorgungssicher und zugleich CO₂-arm ist, ist die Kernkraft.

Ihr Argument, dass die Erneuerbaren nicht nur die bisherigen Arten der Stromgewinnung ersetzen müssen, sondern auch die bisherigen Leistungen der „Verbrenner“, spielt in den Debatten zur Energiewende kaum eine Rolle. Das stimmt. Dabei prognostizieren Institutionen wie das Solarforschungsinstitut Fraunhofer ISE für 2050 konservativ geschätzt einen Jahresstrombedarf in Deutschland von bis zu rund 1500 Terrawattstunden, also ungefähr dreimal mehr ist, als wir heute verbrauchen. Vielen Befürwortern der Erneuerbaren ist schlichtweg nicht klar, was es heißt, Stahl- oder Chemiewerke mit Strom zu betreiben.

Die vollständige Versorgung der Industrie mit Erneuerbaren hätte neben dem enormen Strombedarf auch eine irrsinnige Rohstoffbilanz zur Folge. Es ist ja nicht so, dass uns – wie der beliebte Slogan lautet – Sonne und Wind keine Rechnung schicken würden. Die Anlagen für die Ernte von Wind und Sonne haben einen enormen Rohstoffverbrauch. Aller Voraussicht nach sind die künftigen Rohstoffströme sogar wesentlich größer als die bisherigen, weil für die Erneuerbaren deutlich mehr Material mobilisiert werden muss, um dieselbe Menge Strom zu ernten und zu speichern.

Das könnten wir uns ersparen, wenn sich die deutsche Politik – die Kernkraft wird ja nur in Deutschland verteuert – nicht mehr in die Tasche lügen und stattdessen nach pragmatischen Lösungen suchen würde.

Bundesfinanzminister Lindner hat vor ein paar Tagen angeregt zu prüfen, ob man die drei noch bestehenden Kernkraftwerke nicht doch weiterbestehen

lassen sollte. Aus dem Haus von Wirtschaftsminister Habeck kam prompt die Antwort, es sei alles geprüft, die Atomkraft sei nicht nur gefährlich, sondern auch zu teuer, zu ineffizient und zu wenig nachhaltig. Wie realistisch ist angesichts dieser Aussagen Ihre Forderung, zur Kernkraft zurückzukehren?

Realistisch im Sinne einer baldigen Umsetzung ist sie natürlich nicht. Das liegt vor allem daran, dass die Grünen in der Regierung sitzen. Die Argumente von Herrn Habeck stammen aus dem Bundesumweltministerium, wo faktisch seit Jahren die bürokratisierte Anti-AKW-Bewegung sitzt, die nun auf ministerieller Ebene Politik macht. Natürlich bringen diese Leute alle möglichen Vorwände gegen eine Rückkehr der Kernenergie vor. Aber die Vorwände sind alle entkräftet, sowohl von den kerntechnischen Fachgesellschaften als auch durch ein juristisches Gutachten.

Im Grunde ihres Herzens wissen die Grünen und insbesondere Herr Habeck,

ren Industrien und deren Altlasten. Die Kohleverstromung zum Beispiel tötet allein durch die Abgase etliche tausend Menschen pro Jahr. Dennoch ist sie von den Grünen immer stillschweigend als kleineres Übel akzeptiert worden.

Gegen die Kernenergie wird immer wieder auch das Problem der aufwendigen Endlagerung angeführt.

Auch dieses Argument zieht bei genauerer Betrachtung nicht. Der Atommüll ist wegen seiner Leistungsdichte kompakt und relativ einfach handhabbar. Es ist, anders als vielfach behauptet, auch kein Hexenwerk, mit diesem Atommüll umzugehen.

Das Problem ist, das an den Spitzen der zuständigen Umweltbehörden grüne Funktionäre sitzen, die über die Atomkraft nur Angstbotschaften verbreiten. Diese Leute werden voraussichtlich nie ein Endlager finden.

Halten Sie die Negativfixierung der Grünen auf die Atomkraft für echte

digkeit, die alten Kohlebuden wieder zu reanimieren. Nahe dem zum Jahresende abgeschalteten Kernkraftwerk Grohnde zum Beispiel muss das uralte Kohlekraftwerk Heyden ständig in Reserve gehalten werden und regelmäßig Wirkleistung einspeisen, damit das Netz nicht zusammenbricht. Jetzt pustet halt Heyden sein CO₂ und eine Reihe von Luftschadstoffen in die Gegend, weil das Kernkraftwerk stillstehen muss. Nicht weit entfernt davon soll die Georgsmarienhütte bei Osnabrück „grünen Stahl“ produzieren und sucht verzweifelt nach einem Standort für 60 Windkraftanlagen, die sie bräuhete, um mit Öko-Strom ein Elektrostahlwerk laufen zu lassen. Ein Stromliefervertrag mit einem Kernkraftwerk würde ihnen das alles sofort ermöglichen, die CO₂-Bilanz der Kernenergie ist dieselbe wie die von Windkraft.

Allerdings ist mit Klaus Müller aus der Chef der Bundesnetzagentur ein Grüner. Und der wird den Teufel tun und erzählen, dass die Netzstabilität ernsthaft gefährdet ist. Stattdessen wird auch er be-

tungen wieder hochzufahren. Dafür bräuhete sie noch nicht einmal große Fördermittel, weil angesichts der jetzigen Strompreise ein Kernkraftwerk eine Lizenz zum Gelddrucken wäre. Das einzige, das die Kraftwerksbetreiber brauchen, ist Planungssicherheit für einen längeren Zeitraum.

Damit sind wir bei einer anderen spannenden Frage, nämlich wie ehrlich die Forderungen der Herren Lindner, aber auch Söder und Merz nach einer Rückkehr zur Atomkraft wirklich gemeint sind. Sie hätten ja längst im Bundestag entsprechende konkrete Anträge stellen können. Erstaunlich ist auch, dass sie erst jetzt auf der Bühne erscheinen. Im März haben die Kraftwerksbetreiber gesagt, dass sie prinzipiell zu einer Laufzeitverlängerung bereit wären, jedoch für die Bestellung der Brennelemente einen Vorlauf haben und das dafür benötigte Zeitfenster Ende Mai schließe. Und punktgenau Ende Mai fängt Herr Lindner mit der Kernkraftdiskussion an. Da fragt man sich, wo der Minister eigentlich die ganze Zeit vorher war.

Was sollte Ihrer Meinung nach aus den Erneuerbaren Energien werden? Sie haben in Ihrem Buch geschrieben, dass Sie kein Interesse daran haben, diese schlechtzureden, dass Sie jedoch auch keines „am Gesundbeten von offensichtlichen Schwächen“ haben.

Genau das ist ein Punkt, der in der Diskussion leider sehr oft verwechselt wird. Ich kritisiere nicht die Erneuerbaren Energien, sondern die alleinige Fixierung darauf. Die Erneuerbaren haben Stärken – sie haben in den letzten Jahren ungeheure technologische Fortschritte gemacht, sind relativ schnell, einfach und kostengünstig zu errichten und daher auch gut geeignet für Bürger-Energiegenossenschaften. Doch haben sie – wie alle anderen Arten der Energiegewinnung auch – inhärente Schwächen, die in einem klugen Mix ausgeglichen werden können. Wenn man das ausspricht, wird man jedoch schnell als Hetzer dargestellt, der eine fortschrittliche Technologie schlechtreden will. Die Erneuerbaren werden von Politikern wie Habeck zur Staatsraison erklärt. Doch das sind sie nicht. Sie sind eine von mehreren Alternativen zur Erzeugung von Strom, und sie müssen sich selbstverständlich dem Vergleich mit allen anderen Erzeugern stellen.

Wer die Kritik an den Erneuerbaren unterdrückt, riskiert nicht nur technischen Stillstand, sondern auch – etwa bei den Windparks, die jetzt massiv ausgeweitet werden sollen –, dass die vor Ort Betroffenen auf die Barrikaden gehen. Doch mit der Brechstange lässt sich kein gesellschaftlicher Konsens erzielen. Das gilt allerdings genauso für den Bau von Atomkraftwerken. Deshalb ist es so wichtig, eine wahrhaft offene Diskussion über die uns zur Verfügung stehenden Arten der Energiegewinnung zu führen – und am Ende einen der Chancen und Risiken am besten ausgleichenden Energiemix zu entwickeln.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Dr. habil. Anna Veronika Wendland** ist Technik- und Osteuropahistorikerin in Marburg und wurde im Dezember 2021 mit einer Arbeit über die Kerntechnische Moderne habilitiert. Im Frühjahr 2022 erschien ihre Streitschrift „Atomkraft? Ja bitte! Klimawandel und Energiekrise. Wie Kernkraft uns jetzt retten kann“ (Quadrigrä Verlag). www.luebbe.de/quadrigrä



Trotz hoher Zuverlässigkeit zum Ende des Jahres 2021 dichtgemacht: Das AKW Grohnde. Nach der Schließung suchen die Betreiber der nahen Georgsmarienhütte nach Windkraftstandorten, um „grünen Stahl“ zu produzieren *Foto: imago/stock&people*

dass es Wahnsinn ist, was sie treiben. Der Wirtschaftsminister trennt sich mit lautem Getöse vom Gas-Despoten Putin, nur um dann bei den Gas-Despoten aus Katar einzukehren. Gleichzeitig kündigt er mit in Sorgenfalten gelegter Stirn an, wir müssten leider, leider weiter Kohle verbrennen.

Warum handelt Habeck Ihrer Meinung nach wider besseres Wissen?

Robert Habeck will 2025 Kanzler werden – und dafür braucht er seine grünen Reihchen in einem intakten Zustand. Deshalb scheint er seinen Anhängern nicht zuzumuten zu wollen, neben Waffen für die Ukraine auch noch die Rückkehr zur Kernenergie schlucken zu müssen.

Das Paradox ist: Die Kernenergie hat in Deutschland – wir reden nicht von der Ukraine oder Japan – einen exzellenten Job gemacht. Sie hat nicht nur zuverlässig Strom geliefert, sondern auch ihren Müll sauberlich geordnet bei sich behalten, anstatt ihn irgendwo in die Natur zu kippen oder in die Luft abzulassen. Das unterscheidet die Kerntechnik von vielen ande-

Sorge um deren Gefahren – oder eher für Kalkül, weil sie wissen, dass sich mit der Angst Wähler mobilisieren lassen?

Ich glaube, beides. Die Frage ist, ob und wie eine aufgeklärte Gesellschaft es schaffen kann, diese Angstpolitik zu knacken. Wer sich unvoreingenommen die Bilanz der deutschen Kerntechnik anschaut, kann nur zu dem Ergebnis kommen, dass diese alles andere als katastrophal ausfällt. Die Erzählung über die entsetzlichen Gefahren der Atomkraft hat mit der in diesem Land erlebten Erfahrung nichts zu tun. Aber sie funktioniert als politische Botschaft und sie mobilisiert Wähler.

Die Politik tut seit Jahren so, als ob die schrittweise Abschaltung der Kernkraftwerke ohne Probleme verlaufe. Sehen Sie das auch so?

Wenn Sie in die Berichte der Netzagenturen schauen, heißt es in den Vorworten stets, dass die Verantwortlichen alles im Griff hätten. Im Kleingedruckten liest man dann von den Unterdeckungen in vielen Leitungsabschnitten und von der Notwen-

haupten, dass es sich hier nur um Übergangsschwierigkeiten handle.

Bei den Debatten der letzten Wochen fällt auf, dass sich die Betreiber der noch bestehenden AKW sehr zurückhaltend äußern und den Forderungen nach einer Laufzeitverlängerung teilweise sogar eine klare Absage erteilen. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Das sind gebrannte Kinder. Die Kraftwerksbetreiber haben wiederholt erlebt, wie die Politik mal „Hü“ und mal „Hott“ gerufen hat. Deshalb trauen sie der Politik nicht mehr und lehnen sich schon gar nicht aus dem Fenster. Hinzu kommt, dass sich die Unternehmen den vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie mit Entschädigungen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro teuer haben bezahlen lassen. Vielleicht befürchten sie, im Falle eines Ausstiegs aus dem Ausstieg aus der Kernenergie dieses Geld wieder zurückzahlen zu müssten.

Das bedeutet aber nicht, dass die Industrie nicht in der Lage wäre, im Falle eines klaren Signals der Politik die Leis-

Die Energiewende steckt in der Sackgasse

Die dramatischen Anstiege bei den Energiekosten ärgern Verbraucher und Industrie gleichermaßen. Doch sie sind nicht die einzige Folge einer fahrlässigen Energiepolitik. Vor allem die Versorgungssicherheit rückt nun in den Fokus

VON FRITZ VAHRENHOLT

Der Krieg in der Ukraine hat uns allen vor Augen geführt, wie fahrlässig die deutsche Energiepolitik in den letzten zwölf Jahren betrieben wurde. Doch schon vor dem Krieg manifestierten sich die Fehler in steigenden Preisen und in Defiziten in der Versorgungssicherheit. Allein seit Mitte des Jahres 2021 stiegen die Preise für Erdgas massiv an, bis Dezember 2021 vervierfachten sie sich. In der Folge hat sich auch der Strompreis vervielfacht, denn immer mehr Gaskraftwerke mussten für die stillgelegten 20.000 Megawatt-Kohlekraftwerke in Europa und 20.000 Megawatt-Kernkraftwerke in Deutschland einspringen.

Schon bei der Durchführung des Doppelausstiegs aus Kohle und Kernenergie in der Ära Merkel war klar, dass der Ersatz der gesicherten Leistung der konventionellen Kraftwerke nur durch einen erheblichen Import von Erdgas gewährleistet werden könnte. Die neue Ampelkoalition verstärkte diese Erdgasabhängigkeit sogar noch, indem sie in ihrem Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 einen forcierten Ausbau von Wind- und Solarenergie ankündigte. Denn auch dieser löst das Problem der Volatilität der Erneuerbaren Energieerzeugung nicht: Wind steht eben nur mit 25 Prozent der Vollarbeitsstundenzahl des Jahres zur Verfügung, Sonne nur zu etwa zehn Prozent des Jahres. Daher hatte der Koalitionsvertrag folgerichtig einen massiven Ausbau von bis zu fünfzig neuen Gaskraftwerken vorgesehen, die über die Nord-Stream-2-Pipeline gespeist werden sollten. Der durch Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn des Ukraine-Kriegs verhängte Stopp von Nord Stream 2 hat somit eine tragende Säule der deutschen Energiewende eingerissen.

Preistreiber „Greenflation“

Inzwischen wird immer offensichtlicher, wie dramatisch die Verteuerung von Energie die privaten Haushalte und vor allem die mittelständische Industrie belastet. Doch bei den Ursachen kommt man meistens nicht auf des Pudels Kern. Der bedeutendste Preistreiber sind die europäischen Emissionszertifikate, die sich auf über 90 Euro je Tonne CO₂ katalysierten. Allein durch die politisch gewollte Verknappung und Verteuerung der CO₂-Zertifikate haben sich die Strompreise verdoppelt bis verdreifacht. Der Ukraine-Krieg hat die Situation also nur noch verschärft.

Die Bundesregierung ist nun auf dem Boden der Realität angekommen. Zwar gibt es immer noch genug Märchenerzähler wie den Bundesverband WindEnergie, der Windkraft als Lösung zur Unabhängigkeit von Russland anpreist, oder die Deutsche Umwelthilfe, die gerade gegen den Braunkohletagebau Jämschwalde klagt. Doch ist die Lage genau andersherum: Jeder weitere Ausbau mit schwankenden Windkraftanlagen erhöht die Notwendigkeit von Backup-Kraftwerken, solange Speicher nicht zur Verfügung stehen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck scheinen diese Zusammenhänge mittlerweile klar geworden zu sein, immerhin schließt er nicht mehr aus, dass Kohlekraftwerke in Deutschland länger laufen könnten. Einer Laufzeitverlängerung der noch verbliebenen Kernkraftwerke erteilte er allerdings eine Absage. Das wäre nicht verantwortbar, assistierte die grüne Umweltministerin Steffi Lemke.

Fest steht, dass die Stilllegung der letzten Kernkraftwerke und weiterer Kohlekraftwerke die Sicherheit der Stromversorgung weiter belasten wird. Schon heute wird regelmäßig bei schwacher Wind- oder Solarstromversorgung Betrieben der Stahlindustrie und der Metallindustrie zeitweilig der Strom abgeschaltet. Immer häufiger muss die Bundesnetzagentur in die Stromversorgung eingreifen,



Symbol einer gescheiterten Energiepolitik: Windkraftanlagen in Deutschland

Foto: imago/Countrypixel

fen, um das Stromnetz nicht zusammenbrechen zu lassen.

Wie groß die Herausforderung ist, zeigt ein Blick auf die Quellen der deutschen Energieversorgung. Danach leisteten im Jahr 2021 Wind und Sonnenenergie gerade einmal 5,1 Prozent der gesamten deutschen Energieversorgung (Strom, Wärme, Mobilität). Dass nun Wind- und Solarenergie ohne Rücksicht auf die Natur massiv ausgebaut werden sollen, hilft da wenig. Selbst eine Vervielfachung der Wind- und Sonnenenergieanlagen wird allenfalls ein Viertel der Energieversorgung abdecken. Was fehlt ist das Eingeständnis, dass die Energiewende undurchführbar geworden ist.

Schon vor dem Ukraine-Krieg hatte Deutschland die höchsten Strompreise der Welt. Zwar gelingt es mittlerweile, Strom aus Windenergieanlagen und Solaranlagen immer günstiger zu erzeugen. Solarstrom kann hierzulande bereits zu sechs Cent je Kilowattstunde erzeugt werden, Windstrom ebenso. Doch versucht man, den Strom durch Batterie- oder Wasserstoffspeicher der Nachfrage entsprechend zu liefern, verdrei- bis vervierfacht sich der Preis. Denn auf dem Wege von grünem Strom über die Elektrolyse, Zwischenspeicherung und Wiederverstromung in einem Kraftwerk gehen drei Viertel der eingesetzten Energie verloren. Zu diesen Konditionen ist keine industrielle Produktion wettbewerbsfähig.

Kehrtwende von einem Irrweg

Es ist also höchste Zeit, sich neben der ökologischen Frage auch den zwei anderen Säulen einer nachhaltigen Energieversorgung zu widmen: der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit. Der Ausstieg aus der heimischen Braunkohle – „idealerweise 2030“ (Koalitionsvertrag) – wird sich ohne russisches Erdgas nicht realisieren lassen. Wer sich von der russischen Abhängigkeit lösen möchte, kommt an drei Alternativen nicht vorbei:

- die Fortführung und Erweiterung der Nutzung der heimischen Braunkohle, idealerweise mit der in Deutschland entwickelten CO₂-Abscheidung,
- die Nutzung der 1300 Milliarden Kubikmeter Schiefergas in Norddeutschland und unter der Nordsee,
- die Fortsetzung der Nutzung der Kernenergie und die Reaktivierung der Ende des vergangenen Jahres stillgelegten Kernkraftwerke.

Nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011 in Japan gab es ein einziges Land auf der

Welt, das daraufhin einen Ausstieg aus der Kernenergie beschloss: Deutschland. Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die in einer Kurzschlussreaktion vier Tage nach dem Störfall erklärte, dass die ältesten acht Kernkraftwerke abgestellt werden sollten.

Trotz des Unfalls von Fukushima, der in Deutschland laut Reaktorsicherheitskommission niemals hätte passieren können, kamen alle anderen Kernenergieländer der Welt zu anderen Schlussfolgerungen. Spanien, Belgien, Schweiz, USA und Schweden verlängerten die Laufzeit ihrer Kernkraftwerke. Holland und Polen planen den Einstieg in die Kerntechnik. Auch Schweden, das in den 1980er Jahren beschlossen hatte, bis 2000 alle Kernkraftwerke zu schließen, hat mittlerweile den Betrieb einzelner Kraftwerke bis 2040 erlaubt. Sogar der Ersatz bestehender Kernkraftwerke ist dort nunmehr möglich.

In Deutschland war die Laufzeitverlängerung ein halbes Jahr vor dem Ausstiegsbeschluss ebenfalls erfolgt: Im Herbst 2010 beschloss der Deutsche Bundestag eine Verlängerung der Laufzeiten um acht Betriebsjahre für ältere Kraftwerke und um 14 Jahre für jüngere Kraftwerke. Danach wäre Brokdorf im Jahre 2036 vom Netz gegangen. Noch 2008 sagte Bundeskanzlerin Merkel: „Ich halte es nicht für sinnvoll, dass ausgerechnet das Land mit den sichersten Atomkraftwerken die friedliche Nutzung der Kernenergie einstellt.“

Die Folgeschäden der Fehlentscheidung der Kanzlerin und des Deutschen Bundestages von 2011 für den Wohlstand Deutschlands sind immens. Denn in der Regierungserklärung von 2009 hatte die CDU-FDP-Koalition das Ziel der Vorgängerregierung einer 40-prozentigen CO₂-Minderung bis 2020 übernommen. Ein Großteil der durch den Ausstieg wegfallenden CO₂-freien Stromproduktion musste nun durch Kohle- und Braunkohlekraftwerke ersetzt werden.

Um die CO₂-Ziele trotz Kernenergieausstiegs dennoch einzuhalten, mussten andere Bereiche herangezogen werden wie der Verkehr, die Wärmeversorgung und die Landwirtschaft, die mit weiteren CO₂-Einsparvorgaben belastet wurden. Am Ende wurde sogar der Verbrennungsmotor geopfert, eine Schlüsseltechnologie Deutschlands.

Eine neue Kerntechnologengeneration

Mit der Stilllegung der Kernkraftwerke rückt auch das Problem der radioaktiven Rückstände in den abgebrannten Brennelementen, die

in zwölf Zwischenlagern neben den Kernkraftwerken aufbewahrt werden, wieder in den Fokus. Eine neue Generation von Kerntechnologien, die inhärent sicher sind und das Endlagerproblem auflösen, wird weltweit entwickelt – nur nicht in Deutschland. Denn die bis 2011 gültige Zweckbestimmung des Atomgesetzes, die Erforschung der Nutzung der Kernenergie zu fördern, wurde ersatzlos gestrichen.

Die Kerntechnik der IV. Generation, an der weltweit geforscht wird, arbeitet überwiegend mit schnellen Neutronen. Sie sind in der Lage, auch nicht spaltbare Atomkerne durch Neutroneneinfang zu spaltbaren zu machen. Damit wäre das Problem der Reichweite gelöst, denn herkömmliche Reaktoren nutzen lediglich fünf Prozent des Urans durch Kernspaltung. Zugleich wird aber auch das Problem des Atomabfalls gelöst, denn dieser kann als Ausgangsstoff eingesetzt werden. Selbst wenn es nicht um die kostengünstige CO₂-freie Stromerzeugung durch Kernenergie ginge, müsste sich Deutschland mit dieser Technologie befassen, denn sie sichert die Umwandlung der über Zehntausende von Jahren langlebigen Rückstände in Stoffe, die bereits nach einigen hundert Jahren als Abklagen gelten.

Ein neues Konzept der IV. Generation ist auch der Dual-Fluid-Reaktor (DFR). Er wurde als privates Projekt von Kernphysikern aus Deutschland ohne staatliche Zuschüsse entwickelt und hat mittlerweile weltweit Patente. Die Beschreibung des Reaktors durch die Erfinder liest sich wie die Beschreibung des Steins der Weisen:

- Der DFR erzeugt wie die meisten Konzepte der IV. Generation keinen langlebigen Atommüll. Im Gegenteil, er baut bestehenden Atommüll ab.
- Die Energieeffizienz ist etwa 1000 Mal so groß wie bei Stromerzeugungen auf Basis Erneuerbarer Energien.
- Das Kraftwerk ist inhärent sicher.
- Die Erzeugungskosten für Strom sollen für ein Großkraftwerk von 1500 Megawatt elektrischer Leistung bei einem Cent pro Kilowattstunde liegen.

Die Patentinhaber, die sich im privaten Institut für Festkörper-Kernphysik in Berlin organisiert haben, haben ihre Zelte mittlerweile in Vancouver in Kanada aufgeschlagen.

Nun ist die Politik gefragt

Je mehr die desaströsen Unzulänglichkeiten der Energiewende auf Wind- und Solarbasis in den nächsten Jahren zutage treten werden, umso mehr sollte in Deutschland die Offenheit kluger politischer Köpfe wachsen, sich mit einem neuen, sicheren Kapitel der Kernenergie zu beschäftigen.

Ganz dringlich ist aber die Entscheidung, die noch drei bestehenden und die drei gerade geschlossenen Kernkraftwerke fortzuführen. Zusammen würde dadurch so viel Strom produziert wie alle Solaranlagen in Deutschland – und das bedarfsgerecht sowie zu einem Bruchteil der Kosten.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die Grünen – die in der Bundesregierung wichtige Schlüsselpositionen innehaben – einen solchen Schritt gehen werden. Damit übernehmen sie aber auch die politische Verantwortung für den Zusammenbruch der Stromversorgung in den nächsten Jahren.

• **Prof. Dr. Fritz Vahrenholt** war von 1991 bis 1997 Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg und anschließend Mitglied im Vorstand der Deutschen Shell sowie Vorstandsvorsitzender der REpower Systems und der RWE Innogy. Seit 1998 ist er Honorarprofessor an der Universität Hamburg. Zu seinen Schriften gehört „Unerwünschte Wahrheiten. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“ (mit Sebastian Lüning, Langen Müller 2020). vahrenholt.net

Je mehr die desaströsen Unzulänglichkeiten der Energiewende auf Wind- und Solarbasis in den nächsten Jahren zutage treten werden, umso mehr sollte in Deutschland die Offenheit kluger politischer Köpfe wachsen, sich mit einem neuen, sicheren Kapitel der Kernenergie zu beschäftigen

● MELDUNGEN

Militärisch, aber nicht zivil

Hamburg – Aus einer repräsentativen Umfrage des ARD-Politmagazins „Panorama“ geht hervor, dass von den Wählern der Grünen fast drei Viertel gegen Atomkraftwerke zur friedlichen Nutzung der Kernkraft für die Stromgewinnung sind, aber 64 Prozent zumindest für den Verbleib, wenn nicht sogar die Aufstockung der in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen. Mit den 64 Prozent übertreffen sie sogar noch die Wähler von CDU/CSU und FDP, von denen drei Prozentpunkte weniger der Meinung sind, die Vereinigten Staaten sollten ihre Kernwaffen in der Bundesrepublik belassen. Dahingegen wollen 56 Prozent der AfD-Wähler keine US-Atombomben auf deutschem Boden. Vermutlich lagern 20 davon in den Bunkern des rheinland-pfälzischen Fliegerhorstes Büchel. Im Ernstfall könnten sie im Rahmen der nuklearen Teilhabe auch von deutschen Flugzeugen abgeworfen werden. **W.K.**

Panzermuseum ausgezeichnet

Munster – Als einziges Museum in Deutschland hat das Panzermuseum in Munster eine Auszeichnung der Videoplattform YouTube erhalten. Mit seinem Videokanal, dem mittlerweile 100.000 Nutzer abonniert haben, hat das Museum mehr Reichweite auf YouTube als jedes andere deutsche Museum. Seit 2012 haben die Museumsmitarbeiter in Munster 227 Filme produziert, die nicht nur Informationen über die Entwicklung der Panzertechnik liefern, sondern auch anderes Wissen zur Geschichte im Allgemeinen und zur Militärgeschichte im Besonderen vermitteln. Das Panzermuseum schneidet mit den Abo-Zahlen für seinen YouTube-Kanal auch im internationalen Vergleich gut ab. Nach seinen eigenen Angaben liegt es unter allen Museumskanälen auf Platz 18. Zum Bestand des Panzermuseums Munster im Heidekreis zählen rund 100 Militärfahrzeuge, die zumeist von Wehrmacht, Nationaler Volksarmee und Bundeswehr stammen. **N.H.**

BND paktierte mit China

Köln/Pullach – Laut dem Westdeutschen Rundfunk kam es nach dem Bruch zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China zu einer verdeckten Zusammenarbeit zwischen dem Bundesnachrichtendienst (BND) und den Geheimdiensten Pekings. Im Verlauf der 1985 begonnenen Operation Pamir wurde Abhörtechnik im Wert von mehreren Millionen D-Mark entlang der sowjetisch-chinesischen Grenze stationiert, um auf diese Weise Einblick in die Kommunikation der sowjetischen Streitkräfte zu gewinnen. Darüber hinaus erfolgten Tests von Stör- und Täuschsystemen für bundesdeutsche Kampfflugzeuge. Während der US-Geheimdienst CIA, der von der nordwestchinesischen Provinz Xinjiang aus sowjetische Atomtests überwachte, die Kooperation mit Peking unmittelbar nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 abbrach, blieb der BND noch bis Mitte der 1990er Jahre in China präsent. **W.K.**



Nicht nur die Linkspartei kann sich (auch) zivile Verwendungszwecke für 100 Milliarden Euro vorstellen: Großplakat der Linken gegen das „Sondervermögen“ vor dem Reichstagsgebäude

Foto: imago ipon

„SONDERVERMÖGEN“

Die Büchse der Pandora ist geöffnet

Nach dem Präzedenzfall Bundeswehr fordern Politiker nun auch für zivile Belange Schattenhaushalte zur Umgehung der Schuldenbremse

VON NORMAN HANERT

Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit hat nach dem Bundestag auch der Bundesrat der Änderung des Grundgesetzes zugestimmt, damit das als „Sondervermögen“ titulierte Milliarden-Programm zur Ertüchtigung der Bundeswehr anlaufen kann. Anders als mit dem Euphemismus „Sondervermögen“ – den Begriff „Sonderschulden“ will man den Bürgern nicht zumuten – suggeriert wird, wird der Bund ermächtigt, Kredite in Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro aufzu-

nehmen, um die deutschen Streitkräfte besser auszurüsten.

Bei der Abstimmung über das „Sondervermögen“ im Bundesrat haben sich lediglich Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, allesamt Länder, in denen die Linkspartei an der Regierung beteiligt ist, enthalten. Trotz der Zustimmung seines Bundeslandes äußerte Baden-Württembergs Finanzminister Danyal Bayaz Kritik. Zu Recht bezeichnete der Grünen-Politiker das „Sondervermögen“ als Schattenhaushalt. Gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ sagte Bayaz: „Auch dieses Geld muss irgend-

wann zurückgezahlt werden, das wird gerne unterschlagen.“

Der Finanzpolitiker der Grünen nutzte seine Kritik für eine neuerliche Forderung zur Reform der Schuldenbremse. Bayaz sagte, eine jährliche zusätzliche Mini-Verschuldung für Zukunftsinvestitionen wäre finanzpolitisch nachhaltiger. Bayaz erinnert auch daran, dass ein ähnliches Konstrukt wie das nun geplante „Sondervermögen“ vom Verfassungsgerichtshof in Hessen wieder einkassiert worden ist.

Bei der Anhörung des Haushaltsausschusses des Bundestages hatten bereits

mehrere Staats- und Verfassungsrechtler ganz grundlegende juristische Bedenken angemeldet. Christian Waldhoff von der Berliner Humboldt-Universität sagte im Haushaltsausschuss: „Jedes Sondervermögen ist verfassungsrechtlich ein gravierender Systembruch, weil es die verfassungsrechtlich vorausgesetzten und garantierten Haushaltsfunktionen unterminiert.“ Weiter kritisierte der Berliner Professor für Öffentliches Recht: „Hier wird eine – meist beachtliche – Vermögensmasse neben dem zentralen Staatshaushalt errichtet und an ihm vorbei verwaltet. Meistens ist für diese Ausgaben nicht das Parlament, sondern die Exekutive zuständig. Durch ihre Randständigkeit und Unübersichtlichkeit wird auch die parlamentarische Finanzkontrolle bei Sondervermögen erschwert.“

Dauerproblemfall Deutsche Bahn

Der Bonner Rechtswissenschaftler Joachim Wieland sah wiederum gar keine Notwendigkeit zur Änderung des Grundgesetzes für das „Sondervermögen“. Aus Sicht von Wieland hat der Angriff Russlands auf die Ukraine zu einer außergewöhnlichen Notsituation geführt, die sich der Kontrolle des Staates entzieht.

Dessen ungeachtet werden mittlerweile immer öfter Rufe nach weiteren „Sondervermögen“ laut. Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) forderte beispielsweise ein solches Programm für das „Klima“ und die Sanierung der Deutschen Bahn.

Auch Dirk Flege will ein „Schienennetz-Sondervermögen“. „60 Milliarden für die Abarbeitung des Investitionsstaus und 40 Milliarden für die Digitalisierung des Schienennetzes ergeben wie bei der Bundeswehr 100 Milliarden Euro“, so der Geschäftsführer des Verkehrsbündnisses „Allianz pro Schiene“.

Udo Beckmann, der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, wies wiederum auf einen Investitionsstau an den Schulen hin, der nach seinen Angaben gut 45 Milliarden Euro beträgt.

Mieterbund-Präsident Lukas Siebenkotten bezeichnete wiederum ein Sondervermögen als „besonders wichtig für den Bau bezahlbarer Wohnungen sowie für die klimapolitisch notwendige energetische Sanierung von Gebäuden“.

Derweilen kündigt sich innerhalb der Ampelkoalition ein Streit um die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse an. Mit Blick auf mögliche weitere Entlastungspakete für Bürger und Unternehmen wegen der starken Preissteigerungen kündigte die SPD-Vorsitzende Saskia Esken an, innerhalb der Koalition müsse „über die Schuldenbremse oder andere Wege der Finanzierung“ gesprochen werden.

AFD

Die Kandidaten laufen sich warm

Vor dem Parteitag am Freitag hat nicht nur Amtsinhaber Chrupalla Interesse am Parteivorsitz signalisiert

Vor dem Bundesparteitag der AfD am 17. Juni im sächsischen Riesa haben sich die ersten Kandidaten aus der Deckung gewagt. Der aus Bayern stammende, mittlerweile dem Landesverband Brandenburg angehörende Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter fordert den amtierenden Bundessprecher Tino Chrupalla heraus. Er werde entsprechend dem von zahlreichen Parteimitgliedern an ihn herangetragenen Vorschlag auf dem Parteitag kandidieren, kündigte Kleinwächter an. „Bei den Mitgliedern gibt es einen starken Wunsch nach einem Neuanfang, sowohl inhaltlich als auch im Stil“, so Kleinwächter.

Seit dem Parteiaustritt des früheren Bundessprechers Jörg Meuthen wird die Partei von einer Person geführt. Ob das künftig so bleiben wird, ist offen. Der

Thüringer Verband um Landeschef Björn Höcke hat beantragt, dass die Parteispitze künftig aus „einem oder zwei Sprechern bestehen soll“. Bisher waren sogar bis zu drei Sprecher möglich. Dass der Antrag eine Mehrheit erhält, wird in der Partei bezweifelt.

Chrupalla hat es bei der Vorstellung seines Teams offengelassen, wen er für den Fall seiner Wiederwahl gerne als zweiten Sprecher an seiner Seite hätte. Von den Kandidaten, die sich der Sache im künftigen Bundesvorstand wünscht, kämen am ehesten seine Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel sowie der Haushaltsexperte Peter Boehringer, der als Wunschkandidat des Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland gilt, infrage. Weidel gehört dem bisherigen Vorstand ebenso als stellvertretende Bundessprecherin an,

wie Beatrix von Storch, die von Chrupalla nicht aufgelistet wurde, und der Thüringer Stephan Brandner. Im bisherigen Vorstand hatten die Anhänger Meuthens eine Mehrheit. Chrupalla hatte die Zusammenarbeit zuletzt als wenig konstruktiv bezeichnet.

Was macht Björn Höcke?

Neben Chrupalla und Kleinwächter hat auch der Europaabgeordnete Nicolaus Fest angekündigt, als Sprecher zu kandidieren. Allgemein wird erwartet, dass Kleinwächter und er eine Kampfkandidatur gegeneinander vermeiden möchten. Beide Anwärter haben bisher darauf verzichtet, ein eigenes Kandidatenteam zu präsentieren. Kein Geheimnis ist aber, dass die Bundestagsabgeordneten Joana Cotar, die bisher als Beisitzerin im Vor-

stand sitzt, und Joachim Wundrak die Kandidatur Kleinwächters unterstützen.

„Es ist das gute Recht jedes Mitglieds, sich um einen Vorstandsposten zu bewerben“, gibt sich Amtsinhaber Chrupalla gelassen. Er hat eine Kandidatenliste präsentiert, welche die Partei „als liberalkonservative Kraft“ verankern soll. Darauf stehen Namen wie die frühere Daimler-Managerin Gerrit Huy, die dem Bundestag angehört, sowie der ehemalige Berliner Stadtrat Sebastian Maack.

Mit nicht geringer Spannung wird erwartet, ob der thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke für einen Vorstandsposten antreten wird. Dieser hatte bei früheren Wahlen mehrfach mit einer Kandidatur gespielt, war dann jedoch aus Furcht vor einer möglichen Niederlage nicht angetreten. **Peter Entinger**

WAHLCHAOS

Neuwahlen Anfang 2023 möglich

Konsequenzen nach dem Versagen der Berliner Verwaltung beim Urnengang 2021 kündigen sich an

VON HERMANN MÜLLER

Bislang einmalig in der gesamten Nachkriegsgeschichte hat der Bundeswahlleiter im vergangenen November einen Einspruch gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl eingelegt. Wie aus der Begründung des Bundeswahlleiters Georg Thiel hervorgeht, soll es am 26. September 2021 in sechs Berliner Wahlkreisen zu einer Häufung von Wahlfehlern gekommen sein. Thiel geht davon aus, dass in diesen Wahlkreisen die Bundestagswahl wiederholt werden muss, weil die Pannen am Wahltag „so schwerwiegend“ gewesen seien, dass das Wahlrecht eingeschränkt war.

Ende Mai hat sich der Wahlausschuss des Bundestages über sechs Stunden lang mit dem Einspruch des Bundeswahlleiters beschäftigt. Vor dem Gremium wies Thiel darauf hin, dass in Hamburg, München und Köln alles geklappt habe. Laut dem Bundeswahlleiter schein es sich in der Hauptstadt dagegen um ein „komplettes systematisches Versagen der Wahlorganisation“ gehandelt zu haben. Er wies bei der Anhörung im Bundestag auch darauf hin, dass „im Fernsehen bereits die Hochrechnungen laufen, aber die Leute noch wählen können“.

Pannen über Pannen

Berlins amtierende Landeswahlleiterin Ulrike Rockmann argumentierte im Bundestag dagegen, man könne nicht quantifizieren, wie viele Menschen durch die Pannen von der Wahl abgehalten worden seien. „Die Bedingungen waren sehr erschwert, das ist bedauerlich, aber man hätte wählen können, wenn man gewartet hätte“, so Rockmann. Die Landeswahlleiterin bezog sich dabei auf die Berichte über stundenlange Wartezeiten vor Wahllokale sowie auf die vorübergehende Schließung einiger Wahllokale.

Am 26. September hatten in Berlin neben der Abgeordnetenhauswahl und der Bundestagswahl auch die Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen und der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ stattgefunden. Obendrein waren am Wahltag durch den Berlin-Marathon im Stadtgebiet zahlreiche Straßen gesperrt gewesen. Dies hatte die Nachlieferung von Stimmzetteln in einige Wahllokale behindert. Mangels Stimmzetteln



„Wähler hätten ja warten können“: Berlins Landeswahlleiterin Ulrike Rockmann im September 2021

Foto: pa

hatten mehrere Wahllokale vorübergehend sogar schließen müssen. Wie aus einer Antwort Rockmanns auf Fragen des Berliner Landesverfassungsgerichts hervorgeht, addieren sich die zwischenzeitlichen Schließungen von Wahllokalen am 26. September auf mindestens 55 Stunden. In einigen Wahllokalen waren sogar falsche Stimmzettel ausgegeben worden. Zum Teil konnten Wahlberechtigte auch noch weit nach 18 Uhr ihre Stimmen abgeben.

Nach Angaben der Berliner Wahlleitung war es bereits bei der beauftragten Druckerei zu Fehlern gekommen. Zum Teil waren demnach Kartons mit Stimmzetteln falsch beschriftet oder Kartoninhalte vermischt worden, obwohl sortenreine Lieferung vereinbart worden war. Die Berliner Bezirke griffen wiederum nur vereinzelt auf das Angebot der Druckerei zurück, die Pakete nochmals von Druckereimitarbeiter nachprüfen zu lassen. Da die zahlreichen Pannen am 26. September

auch die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus betroffen haben, beschäftigt sich neben dem Wahlausschuss des Bundestages auch der Berliner Verfassungsgerichtshof mit der Pannenwahl. Das Gericht plant, Ende September mündlich über die Beschwerden an der Wahlorganisation zu verhandeln.

Dieppen: „Alles wiederholen!“

Ordnen die Berliner Verfassungsrichter im Herbst tatsächlich eine Wahlwiederholung an, dann müsste diese innerhalb von 90 Tagen durchgeführt werden. Auf die Berliner könnte damit zum Anfang des kommenden Jahres eine teilweise Wiederholung der Bundestagswahl und auch der Wahl zum Landesparlament zukommen. Der frühere Regierende Bürgermeister Eberhard Dieppen (CDU) gab sogar die Einschätzung ab, er halte die komplette Wiederholung beider Wahlen in Berlin und auch der Wahlen zu den Bezirksparlamenten für nötig.

Einige Beobachter, etwa der Bundeswahlleiter, befürchten allerdings, die Berliner Verwaltung könnte auch mit einer Wiederholung des Urnengangs überfordert sein. Zum Problem könnte nicht nur das notorische Verwaltungschaos in der Hauptstadt werden. Ein Scheitern droht möglicherweise auch durch die angespannte Lage auf dem Papiermarkt. Aus der Branche wird derzeit von mehrmonatigen Lieferzeiten für Papier berichtet.

Im Fall von Berlin müssten immerhin mehrere Millionen Wahlbenachrichtigungen verschickt werden. Laut Recherchen der „Bild“-Zeitung reichen die kommunalen Papierreserven Berlins dafür nicht aus. Schon jetzt ist der Rufschaden für die Hauptstadt durch die Pannenwahl beträchtlich. Im Bundestag kommentierte Bundeswahlleiter Thiel das Berliner Wahlchaos vom vergangenen Herbst mit den Worten: „Wir sind hier in einer Bundeshauptstadt eines zivilisierten Landes, da darf so was nicht passieren!“

BRANDENBURG

Parteien wollen die Landesverfassung ändern

Möglicherweise stehen neben ideologischen auch parteipolitische Ziele im Fokus

Per Volksentscheid stimmten die Brandenburger im Juni 1992 über die Verfassung des jungen Bundeslandes ab. Dreißig Jahre später wollen die Regierungsparteien SPD, CDU und Grüne zusammen mit der Linkspartei nun Ergänzungen und eine wichtige Änderung der Verfassung durchsetzen. Die Parteien wollen neben dem Kampf gegen Antisemitismus auch den gegen den Antiziganismus und die Förderung der jüdischen Kultur als Staatsziele verankern. Generell sollen im Text männliche und weibliche Formen „geschlechtergerecht“ nebeneinanderstehen.

Beim Parlamentsrecht, das in Brandenburg teilweise in der Verfassung geregelt ist, wollen die vier Parteien zudem eine Neuregelung zur Wahl des Vizepräsidenten des Landtags durchsetzen. Bislang steht diese Position der stärksten Oppositionspartei zu, das ist derzeit die AfD.

Nach der Änderung soll der Landtag „mindestens einen Vizepräsidenten“ wählen, und mindestens ein Vizepräsident müsste der Opposition angehören. Erst 2015 hatte die Linkspartei die Einführung eines zweiten Parlamentsvizes durchgesetzt. Durch die geplante Formulierung „mindestens“ würde diese Regelung zu einer Kann-Bestimmung reduziert.

AfD fürchtet, ausgebootet zu werden

Obwohl CDU-Fraktionschef Jan Redmann dementiert, nach der Verfassungsänderung würde ein Abwahlantrag gegen den derzeitigen Parlamentsvizepräsidenten Andreas Galau (AfD) gestellt, um ihn durch einen Abgeordneten der Linkspartei zu ersetzen, sieht die AfD den Versuch, sie auszubooten. Setzen die Regierungsfaktionen mit der Linkspartei die Änderung durch, wird eine Abwahl Galaus

möglich, ohne dass die AfD-Fraktion danach noch das Recht auf Neubesetzung des Postens hätte.

Galau war 2019 zu Beginn der Wahlperiode zum Vizepräsidenten des Landtags gewählt worden. Dass dies mit einer ausreichenden Mehrheit auch mit Stimmen aus anderen Fraktionen geschah, verdankt sich vor allem der Tatsache, dass das Parlamentspräsidium ohne vollständige Besetzung die Arbeit des Parlaments insgesamt blockiert hätte. Bei anderen Parlamentsposten, etwa bei der Besetzung der Kommission zur Kontrolle des Verfassungsschutzes, ziehen die übrigen Fraktionen seit 2019 eine Blockade gegen die größte Oppositionsfraktion durch, indem sie die Personalvorschläge der AfD regelmäßig durchfallen lassen.

Dementsprechend fällt nun die Kritik der Partei an den Plänen von SPD, CDU,

Grünen und Linkspartei aus. Dennis Holoch, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, sagte gegenüber der PAZ: „Die Verfassung ist keine Spielwiese für parteipolitisches Kalkül.“ Ähnliche Bedenken hat offenbar auch der CDU-Abgeordnete Ingo Senftleben.

Er kritisierte den Plan als „kurzsichtige Parteipolitik“. Zugleich kündigte der frühere CDU-Spitzenkandidat an, der Änderung nicht zustimmen zu wollen. Damit könnte die für den 22. Juni geplante Abstimmung zur Zitterpartie werden. Für die Verfassungsänderung ist eine Zweidrittelmehrheit von 59 der 88 Landtagsabgeordneten erforderlich. Bleibt Senftleben bei seiner Ablehnung, kommt das Regierungslager aus SPD, CDU und Grünen nur auf 49 Stimmen, die Linksfraktion umfasst zehn Parlamentarier.

Norman Hanert

KOLUMNE

Enteignung

VON THEO MAASS

Am 12. Juni wurden in Berlin zahlreiche Straßen, darunter zwei Abschnitte der Stadtautobahn, gesperrt, damit der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) dort eine Sternfahrt abhalten konnte. Frank Masurat, ADFC-Landeschef von Berlin-Brandenburg, bekannte dreist und ungeniert, was er damit bezweckt: „Den Autos den Platz wegnehmen.“

Kfz-Steuer, Mineralölsteuer und all die anderen zahllosen Abgaben der Kraftfahrer fließen in den allgemeinen Haushalt, und die Summe der Abgaben übersteigt bei Weitem das, was der Bau der Straßen gekostet hat. Fahrradfahrer hingegen zahlen für ihre Mobilität keine Abgaben. Enteignung ist im Bereich des links-grün-alternativen Lagers groß in Mode. Die Enteignung von Wohnungseigentum solle die Wohnungsnot lindern, verkündet man schwachen Geistern. Dann kann man doch auch die Straßen denjenigen wegnehmen, die sie einst finanziert haben. Würde man das Straßenland danach umverteilen, wer dazu etwas beigetragen hat, dürften die Fahrradfahrer nur noch im eigenen Garten – wenn vorhanden – spazieren fahren.

Eine aggressive lautstarke Minderheit verschafft sich, unterstützt von der linken Meinungsindustrie, Gehör. Der Automobilklub ADAC mit seinen mehr als 21 Millionen Mitgliedern und die 1,24 Millionen Besitzer eines Autos in Berlin sind eine gesellschaftliche Macht. Aber sie haben keine politische Lobby. Die Partei in Berlin, die sich kompromisslos für die Interessen der Autofahrer einsetzt, könnte sich ungeahnte Wählerpotentiale erschließen. Es ist die Berliner SPD, die diesen autofahrerfeindlichen Flohzyklus möglich macht, weil sie trotz gegenteiliger politischer Optionen den Grünen auch noch das Verkehrsressort überlassen hat. Bei der anstehenden Wiederholung der Berliner Wahl haben die Bürger die Chance, die Verhältnisse zu ändern.

MELDUNG

Mehr Zu- als Fortzüge

Magdeburg – Im Jahr 2021 sind mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt gezogen, als von dort weggegangen sind. Nach Angaben des Statistischen Landesamts lag der sogenannte Wanderungsgewinn im vergangenen Jahr bei insgesamt rund 10.000 Menschen. Im Vergleich zu 2020 hat das mitteldeutsche Bundesland seinen Wanderungsgewinn mehr als verdoppelt. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der Zuzug ausländischer Staatsangehöriger. Bei ihnen lag das Wanderungsplus nach Sachsen-Anhalt bei rund 7750 Personen. Bei Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug der Wanderungsgewinn im vergangenen Jahr etwa 2250 Personen. Insgesamt ist der Wanderungsgewinn das dritte Jahr in Folge deutlich gestiegen. Vor allem in die Landeshauptstadt Magdeburg, nach Halle und in den Burgenlandkreis zogen vergangenes Jahr mehr Menschen, als von dort wegzogen. Den niedrigsten Wanderungsgewinn stellten die Statistiker beim Altmarkkreis Salzwedel mit nur zwei Personen fest. N.H.

● MELDUNGEN

Gemeinsam
gegen Terror

Kairo – Ägypten stationiert zunehmend mehr Truppen mit schweren Waffen auf der Halbinsel Sinai, darunter auch in den Zonen B und C entlang der Grenze zu Israel, in denen gemäß dem Friedensvertrag aus dem Jahre 1979 nur Polizisten und Grenzschutzbeamte präsent sein dürfen. Diese faktische Vertragsverletzung erfolgt aber mit Zustimmung der Regierung in Jerusalem, die ihrerseits Kampfflugzeuge über dem Sinai operieren lässt. Diese Militarisierung im beiderseitigen Einvernehmen resultiert aus dem gemeinsamen Kampf gegen die Untergrundorganisation Ansar Bait al-Maqdis (ABM), die zunächst mit al-Kaida kooperierte, bevor sie dem Islamischen Staat die Treue gelobte. W.K.

Fehlende
Behandlung

Washington – 28 der 35 US-amerikanischen Amokschützen der Jahre 1982 bis 2019, welche die von ihnen verübten Massaker überlebten, litten zur Tatzeit entweder an Schizophrenie oder an bipolaren und wahnhaften Störungen. Das ergab eine Studie der Stanford University School of Medicine. Ähnlich könnte das Verhältnis bei den 80 ums Leben gekommenen Amokläufern aussehen. Darauf deutet die stichprobenartige Überprüfung von 20 derartigen Fällen anhand von Tagebüchern und anderen Hinterlassenschaften der Toten hin. 15 Mal fanden die Forscher Hinweise auf typische psychotische Symptome wie das Hören von Stimmen. Kein einziger der Massenmörder war in fachärztlicher Behandlung gewesen. W.K.

Streit um
Dodekanes

Istanbul – Devlet Bahçeli, seit 1997 Vorsitzender der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die mit der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan kooperiert, hat die Rückgabe des Dodekanes, der eine „Fortsetzung Anatoliens darstellt“, gefordert. Die seit 1948 zu Griechenland gehörende Inselgruppe in der östlichen Ägäis umfasst rund 160 Inseln, von denen 25 bewohnt sind, darunter Rhodos, Kos und Leros. Bahçeli begründet sein Ansinnen mit einer dem Nachbarland unterstellten Militarisierung des Dodekanes, die eine wachsende Bedrohung für sein Land darstelle. Rückendeckung erhielt der als rechtsextrem eingestufte Politiker vom türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu. Der meinte: „Die Inseln müssen entmilitarisiert werden“, andernfalls werde Ankara „die Frage der Souveränität dieser Inseln zur Diskussion stellen“. W.K.



Devlet Bahçeli Foto: Fotonak

SCHWARZES MEER

Warum die Schlangeninsel Russlands
erstes Ziel im Ukrainekrieg war

Der 41 Meter hoch aus dem Schwarzen Meer ragende weiße Felsen besitzt nur etwa ein Zehntel der Fläche Helgolands, aber seine strategische Bedeutung ist ungleich größer

VON BODO BOST

Die Schlangeninsel im Schwarzen Meer, die bereits im griechischen Altertum als Grab des Odysseus bekannt war, hatte im Laufe der Geschichte viele Besitzer. Im Jahre 1948 hat die damalige rumänische Außenministerin Ana Pauker, deren Ehemann Marcel einer der berühmtesten Schlächter Josef Stalins war, die bis dahin rumänische Insel Stalin geschenkt. Erst in den 70er Jahren erfuhr man in Rumänien davon. Als die Sowjetunion 1991 zerfiel, kam das Eiland, das nur etwa ein Zehntel der Fläche Helgolands besitzt, zur unabhängigen Ukraine.

Bereits am ersten Tag des Ukrainekrieges wurde die von 13 ukrainischen Soldaten verteidigte Insel von Russland besetzt. Mitbeteiligt an der Eroberung war das damalige russische Flaggschiff

der Schwarzmeerflotte, der Lenkflugzeugkreuzer „Moskwa“, der wenig später von den Ukrainern versenkt wurde, und die und die Korvette „Wassili Bykow“. Die 13 gefangenen ukrainischen Soldaten sind mittlerweile als Folge eines Gefangenenaustausches wieder frei.

Direkt vor der Donaumündung

Die Länge wie Breite der Insel beträgt 660 Meter, die Fläche 17 Hektar und die Küstlänge vier Kilometer. Dass die also wirklich winzige Insel bereits am ersten Tag des Krieges erobert wurde, war kein Zufall. Die strategische Bedeutung der Insel, die vor dem Krieg kaum jemand kannte, ist groß. Sie liegt nur 45 Kilometer vor der Küste des NATO-Mitgliedes Rumänien, direkt vor der Donaumündung und damit auch unweit der rumänisch-ukrainischen Grenze. Von der Schlangeninsel aus kann Moskau den gesamten

nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres kontrollieren. Im Mai hat die Ukraine bei einem gescheiterten Versuch, die Kontrolle über die Insel zurückzugewinnen, große Verluste erlitten.

Von der Schlangeninsel aus könnten die Russen Fallschirmjäger auf der besetzten Region Transnistrien in der Republik Moldau landen. Wer das Eiland kontrolliert, kann den Schiffsverkehr von und nach der Ukraine im Allgemeinen sowie von und nach Odessa im Besonderen blockieren. Damit hätte Russland ein Druckmittel, falls Odessa nach einem Waffenstillstand ukrainisch bleiben sollte.

Erst seit 1948 nicht mehr rumänisch

Der Pariser Friedensvertrag von 1947 zwischen Rumänien und den Alliierten hatte die Insel Rumänien zugesprochen, sie wurde 1948 von Rumänien der damaligen UdSSR übertragen. 2009 entschied

der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dass Rumänien Anspruch auf knapp acht Zehntel des Festlandssockels hat und die Ukraine auf die verbleibenden knapp zwei Zehntel. In der Region vor der Küste werden große Bodenschätze vermutet.

Nicht weit südlich der Donaumündung und damit unweit der Schlangeninsel liegt die rumänische Hafenstadt Konstanza (Constanta). Dort landen jetzt Containerschiffe, die nicht mehr nach Odessa fahren können.

„Die Schlangeninsel ist nicht die Krim, denn die Schlangeninsel ist keine bewohnte Insel. Die Russen können dort kein Referendum abhalten wie auf der Krim, um so ihre Annexion zu begründen“, sagte General Ștefan Dănilă, von 2011 bis 2014 Befehlshaber der rumänischen Armee, gegenüber Radio Free Europe, und: „Rumänien muss protestieren, wenn die Russen dort militärische Ausrüstung installieren, denn die Entfernung ist recht kurz.“ Der 1965 in der rumänischen Region Westmoldau geborene Offizier fügte hinzu: „Wenn wir klare Informationen haben, können wir die NATO um Konsultationen zu Artikel 4 bitten, da unsere Sicherheit direkt bedroht ist.“

Der Nordatlantikpakt hat seit Beginn des Krieges zusätzliche Truppen und militärische Ausrüstung nach Rumänien verlegt und die Grenzen des Landes verstärkt. Die Ukraine musste ihren Hafen in Odessa schließen und die lebenswichtigen Getreideexporte einstellen. Die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres sind sich der strategischen Bedeutung der Schlangeninsel seit Langem bewusst. Auf der Insel befand sich bereits zu Zeiten der Sowjetunion eine Militärbasis.

Nach Angaben des britischen Geheimdienstes versucht Moskau nun, seine auf der Insel stationierten Truppen mit Marschflugkörpern auszustatten und sie mit einer strategischen Luftabwehr zu verstärken. Ein längerfristiges Ziel könnte der Bau einer Landebahn für Kampfflugzeuge sein. Ob das ukrainische Militär in der Lage sein wird, die Insel zurückzuerobern, ist ungewiss. Es wird jedoch nicht erwartet, dass die Kämpfe aufhören.



Vom Süden aus gesehen: Die Schlangeninsel

Foto: pa

BULGARIEN

Lieber Touristen als Flüchtlinge

Bis zur Hauptsaison sollen die Ukrainer aus den Hotels an der Schwarzmeerküste verlegt werden

Etwa eine Viertelmillion Ukrainer sind nach Bulgarien geflohen. Viele von ihnen wurden in Hotels an der Schwarzmeerküste untergebracht. Bulgarien gewährt den Hoteliers einen Zuschuss von 20 Euro pro Tag für jeden Ukrainer. Das Land soll das Geld von der EU zurückerhalten. Nach zwei Jahren Corona-Maßnahmen waren die Hoteliers froh, überhaupt wieder Geld mit ihren Immobilien zu erwirtschaften. Nun jedoch, wo eine Sommersaison ohne Corona-Restriktionen winkt, sieht die Sache anders aus.

In der Vergangenheit besuchten jedes Jahr 300.000 bis 400.000 Russen die Ferienorte Bulgariens. Das waren knapp zehn Prozent aller Urlauber an der bulgarischen Schwarzmeerküste. Einer der Betroffenen: „Die russischen Touristen werden fehlen. Das ist ein Problem.“ An-

sonsten werden finanzstarke junge Männer aus Großbritannien und Deutschland erwartet. Vor Corona war der Goldstrand eine Partymeile für feierfreudige Urlauber aus ganz Europa. Viele Russen hatten dort Ferienwohnungen oder -häuser erworben, die nun leer stehen.

Vizeregierungschefin Kalina Konstantinowa verteidigt die Entscheidung für die Unterbringung der Ukrainer in Hotels als unkonventionell, aber aus vielen Gründen mehr als richtig. Die Urlaubssaison sei aber von großer Bedeutung. „Dieser Wirtschaftszweig sichert den Lebensunterhalt vieler Bulgaren und ihrer Familien, er macht einen erheblichen Prozentsatz unseres BIP aus, und es ist unsere Pflicht, eine erfolgreiche Sommersaison für Bulgarien zu gewährleisten“, so Konstantinowa.

Mit anderen Worten, die Ukrainer waren solange willkommen, wie die Hotels leer standen und die EU für die Belegung aufkam. Nun sollen die Ukrainer weg aus den Ferienorten. Sie sollen in staatliche und kommunale Unterkünfte umziehen. In der Diskussion sind unter anderem Erholungsheime, welche die Regierung seit Sowjetzeiten unterhält. Notfalls würden Sporthallen als Unterkünfte erwogen, hört man aus Regierungskreisen. „Bulgarien kann es sich nicht mehr leisten, ukrainische Staatsbürger in Hotels am Strand zu unterhalten“, so Konstantinowa. Atanas Rusew vom Thinktank Center for the Study of Democracy hält es für denkbar, dass es zu „gewissen Spannungen am Monatsende“ kommt.

Die Ukrainebegeisterung in Bulgarien ist ohnehin mau, weil das Land traditio-

nell russlandfreundlich ist. So erhält Kiew Regierung keine Waffen von Bulgarien. Sofia hat sich eher nolens als volens bereit erklärt, 80 schadhafte ukrainische Panzer in Bulgarien zu reparieren. Der bulgarische Premierminister Kirill Petkow hat die Forderung des ukrainischen Botschafters in Sofia, Witali Moskalenko, nach Lieferung schwerer Waffen kategorisch abgelehnt. Solange das Geld aus Brüssel fließt, steht die Regierung vielleicht noch an der Seite von NATO und USA. Bleibt es aus, könnte in der Haltung zu Russland Ungarn bald einen Verbündeten bekommen.

Derweil haben einige Hoteliers die Ukrainer als billige Arbeitskräfte entdeckt. Bis zu 10.000 von ihnen sollen bereits Arbeitsverträge haben.

Frank Bückler

VON HERMANN MÜLLER

Schon in der Amtszeit des Bundesverkehrsministers Andreas Scheuer hatte der Bund nach jahrelangem Sparkurs der Bahn eine kräftige Geldspritze gegeben. Nun will die Deutsche Bahn allein im laufenden Jahr 13,6 Milliarden Euro in die Modernisierung ihrer Infrastruktur investieren. Auf dem Plan stehen bei der Bahn die Erneuerung von insgesamt 1800 Gleiskilometern. In Angriff nimmt der Bahnkonzern nun auch die Modernisierung der Hauptbahnhöfe von Dortmund, Dresden, Frankfurt und Hannover.

Die Bahnpläne können wahlweise als gutes Zeichen, aber auch als eine Folge des riesigen Investitionsstaus gesehen werden. Bahnkunden müssen zudem damit rechnen, dass gerade bei Infrastrukturprojekten der Bahn mitunter besonders viel Zeit ins Land geht, bis Ergebnisse sichtbar werden. Von den ersten Planungen bis zur feierlichen Eröffnung von Strecken oder Bahnhöfen vergehen mitunter Jahrzehnte. Ursachen sind komplexe Planungsverfahren, Bürokratie, juristischen Einsprüche betroffener Anwohner, aber auch Streit innerhalb der Politik.

Immer stärker wirkt sich auch das Fehlen von Ingenieuren in Genehmigungsbehörden aus. Auch die aktuell explodierenden Baupreise und Liefer-schwierigkeiten werden laufende Projekte verzögern und verteuern.

Wiederaufbau der Dresdner Bahn im Süden Berlins

Als ein besonders abschreckendes Beispiel für ein Bahnprojekt gilt der Wiederaufbau der Dresdner Bahn im Süden Berlins. Nach dem Zweiten Weltkrieg war durch die sowjetische Besatzungsmacht zunächst eines der Gleise als Reparationsleistung demontiert worden. Mit dem Mauerbau unterbrach die Verbindung dann 1961 endgültig.

Nach dem Mauerfall war der Ruf nach einem Wiederaufbau zwar schnell da, doch verging dann noch mehr als ein Vierteljahrhundert, bis 2019 das damalige Bahnvorstandsmitglied Ronald Pofalla den symbolischen Spatenstich zum Wiederaufbau der Strecke machen konnte. Bei diesem Projekt war es vor allen ein über alle Instanzen geführter juristischer Streit zwischen Bahn und Anwohnern um Lärmschutz, der viel Zeit gekostet hat. Nach aktuellem Stand geht die Bahn von einer Fertigstellung der 16 Kilometer langen Strecke bis Ende des Jahres 2025 aus.

Reaktivierung der Stammbahn zwischen Potsdam und Berlin

Geduld müssen die Bahnkunden auch bei der Reaktivierung der sogenannten



1800 Gleiskilometer sollen erneuert werden: Zerstörungen wie die nach der Flutkatastrophe im Ahrtal nicht einmal eingerechnet

DEUTSCHE BAHN

Der Ausbau stockt, aber am Geld liegt es nicht

Allein im laufenden Jahr sollen 13,6 Milliarden Euro in die Modernisierung der Infrastruktur investiert werden

Stammbahn zwischen Potsdam und Berlin aufbringen. Preußens erste Eisenbahnverbindung ist bereits seit Kriegsende 1945 zwischen Berlin-Zehlendorf und Griebnitzsee unterbrochen. Seit 2017 prüfen die Länder Berlin und Brandenburg den Wiederaufbau. Bislang kam dieses Vorhaben vor allem wegen der Haltung Berlins nicht voran. Um das Angebot zwischen der Hauptstadt und Potsdam deutlich zu verbessern, wollen die Deutsche Bahn und das Land Brandenburg die Stammbahn als Regional- und Fernbahnstrecke. Berlin beharrte jedoch jahrelang darauf, die Stammbahn als S-Bahnstrecke zu nutzen. Erst im Mai lenkte Berlins Verkehrsministerin Bettina Jarasch ein, indem sie die Vorteile einer Regionalbahnstrecke anerkannte. Die Grünen-Politikerin räumte ein, es habe „viele, viele Jahre des Nichtentscheidens“ gegeben.

Trotz des Einlenkens Berlins ist mit der Fertigstellung des Projekts nach Angaben des brandenburgischen Infrastrukturministers erst zum Ende der 2030er Jahre zu rechnen. Möglicherweise rollen damit erst im Jubiläumsjahr 2038 wieder Züge auf der 1838 eingeweihten Strecke.

Modernisierung und Erweiterung des Hamburger Hauptbahnhofs

Noch vager sind die zeitlichen Aussichten bei der Modernisierung des Hamburger Hauptbahnhofs. Bereits 1906 erbaut, ist der Hauptbahnhof der Hansestadt mit täglich 500.000 Fahrgästen und 800 Zügen nach dem Pariser Gare de Lyon der Bahnhof in Europa mit dem zweitstärksten Verkehrsaufkommen. Der Bahnhof platzt bereits seit Jahren aus allen Nähten und muss dringend modernisiert und erweitert werden. Hamburgs Verkehrsena-

tor Anjes Tjarks (Grüne) geht davon aus, dass sich unter anderem durch den „Deutschlandtakt“ der Deutschen Bahn die Zahl der Fahrgäste in den nächsten 20 Jahren sogar auf 750.000 Menschen täglich erhöhen wird.

Der Siegerentwurf eines 2019 gestarteten Gestaltungswettbewerbs für den Umbau von Deutschlands meistgenutztem Bahnhof sieht den Bau einer kompletten zweiten Bahnhofshalle vor. Da am Bahnhof zunächst die marode Altmann- und die Steintorbrücke saniert werden müssen und auch der Bau von zwei neuen Tunnelstationen am Bahnhof ansteht, wird der Bau der zweiten Bahnhofshalle allerdings nach derzeitigem Stand frühestens 2030 beginnen können. Wie bei anderen großen Bahnprojekten ist mit der Fertigstellung vermutlich erst in der zweiten Hälfte der 2030er Jahre zu rechnen.

BIONTECH

Ein „Zockerpapier“?

Wie sich der Kurs der „Lieblingsaktie der deutschen Privatanleger“ entwickeln wird

Der Mainzer Pharmahersteller Biontech entwickelte gemeinsam mit dem US-Riesen Pfizer den Impfstoff Comirnaty. Dieser Erfolg spiegelt sich auch Zahlen wider. Der Nettogewinn betrug im vergangenen Jahr zehn Milliarden Euro. Eine knappe halbe Milliarde Euro Sonderdividende und knapp eineinhalb Milliarden Euro für den Rückkauf gingen auf die Konten der Aktionäre. Allein im ersten Quartal kam ein Gewinn von 3,7 Milliarden Euro hinzu. Mit 6,4 Milliarden Euro setzte das Biotech-Unternehmen fast dreimal so viel um, wie im Vorjahreszeitraum.

Dennoch haben Analysten in den zurückliegenden Monaten interessante Kursschwankungen beobachtet. Die Aktie steht seit einigen Wochen bei rund 150 Euro. Mal ein paar Euro mehr, mal ein paar weniger. Im Sommer 2021 lag der

Wert schon mal bei weit über 300 Euro. „Die Lieblingsaktie der deutschen Privatanleger ist ein Zockerpapier“, analysierte das „Handelsblatt“ kürzlich und bezifferte den Börsenwert auf 37 Milliarden Euro. Das ist im Vergleich zu anderen Wertpapieren ein Spottpreis.

„Bei den großen internationalen Anlegern ist Biontech überhaupt nicht dabei“, erklärt der Börsen-Experte Hendrik Leber und fügt hinzu: „Mir geht es immer so, wenn ich dann in die USA reise oder in die Schweiz und rede über den Biontech, dann kennen die das gar nicht. Die sagen nur das Pfizer-Vakzin.“ Daraus folgt laut seiner Ansicht, dass die Aktie regelrecht unter Wert verkauft wird. „Ich glaube einfach, wir haben da ein Juwel vor der Nase. Und da die Welt es noch nicht entdeckt hat, ist sie billig.“

Analysten halten die derzeitigen Kursschwankungen für normal. Dass Biontech eines Tages wieder in die Bedeutungslosigkeit verschwinden könnte, glaubt niemand. Ist die Nachfrage nach Impfstoff groß, steigt die Aktie. Derzeit ruht das Thema Corona in der öffentlichen Wahrnehmung. Und schon sinkt der Kurs.

Probleme mit der Omikron-Variante

Das könnte sich aber schon bald wieder ändern. Zumindest die politischen Rahmenbedingungen sind günstig. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ist ein bekennender Impf-Freund und preist das deutsche Biontech-Vakzin in den höchsten Tönen.

Doch der neue, angepasste Impfstoff lässt auf sich warten. Die europäische Arzneimittel-Agentur EMA hatte die

Pharmafirmen aufgefordert, nicht nur einen sogenannten monovalenten, also speziell auf Omikron zugeschnittenen Impfstoff zu entwickeln, sondern auch Versionen, die eine Kombination von Varianten umfasst. Ursprünglich wollte Biontech bis Ende April eine angepasste Version auf den Markt bringen. Nun soll es spätestens im Herbst so weit sein.

Doch die Forscher haben schon weitere Pläne. Im Bereich Krebsbehandlung befinden sich 16 Produktkandidaten in klinischen Studien, fünf davon stecken bereits in der zweiten Phase. Besonders weit ist Biontech bei der Entwicklung eines Impfstoffes, der gegen bisher unheilbare Hirntumore eingesetzt werden soll. Sollten die Studien erfolgreich sein, wäre das kleine Mainzer Unternehmen spätestens dann ein „global Player“. Peter Entinger

● MELDUNGEN

Von Russland nach Berlin

Frankfurt am Main – Die Deutsche Bank will in Berlin ein Technologiezentrum aufbauen, um dort Anwendungen für das Kundengeschäft und auch für das Investmentbanking zu entwickeln. Wie es in einer Mitteilung heißt, hat Deutschlands Hauptstadt die zweitgrößte Start-up-Szene in Europa und viele fähige Nachwuchskräfte. Die Stadt sei zudem ein Zentrum für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen. Laut einem Bericht des „Handelsblatts“ soll die Deutsche Bank jedem der etwa 1500 Beschäftigten ihres russischen IT-Zentrums, das sich auf die Standorte St. Petersburg und Moskau verteilt, eine Stelle in Deutschland angeboten haben. Außerdem sei bereits eine mittlere dreistellige Zahl der russischen Mitarbeiter nach Berlin gewechselt. Der genaue Sitz des Technologiezentrums in Berlin ist nach Angaben eines Deutsche-Bank-Sprechers noch nicht klar. N.H.

LNG-Tanker werden teurer

London – Auf dem sogenannten Spotmarkt haben die Charterpreise für Flüssiggas-Tanker stark angezogen. Nach Angaben des Schiffsmaklers Poten & Partners hat die steigende Nachfrage nach Flüssiggas (LNG) und der Verzicht von Käufern auf russische Tanker dazu geführt, dass vermehrt Langzeitverträge für LNG-Tanker abgeschlossen werden. Dies hat das Angebot an verfügbaren Tankern auf dem Spotmarkt verringert. Laut Marktbeobachtern haben große Energieversorger wie Shell, Total und Chinas Unipei in diesem Jahr ungewöhnlich früh begonnen, sich LNG-Transportkapazitäten für den kommenden Winter zu sichern. Bislang noch nicht absehbar ist, wie sich die Explosion in der texanischen LNG-Anlage Freeport mittelfristig auf den Markt auswirken wird. Die Großanlage zur Produktion von Flüssiggas an der texanischen Golfküste fällt nach einer Explosion und einem anschließenden Brand für mehrere Wochen aus. N.H.

Euro-Reife umstritten

Brüssel – Nach Einschätzung der EU-Kommission erfüllt Kroatien derzeit alle notwendigen Voraussetzungen für den Beitritt zur Eurozone und könnte die Gemeinschaftswährung am 1. Januar kommenden Jahres einführen. Die endgültigen Entscheidungen über die Euro-Einführung in Kroatien wird für den Juli erwartet. Bis dahin müssen sich noch die Eurogruppe, das Europäische Parlament und die Europäische Zentralbank mit der Aufnahme befassen. Die EZB hatte in ihrem Konvergenzbericht Bedenken zur langfristigen Inflationskonvergenz Kroatiens geäußert. Kroatiens Inflation hat nach Angaben der EZB in den zwölf Monaten bis zu diesem April unterhalb des Referenzwerts gelegen. Allerdings rechnet die EZB mit einem Anstieg der Inflation in Kroatien für die nächsten Monate. Die EZB wies zudem auf Risiken für die mittelfristige Schuldentragfähigkeit Kroatiens hin. Das Land wies 2021 eine Staatsverschuldung von 79,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf. N.H.

KOMMENTARE

Konkurrenz in der Lücke

HANS HECKEL

Nach dem Dämpfer bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Niederlage von Schleswig-Holstein, wo die Partei gar aus dem Landtag flog, bieten die sächsischen Landratswahlen für die AfD wieder ein freundlicheres Bild. In ihrer mitteldeutschen Hochburg wurde die Alternative für Deutschland immerhin flächendeckend wieder zweitellig. Sie belegt indes durchweg höchstens den zweiten Platz.

Das in einem Bundesland, in dem die AfD bei Umfragewerten zu Landtagswahlabsichten nicht selten als stärkste Kraft vor der CDU rangiert. Bei den Landratswahlen stiegen indes die Freien Wähler und die Rechtspartei Freie Sachsen zur starken Konkurrenz auch für die Alternative für Deutschland auf.

Deren Resultate müssen der AfD zu denken geben. Vor dem Auftauchen der blauen Partei 2013 beklagten politische Analysten eine breit klaffende „Repräsentationslücke“ im deutschen Parteiensystem. Heißt: Eine wachsende Zahl von Deutschen fand unter den etablier-

ten Parteien keine mehr, von der sie sich vertreten fühlten. In allzu vielen politischen Feldern (beispielsweise Euro, Einwanderung und Asyl, Energie) hatten sich die bestehenden Parteien derart angenähert, dass für echte Opposition kein Platz mehr zu sein schien. So entstand eine Lücke der Nicht-Repräsentierten, die auf Dauer riskant ist für den Anspruch, eine „repräsentative Demokratie“ zu sein.

Der AfD gelang es, diese Lücke zu füllen, die Partei stieß in bundesweiten Umfragen nahe an die 20-Prozent-Marke vor. Seit Jahren aber dümpelt die Alternative abwärts. In Sachsen nun deutet einiges darauf hin, dass die Repräsentationslücke, welche die Etablierten hinterlassen haben, zunehmend von anderen Akteuren außerhalb der AfD bespielt wird. Etwa den Freien Wählern, die auch in anderen Bundesländern von sich reden machen und bereits Landtage erreicht haben. Welche Schlüsse die AfD aus dem Aufstieg dieses erstarken Mitbewerbers zieht, wird sich auf dem Bundesparteitag an diesem Sonntag zeigen.

„Krieg“ am Gardasee

BODO BOST

Am 2. Juni, dem italienischen Nationalfeiertag, haben sich über das soziale Netzwerk TikTok 2000 zumeist nordafrikanische Immigranten zwischen Peschiera del Garda, Castelnovo und Desenzano versammelt, um an einem traditionellen Musikfestival unter dem Namen „Afrika in Peschiera“ teilzunehmen. Das Festival fand zum dritten Mal statt. Im ersten Jahr kamen 200 Fans, im Jahr danach 500 und diesmal 2000.

Offenbar war damit die Zahl umfangreich genug, um sich in dem 10.000-Einwohner-Ort stark genug zu fühlen, um Schaufenster und Autos zu zerstören oder Touristen und Touristinnen zu belästigen. Während sie durch den Ort zogen, riefen die Immigranten: „Das ist Afrika“ und „Wir sind gekommen, um Peschiera zurückzuerobern“.

Viele der Teilnehmer waren in überfüllten Zügen ohne Tickets angereist. In den Zügen fand dann auch der zweite

Teil des Flashmobs statt. Mindestens fünf 16- und 17-jährige Frauen wurden in einem Zug auf der Rückfahrt nach Mailand sexuell von Nordafrikanern nach dem Muster des „Antanzens“ belästigt und begripscht.

Die jungen Frauen suchten verzweifelt nach einem Schaffner in dem überfüllten Zug. „Wir waren umzingelt. Sie lachten und sagten: ‚Weiße Frauen steigen hier nicht ein‘“, erzählte eines der Mädchen später.

Als die Polizei eingreifen wollte, wurde sie mit Steinen und Flaschen beworfen. Erst nach einigen Stunden löste sich der Albtraum-Mob auf. „Wir haben einen Tag des Krieges erlebt“, sagte die Bürgermeisterin von Peschiera, Orietta Gaiulli, zum „Corriere della Sera“. Nur ganz wenige Medien in Italien berichteten über die Ereignisse in Peschiera, wenn, dann meistens, ohne die Herkunft der Angreifer zu benennen. Italien steht jetzt eine neue Migrationsdiskussion bevor – oder ein heißer Sommer.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Nancy Faeser will den Begriff „umdeuten“: Das Wort „Heimat“ in zwei Meter hohen Buchstaben an einem Neubaugebiet

KOLUMNE

Kulturkampf

FLORIAN STUMFALL.

Das es um die Meinungsfreiheit und derjenigen von Forschung und Lehre in Deutschland nicht zum Besten steht, hat vergangenen Monat als jüngstes Opfer Martin Wagener feststellen müssen. Der Professor hatte Internationale Politik und Sicherheitspolitik am Fachbereich Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung gelehrt. Dann aber wurde ihm vom Bundesnachrichtendienst (BND) der Sicherheitsbescheid entzogen, und damit hatte seine Lehrtätigkeit ein Ende.

Als Gründe für diesen Vorgang nennt Wagener in einem Interview mit der Zeitung „Junge Freiheit“, für die er gelegentlich als Kolumnist tätig war, auch diese Tätigkeit, im Wesentlichen aber sein Buch „Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen“. Kern der Kritik aus der rot-grün-alternativen Echokammer ist der Vorwurf, Wagener vertrete einen „ethno-kulturellen Volksbegriff“.

Da stellt sich die Frage, was denn diese Wortschöpfung zu bedeuten habe. Das kann eigentlich nur der Versuch sein, mit dem Zusatz „ethno“, der als rechtslastig verstanden wird, den geläufigen Begriff des kulturellen Volksbegriffes herabzusetzen und mit dem Odium rechtsextremistischer Hässlichkeit zu belasten.

Damit aber wird an der klassischen Definition eines Staates insgesamt gerüttelt. Diese nennt als die drei Bestandteile Staatsgebiet, Staatsgewalt und Staatsvolk. Die ersten beiden geraten im Rahmen einer Politik der ständigen Aushöhlung und Verflüssigung Deutschlands zugunsten der EU immer mehr in Vergessenheit. Tatsächlich geht das deutsche Staatsgebiet schon heute mehr und mehr in der EU auf, ebenso die Staatsgewalt, die ihre Legitimation aufgibt und sich zum Untertanen Brüssels macht.

Streit um Worte

Es ist daher nur folgerichtig, dass die letzte Schlacht um das Staatsvolk geschlagen wird. Hier aber gibt es wiederum drei Faktoren, nämlich die formale Staatsangehörigkeit, die Kulturturnation und schließlich die Zugehörigkeit durch Bekenntnis. Um dieses Letztere geht es bei dem Kulturkampf, den Wagener angesprochen hat.

Dafür aber, dass man sehr wohl den deutschen Pass besitzen kann, ohne der

Kulturturnation anzugehören oder das Bekenntnis zur ihr abzulegen, gibt der wieder in die Schlagzeilen geratene türkische Journalist Deniz Yücel das beste Beispiel. Unvergessen ist sein Wort: „Der baldige Abgang der Deutschen ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Diese freudlose Nation kann gerne dahinscheiden.“

Man sollte in Gedanken „deutsch“ mit „türkisch“ auswechseln und sich überlegen, welchen Aufschrei eine solche Aussage auslösen würde – nicht nur in der Türkei, sondern vor allem auch hierzulande.

Die letzte Schlacht wird um das Staatsvolk geschlagen

Die deutsche Öffentlichkeit aber schweigt dazu; mehr noch – Yücel hatte es sogar zum Präsidenten des PEN-Zentrums Deutschland gebracht. Das beschreibt den aktuellen Stand des Kulturkampfes, der in Deutschland tobt. Mehr noch: Die Einlassung zeigt, dass Yücel tut, was dem Professor Wagener vorgeworfen wird, nämlich den ursprünglichen, eigentlichen, nämlich den ethnischen Volksbegriff zu gebrauchen, wenn auch im türkischen Sinne und daher ungestraft.

Der Streit um Worte aber ist nur ein Teil des Kulturkampfes, und vor allem zeigt er mehrere Facetten. Die wahrscheinlich entscheidende Schlacht tobt rund ums Gendern. Diese explosive Mischung aus Bösartigkeit, Fanatismus und Dummheit äußert sich zunächst darin, dass die deutsche Sprache verunstaltet wird, gegen Sprachgeschichte, Regel und Sinn. So schlimm das auch erscheinen mag, ist das doch nur der Anfang einer Großoffensive im Kulturkampf. Der eigentliche Angriff richtet sich gegen die Natur selbst, die doch die Menschen aufteilt in Männer und Frauen. Wer diesen Unterschied leugnet, verdammt die Wirklichkeit zum Schweigen und nimmt ihr jede Beweiskraft.

Der Kampf ist auf mehrere Generationen angelegt. Daher beginnt er bei der sexuellen Indoktrination von Kleinkindern und führt bis zum Entzug der akade-

mischen Lehrbefugnis, wenn die Gender-Ideologie gelehrt und beispielsweise behauptet wird, Männer würden weder menstruierten noch Kinder bekommen. Das ist der Vollzug einer Entwicklung, die noch zur Regierungszeit der Kanzlerin Angela Merkel von dieser begonnen wurde, nämlich die Suspendierung des besonderen Schutzes von Ehe und Familie, wie ihn das Grundgesetz festgelegt hat. Wer eine Kultur einreißen und ein Volk erlöchen will, hat hier den stärksten Hebel.

Akademiker und Analphabeten

Flankierend dazu wurde über viele Jahre eine Bildungskatastrophe in dem Sinne herbeigeführt, dass es nicht etwa zu wenig Akademikern, sondern zu viele gibt, weil man die Anforderungen an Schulen und Universitäten drastisch gesenkt hat. An den Hochschulen gibt es heute teilweise Aufnahmeprüfungen der Art und Güte, wie es sie ehemals vor dem Eintritt ins Gymnasium gegeben hat. Dafür nimmt die Zahl der Analphabeten in Deutschland bedrohlich zu. Doch wehe dem, der dafür auch Merckels zugewanderte „Fachleute“ verantwortlich macht.

Das erschreckendste Moment dieses Kulturkampfes aber ist, dass hier nicht zwei gegensätzliche weltanschauliche Lager einander gegenüberstehen, sondern dass so gut wie alle Parteien, die überwiegende Macht der Kirchen und bis auf verschwindende Reste alle Medien auf einer Seite stehen. Auf der anderen Seite aber? Das Volk, das zu nennen fast schon den Verdacht rechtsradikaler Umtriebe nach sich zieht.

Offenbar wurde das kürzlich anhand des Begriffes der Heimat. SPD-Innenministerin Nancy Faeser will ihn „umdeuten“, das heißt ideologisch vereinnahmen und im multikulturellen Sinne missbrauchen. Doch eine Mehrheit von 68 Prozent der Deutschen verbindet mit „Heimat“ in ihrem traditionellen Sinne etwas Schönes. So eine Umfrage des Instituts INSA, die von der Nachrichtenagentur Idea in Auftrag gegeben worden ist.

Noch regt sich vereinzelt Widerstand. Doch um den zu brechen, wird das Recht der freien Meinungsäußerung mehr und mehr zu einer Quelle der Gefahren gemacht – im Sinne einer „schönen neuen Welt“.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Monumentale Erinnerungsarbeit

Nach seinem Erfolg mit „Der Turm“ legt Uwe Tellkamp einen neuen Roman vor: „Der Schlaf in den Uhren“

VON SUSANNE DAGEN

Das in Uwe Tellkamps neuem Roman „Der Schlaf in den Uhren“ beschriebene Inselreich Treva, durchflossen von Elbe, Rhein und Stynon, ist ein phantastisch-mystisches Sinnbild, das auf mehreren Ebenen die alte Bundesrepublik, das wiedervereinigte Deutschland nach 1989 und ein neues Deutschland 2015 zeigt. Nicht von ungefähr bedient sich der Autor hier mindestens zweier historischer Zäsuren, die als Epochenwende einer gemeinsamen deutschen Geschichte dienen; verschiedener Zeitebenen, die an das solidarische Gefühl von Sieg und Ohnmacht, das Erleben biographischer Brüche und gesellschaftlicher Veränderung erinnern.

Im Vergleich allerdings ist hierbei nicht die Gleichsetzung, eher das tiefe Gefühl willkürlicher Demütigung zu lesen. Zeiten, in denen die Uhren angehalten scheinen, in denen ein tiefer Schlaf über den Beteiligten am Vorabend von sich ändernder Weltgeschichte liegt. Dem Vorwort gleich beginnt Tellkamp hier mit einer mahnenden Vigilie, einer Nachtwache zu erzwungener Schlaflosigkeit, die als Ziel das Erwachen und Erkennen in sich trägt.

„Der Schlaf in den Uhren“ sei ihm als Titel deshalb wichtig, weil es ein doppelt oder mehrfach sinniges Bild sei, erläuterte der Autor kürzlich in einem MDR-Interview: „Es gibt den Schlaf in den Uhren von dem, was immer währt, was in den Uhren schläft und erwachen kann. Und es gibt den Schlaf, der nicht kommt. Ich merke in unserer Situation in der Gesellschaft, dass es Themen gibt, die im medialen Fokus oder der medialen Aufmerksamkeit, was Wirklichkeitsherstellung ist, verdrängt oder ‚durch‘ sind, wie es so schön heißt – aber sie sind es nicht wirklich für den Einzelnen, da spielen sie eine andere Rolle. Es gibt dann kleine Momente, in denen sie wiederkommen und plötzlich, als wäre keine Zeit vergangen, sind sie wieder da. Die Zeit ist natürlich trotzdem vergangen.“

Ein zweiter Archipelagus

Fabian, der uns als Chronist und Beobachter vorgestellt wird, arbeitet im Jahr 2015 in der „Tausendundeinachtteilung“ des Staats Treva. Beauftragt ist er mit der Erstellung einer Chronik anlässlich des 25. Jahrestags der deutschen Wiedervereinigung. Als ehemaliger Dissident ist er in den Staatsdienst eingetreten, um die Macht von innen her zu erforschen und zu verstehen.

Neben seinem Erkenntnisthunger zur Funktion eines Machtapparats treibt ihn aber vor allem ein eigenes Thema an, nämlich den Verrat an seinen Eltern aufzuklären, der diese in der untergegangenen DDR in die Fänge der Staatssicherheit getrieben hat. Das ist der eigentliche Glutkern seines Handelns; nur dafür beibt er sich in die Tiefe der Vergangenheit, durch labyrinthische Gänge des unterirdischen Reichs, der „Sicherheit“, die alle Vorgänge der Vergangenheit und Gegenwart archiviert, kontrolliert und in den eigenen Medien nacherzählen lässt.

Die Zitierlust und über Jahre hinweg erfolgte Recherchearbeit Tellkamps sorgt hier im Sinne einer sich endlos schlängelnden Tausendundeinacht-Geschichtserzählung für manch vernünftige Dechiffrierung von Persönlichkeiten der bundesrepublikanischen und gesamtdeutschen Geisteswelt. Und so ist dieser Roman vor allem ein Geschichtsbuch, das



Gut gelaunter Autor: Tellkamp bei der Buchpremiere von „Der Schlaf in den Uhren“ in Potsdam Foto: IMAGO/Eberhard Thonfeld

wir an beliebiger Stelle aufschlagen; dies ähnlich dem neugierigen König, der sich Nacht für Nacht die Geschichte ohne Ende von Scheherazade weitererzählen lässt, die sich so ihr Leben sichert. Denn Erinnern bedeutet nichts anderes, als das eigene Leben zu sichern, indem man Anker wirft an dem Ort, wo man hingehört. Als Heimat, wo man, laut Tellkamp, sein kann ohne Fesseln und ohne auferlegte Disziplin.

Der Chronist Fabian ist also ein Geschichtenerzähler, der sich erinnert und dafür nicht nur in die Archive, sondern auch in seine eigenen Tiefen hinabsteigt. Als einer, der von Kind auf stottert, ist er noch mehr ein Beobachter als aktiver Protagonist, bewundert er den Weltenlauf, das fortwährende Verändern, das folgerichtige Entwickeln, erkennt damit eine höhere Macht an, die treibt und trägt.

Wenn Hölderlin also in seinem Langgedicht „Archipelagus“ von eben jenem Entzücken über die Natur, Schönheit und Werden spricht, dann aber Zerstörung beklagt, weil dem Menschen die Demut fehlt, ist es auch Fabian, der im Rückblick vor allem Trauer über Unwiederbringliches verspürt. Dies nicht nur in der Unwiederbringlichkeit des eigenen Lebens, vielmehr stellvertretend für das Auslösen und Aberkennen von Biografien jener, die aus dem untergegangenen Staat DDR kommen.

Die dritte Zeitebene, wahrscheinlich hinblickend auf den folgenden Teil, ist das Jahr 2021, dem „Jahr Zwei in Corona“, in

dem der Leser erkennt, dass sich bei Fabian tiefgreifende Lebensveränderungen ereignet haben müssen. Eine geschickt begonnene Zwillingserzählung, so ist zu vermuten, in der Fabian, nun nicht mehr bei der „Sicherheit“ angestellt, wohl in der „Freiheit“ angekommen ist.

Wer sich an die Familienverhältnisse aus Tellkamps Vorgängerroman „Der Turm“ noch erinnert, wird in dieser Fortschreibung nun belohnt mit Vor- und Nachgeschichten der Familie Rohde und Hoffmann, die nicht alle in die DDR hineingeboren sind. Da erfreut die Aussicht auf „Archipelagus 2“, in dem sicher die Herkunftsgeschichten noch eine größere Rolle spielen werden. Der Onkel Meno zum Beispiel, Lektor beim Hermes Verlag, taucht auch beim „Schlaf in den Uhren“ wieder prominent auf und darf mit der ambivalenten Figurenführung des Autors durchaus als die eigentliche Hauptperson des Epos gesehen werden. Auch Anne, nun Kanzlerin in Treva, wird in Andeutungen schon jetzt für den nächsten Teil noch eine weitere Rolle zugeschrieben.

Einhellige Ablehnung

Tellkamp nutzt in seinem Roman die großen literarischen Motive und geht dabei traditionelle Wege der biografischen Erzählung. Schon bei Dante Alighieris Hauptwerk „Göttliche Komödie“ sind es die drei Reiche der jenseitigen Welt, die mit dem eigenen Gang durch Hölle, Fegefeuer und Paradies dem Geretteten ewige Seligkeit versprechen und den durchlebten Erkenntnis-Schmerz im Nachhinein vergolden.

Auch Uwe Johnson, der in seinem vierbändigen Hauptwerk „Jahrestage“ einen Zeitraum von ungefähr 60 Jahren in zwei Generationen beschreibt und damit Alltagserzählung als modellhaftes Erfahren eigener Entscheidungen und deren Konsequenzen beschreibt, gilt neben dem Ungarn Péter Nádas als weiterer literarischer Ahne Tellkamps.

Denn auch Fabian wird sich dem eigenen Spiegel stellen müssen, um Wissen in einer Gegenwart zu erlangen, die auf verdrängt Erlebtem fußt. Für ein 900-seitiges

Buch, das Mitte Mai erschienen ist, ist die Rezeptionsgeschichte schon jetzt außergewöhnlich umfangreich und in ihrem fast einhellig ablehnenden Gestus zumindest bemerkenswert. Tellkamp selbst nämlich spricht davon, nichts damit „zu wollen“, lediglich Erinnerungsarbeit zu leisten, die notwendig sei und einer künstlerischen Adaptierung bedürfe.

Eine Spitze gegen die Medien

Auf einer Veranstaltung im Stadtmuseum Dresden am 25. Mai verdeutlichte der Autor: „Wenn Sie sich dafür interessieren, wie Gesellschaft funktionieren mag, was gewisse Spieler in dieser Gesellschaft können oder wollen, wie Politik arbeitet in ihren verschiedenen Ausprägungen, wie Alltag in einer europäisch bundesdeutsch modern gestalteten Großstadt aussieht, (...) wie Journalismus hier und dort arbeitet (...) dann ist der Roman für Sie richtig.“

Verstehen wir das Buch also als lustvolles Angebot, die ausgebreiteten Mosaiksteine zu sortieren und sich vom derzeit wichtigsten und sprachmächtigsten deutschen Schriftsteller Geschichte in Geschichten erzählen zu lassen – von Uwe Tellkamp.

In dem Filmporträt „Der Fall Tellkamp, Streit um die Meinungsfreiheit“, das 3Sat kürzlich zum Erscheinen seines neuen Romans ausgestrahlt hat, äußerte sich Tellkamp wie folgt: „Für mich ist der eigentliche Gewinn, diesen Stoff bewältigt zu haben – in einer Form, dass er zwischen zwei Buchdeckel passt. Es gibt wieder ein Buch. Der Autor existiert noch. Fast hätte ich nicht mehr daran geglaubt. Niemals aufgeben. Das ist es. Aufgeben gibt es nicht.“

● Susanne Dagen leitet in Dresden das BuchHaus Loschwitz und gibt die edition buchhaus loschwitz heraus, in der auch eine Erzählung von Uwe Tellkamp erschienen ist. Der Autor wird am 17. Juni sowie am 4. und 11. Juli im BuchHaus aus seinem neuen Roman lesen. Die Veranstaltungen sind bereits ausverkauft. Internet: www.kulturhaus-loschwitz.de

● KINO

Der Mann hinter Elvis

„Elvis“ heißt der Film, aber im Mittelpunkt steht nicht der King des Rock ’n’ Roll, sondern ein ganz anderer. Es geht um einen gewissen Colonel Tom Parker, den wahrscheinlich nur wahre Elvis-Fans als die graue Eminenz kennen, welche die Karriere des Sängereids gemanagt hat. Im Film „Elvis“, dessen Kinostart am 23. Juni vor allem die deutsche Elvis-Presley-Gemeinde voller Vorfreude entgegenseht, wird schnell klar, warum der Colonel seinen singenden Befehlsempfänger in den Schatten stellt: Er wird gespielt von Tom Hanks.

Man muss allerdings genau hinschauen, um hinter der Maske des fettleibigen Managers die Hollywoodlegende zu erkennen, die man aus „Forrest Gump“, als Astronaut Lovell in „Apollo 13“ oder als auf einer einsamen Insel gestrandeten Paketzulieferer in „Cast Away“ lieben- und schätzen gelernt hat. Für seine neue Rolle hat sich Hanks zum adipösen Durchschnittsamerikaner mit Schwabbelbauch und Doppelkinn verwandelt und ist damit meilenweit entfernt vom Hollywood-Ideal der auf kosmetischen Hochglanz retuschierten Kinofiguren.

Den Mut zur Hässlichkeit gönnen sich Kinostars nur bei Regisseuren ihres Vertrauens. Der Australier Baz Luhrmann ist solch ein Filmemacher, der schon in „William Shakespeares



Kaum wiederzuerkennen: Tom Hanks als Elvis-Manager Colonel Tom Parker

Romeo + Julia“ oder in „Moulin Rouge“ seine Akteure ins rechte Licht zu setzen vermochte. Ähnlich wie diese Filme ist auch „Elvis“ eine knallbunte Nummernrevue, die mit waghalsigen Kameraeinstellungen, rasanten Schnitten, Bildschirmteilungen („Split Screen“) und schwindelerregender Musik-Mixtur so süchtig macht wie ein Elvis-Konzert in Las Vegas. Das Problem bei diesem visuellen und akustischen Konzept ist, dass die Handlung dahinter verschwindet.

Vielleicht hat das Methode, denn viel zu erzählen gibt es nicht. Da entdeckt dieser aus den Niederlanden stammende „Colonel“, der nie gedient hat und die Armeebesetzung nur als Ehrentitel erhielt, den jungen Elvis auf einer Talentshow. Weil sein Auftritt dem eines Superhelden aus einem Comic gleicht, nimmt er ihn unter die Fittiche. Über 20 Jahre dauert diese Beziehung, in der er Elvis wie eine Zitrone ausquetscht, ihm eine Welttournee verweigert, um ihm lukrativere Auftrittsverträge in Las Vegas zuzuschustern und der bis zu 50 Prozent an den Vermarktungsgewinnen seines Stars beteiligt ist. Hanks ist so grandios in der Rolle dieses Halsabschneiders, dass man Austin Butler als Elvis und Olivia DeJonge als dessen Frau Priscilla bedauern muss: In dem über zweieinhalbstündigen Kinospktakel werden sie einfach platt gedrückt von diesem dicken Tom Hanks. Harald Tews



Uwe Tellkamp: „Der Schlaf in den Uhren“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2022, gebunden, 904 Seiten, 32 Euro

CURD JÜRGENS

Bardots
normannischer
Kleiderschrank

Curd Jürgens war ein internationaler Star. Davon zeugt nicht zuletzt, dass er es bis zum Gegenspieler von James Bond gebracht hat. Der polyglotte Lebemann lebte auf großem Fuße und hatte Wohnsitze in unterschiedlichen Teilen der Welt.

Das entsprach durchaus seiner Herkunft. Der Vater des am 13. Dezember 1915 im heute den südlichsten Stadtteil Münchens bildenden Solln geborenen und am 18. Juni 1982 in Wien gestorbenen Künstlers war ein begüterter Hamburger Import-Export-Kaufmann dänischer Herkunft mit regen Geschäftsbeziehungen nach Russland. Curd Jürgens Mutter war eine südfranzösische Lehrerin. Das gemeinsame Kind, das zwei ältere Schwestern hatte, wuchs zweisprachig und größtenteils in Berlin auf.

Der Junge sollte nach dem Besuch des Herder-Gymnasiums eigentlich Diplomat werden. Stattdessen arbeitete er als Reporter beim „8-Uhr-Abendblatt“ und nahm nebenbei Schauspielunterricht. 1935 begann seine Film- und Bühnenkarriere. Einerseits stellte er sich bei der UfA vor und bekam von Willi Forst die Rolle des Kaisers Franz Joseph I. in dem Historienfilm „Königswalzer“. Andererseits erhielt er ein Engagement am Metropoltheater in Dresden. Weitere



Vor 40 Jahren gestorben: Curd Jürgens

Filme sowie Engagements in Berlin und Wien folgten.

1941 vermittelte ihn Lizzie Waldmüller an das Burgtheater. Als der Burgschauspieler 1946 die österreichische Staatsbürgerschaft beantragte, um an einer Tournee seines Theaters in die Schweiz teilnehmen zu können, erhielt er sie problemlos.

Der Durchbruch als Charakterdarsteller gelang Jürgens 1955 mit den Streifen „Des Teufels General“, „Die Ratten“ und „Die Helden sind müde“. Bereits ein Jahr später stand er mit Brigitte Bardot in Roger Vadims „Und ewig lockt das Weib“ vor der Kamera. Von der Französin erhielt er seinen liebevollen Spitznamen „armoire normande“ – normannischer (Kleider-)Schrank.

Zu der Kino- und Bühnen- kam (später) auch noch eine Karriere als Fernsehschauspieler sowie als Sänger und Buchautor. „Rot – rot – tot“ aus dem Jahre 1978 mit ihm als Mörder ist die bezüglich der Zuschauerzahl erfolgreichste „Tatort“-Folge aller Zeiten. Passend zu seinem 60. Geburtstag erschienen seine Autobiographie „... und kein bisschen weise“ und der Ohrwurm mit dem für ihn typischen sonoren Sprechgesang „60 Jahre – und kein bisschen weise“. Manuel Ruff



Der Tatort des Einbruchs: Der Watergate-Gebäudekomplex, in dem sich zum Tatzeitpunkt das Hauptquartier des Democratic National Committee befand

Foto: Tews

WATERGATE-AFFÄRE

Die Mutter
aller Skandale

Vor einem halben Jahrhundert scheiterte ein Einbruch. Seitdem haben mehr als 250 anrühige Vorgänge eine Bezeichnung mit dem Ende „gate“ erhalten

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1972 stieß der Wachmann Frank Wills bei seinem Kontrollgang durch den teilweise noch im Bau befindlichen Watergate-Gebäudekomplex im Nordwesten von Washington auf etwas Merkwürdiges: In der Tiefgarage des Objektes, in dem sich auch das Hauptquartier des Democratic National Committee (DNC), des nationalen Organisationsgremiums der Demokratischen Partei, befand, entdeckte er ein Klebeband an einer Tür, das offenbar deren Zufallen verhindern sollte, und entfernte dieses, ohne zunächst Verdacht zu schöpfen. Während der nächsten Runde fand Mills dann jedoch erneut einen Klebestreifen an derselben Stelle vor und alarmierte daraufhin die Polizei. Wenig später trafen die Officers Paul Leeper, John Barrett und Carl Shoffler vor Ort ein. Im Zuge der anschließenden Durchsuchung ertappten die Beamten im sechsten Stock der Räumlichkeiten des DNC mehrere Einbrecher auf frischer Tat. Hierbei handelte es sich um die Exilkubaner Virgilio González und Eugenio Martínez sowie die früheren oder noch aktiven CIA-Agenten Bernard Barker, Frank Sturgis und James McCord. Das Quintett hatte versucht, Abhörwanzen zu installieren, um vor allem den Wahlkampfchef der Demokraten, Lawrence O'Brien, auszuspionieren.

Bauernopfer reichten nicht

Die Verhaftung der Fünf löste einen ungeheuren politischen Skandal aus, der am Ende zum ersten und bislang einzigen Rücktritt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten führte. Wie sich in der Folgezeit herausstellte, agierten die Einbrecher im Auftrag des Committee for the Re-Election of the President (CRP), das die Wiederwahl des republikanischen Amtsinhabers Richard Nixon am

7. November 1972 absichern sollte und dabei mit allerlei illegalen Mitteln gegen den demokratischen Herausforderer George McGovern vorging.

Die Machenschaften des CRP und des dahinterstehenden Führungszirkels des Präsidenten flogen zum einen auf, weil der Sicherheitschef des Komitees, McCord, während seines Prozesses umfassend aussagte. Zum anderen veröffentlichte die „Washington Post“ ab März 1973 diverse Hintergrundartikel, die das ganze Ausmaß der Unregelmäßigkeiten rund um Nixons Wahlkampf sowie auch der Behinderung der Justiz im Zuge der Ermittlungen zum Watergate-Einbruch aufdeckten. Bei der Abfassung ihrer Beiträge hatten sich die Journalisten Robert Woodward und Carl Bernstein auf eine Quelle namens „Deep Throat“ gestützt. Später kam heraus, dass es sich dabei um den FBI-Vizedirektor Mark Felt handelte.

Der Versuch, Lawrence O'Brien auszuspionieren, erwies sich im Nachhinein als unnötig. Denn Nixon gewann ohnedem die 47. Präsidentenwahl vom 7. November 1972. Die Enthüllungen erfolgten erst nach der Wahl. Zunächst entließ Nixon seinen Stabschef Harry Robbins Hal-

deman und John Ehrlichman. Diese Bauernopfer reichten jedoch nicht. Auch er selbst geriet in den Fokus der Ermittlungen. Die Folge war die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen ihn. In dessen Verlauf tauchten unwiderlegbare Beweise dafür auf, dass Nixon persönlich die Anweisung gegeben hatte, die Aufklärung des Einbruchs ins Hauptquartier der Demokraten durch das Vorschleichen von Belangen der „nationalen Sicherheit“ zu sabotieren. Deswegen trat der Präsident am 9. August 1974 zurück. Sein Nachfolger wurde sein bisheriger Vizepräsident, Gerald Ford.

Ford amnestierte Nixon keinen Monat später, am 8. September 1974, im Hinblick auf alle Straftaten während dessen Amtszeit. Deshalb kam es zu keinen weiteren Untersuchungen gegen den Ex-Präsidenten, sodass das Ausmaß der konkreten persönlichen Verwicklung Nixons in die Watergate-Affäre bis heute nicht vollständig geklärt ist.

Dennoch gilt „Watergate“ inzwischen als die Mutter aller Politskandale. Das äußert sich nicht zuletzt in der Verwendung des Suffixes „gate“. Dieser Brauch geht auf William Safire zurück. Der Ko-

lumnist der „New York Times“ und vormalige Redenschreiber für die Nixon-Regierung begann bereits im September 1974 damit, zahlreiche Wortkombinationen mit „gate“ zu kreieren, um so besonders perfide Formen unethischen Verhaltens im Verein mit Versuchen zu deren Vertuschung zu geißeln. Das führte dazu, dass man Safire unterstellte, er wolle Nixon „rehabilitieren, indem er seine Nachfolger unerbittlich mit demselben rhetorischen Pinsel teerte“. Und tatsächlich gestand der Kolumnist später ein, dass er „möglicherweise versucht hat, die ... Bedeutung der von seinem ehemaligen Chef begangenen Verbrechen mit dieser Albernheit zu minimieren“.

Vorwurf der Relativierung

Doch da war der Geist längst aus der Flasche. Inzwischen gibt es mehr als 250 Skandale oder Skändälchen, die durch die Endung „gate“ zu etwas Besonderem erhoben werden sollten. Manchmal war die Etikettierung der Schwere der Verfehlungen angemessen. Das gilt beispielsweise für „Irangate“, die 1986 aufgeflogene Iran-Contra-Affäre. Damals stellte sich heraus, dass hochrangige Beamte der Reagan-Administration heimliche Waffenlieferungen an den Iran genehmigt hatten, um mit den Erlösen verdeckt die antisandinistischen Contra-Rebellen in Nicaragua finanziell zu unterstützen. Oder die „Waterkantgate“ bei der Barsingha-Affäre.

Nicht selten wird aber jedes Maß verloren und die Grenze zur Lächerlichkeit überschritten. Als Musterbeispiele hierfür können „Nipplegate“ und „Pimmelgate“ dienen. Im ersten Fall ging es um einen banalen Busenblitzer der Sängerin Janet Jackson während ihres Auftritts in der Halbzeitpause des 38. Super Bowls im Februar 2004. Und im zweiten um überzogene Polizeimaßnahmen wegen einer geringfügigen Beleidigung des Hamburger Innensenators Andy Grote (SPD) im September vergangenen Jahres.

Flöge morgen irgendein Skandal auf, wäre es wohl nur eine Frage der Zeit, bis irgendjemand auf die Idee käme, mit einer mehr oder weniger originellen Wortkreation mit dem Ende „gate“ an die Öffentlichkeit zu treten. Denn so lässt sich nach wie vor am wirkungsvollsten suggerieren, dass hochrangige Verschwörer im Hintergrund ganz ruchlos gehandelt hätten. Insofern ist der Einsatz des Suffixes „gate“ zu einem gängigen Mittel der politischen Propaganda wie des sensationsheischenden Journalismus geworden.

Opfer und Täter



Der vormalige Postminister **Larry O'Brien** fungierte 1968 und von 1970 bis 1972 als Vorsitzender des Democratic National Committee (DNC).



Harry Robbins Halde wurde wegen Verschwörung, Behinderung der Justiz und Meineid zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er eineinhalb absaß.



John Ehrlichman war vom 4. November 1969 bis zum 30. April 1973 Nixons Chefberater für innere Angelegenheiten. Wie Haldemann saß er eineinhalb Jahre ein.

VON HANS-DIETER NAHME

Es ist in der deutschen Geschichte selten vorgekommen, dass ein Berufsoffizier zum Regierungschef gewählt oder ernannt wurde. In diese Reihe gehört der Reichskanzler und Reichswehrminister General Kurt von Schleicher, der von Anfang Dezember 1932 bis Ende Januar 1933 regierte. Er strebte eine politische Querfront aller Schaffenden an unter Einbeziehung der Gewerkschaften. Die Konzeption dafür stammte von dem Journalisten Hans Zehrer und federführend von Günther Gereke, der von Schleicher zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt wurde. Ein produktives Arbeitsbeschaffungsprogramm sollte dabei öffentliche Aufträge im Siedlungswesen vorfinanzieren – unter Wahrung der Tariflöhne.

General der Infanterie a. D. Kurt von Schleicher, geboren am 7. April 1882 in Brandenburg an der Havel, wurde als Gegner des Nationalsozialismus am 30. Juni 1934 von einem Rollkommando der SS in seinem Privathaus in Neubabelsberg bei Potsdam zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth erschossen. Der hektische Ablauf dieser Tat ist durch eine Zeugenaussage bekannt, aber die Frage der Täterschaft und der eigentlichen Urheber ist bisher nie recht geklärt worden.

Undurchschaubare Taktik

Der Schleicher-Mord steht im Zusammenhang mit vielen anderen Untaten dieser turbulenten Tage wie der Tötung des Generalmajors Ferdinand von Bredow und des Ministerialrats Erich Klausener. Franz von Papen entging dieser Aktion mit knapper Not, ebenso der Reichsminister a. D. Gottfried Treviranus. Die Blut-taten wurden offiziell als Maßnahmen gegen einen angeblich drohenden „Röhm-Putsch“ legitimiert.

Fakt ist, dass Ernst Röhm und große Teile der Führung der Sturmabteilung (SA) mit der Entwicklung nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten unzufrieden waren. Sie wollten nach der legalen eine zweite Revolution und dass ihre SA die Reichswehr als Streitmacht des Deutschen Reiches ablöste.

KURT VON SCHLEICHER

Der letzte Kanzler vor Adolf Hitler

Mit einer politische Querfront aller Schaffenden versuchte der Berufssoldat und Politiker die Weimarer Republik zu retten

Ob sie wirklich putschen wollten, ist umstritten.

Jedenfalls wurde die SA in der sogenannten Nacht der langen Messer vom 30. Juni auf den 1. Juli 1934 enthauptet. Im Schatten dieser Aktion gegen die SA-Führung wurden sozusagen in einem Abwasch auch andere, vorwiegend national-konservative Regierungskritiker ausgeschaltet, die der Regierung gefährlich erschienen oder ihr missliebiger waren. Mit den zum linken Flügel der NSDAP gehörenden Kreis um SA-Führer Röhm wurden auch eher rechts stehende Gegner der NS-Diktatur liquidiert. Der gleichgeschaltete Reichstag erklärte die Übeltaten dieser Tage durch ein Gesetz als Staatsnotwehr für rechtmäßig und der in seinem letzten Lebensjahr stehende Reichspräsident Paul von Hindenburg billigte das. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der NS-Herrschaft wurde diese pauschale Rechtfertigung für nichtig erklärt.

Dass es vor Adolf Hitlers „Machtergreifung“ restaurative Kräfte gab und dass vielen aus der Kaiserzeit stammenden Politikern und Generälen die Republik nicht sympathisch war, ist nicht erstaunlich. Es wäre sonderbar gewesen, wenn sie auf einmal alles, was ihnen wert und heilig gewesen war, verworfen hätten. Aber es gab vernünftige Generäle in der Reichswehr – genannt seien Wilhelm Groener, Walther Reinhardt und Kurt von Hammerstein-Equord –, die wie Schleicher einsahen, dass die alten Zeiten vergangen waren, und zu dem Ergebnis kamen, dass ein neues Denken erforderlich sei. Man war bereit, die Republik zu akzeptieren und an ihrer Gestaltung mitzuwirken, zusammen mit den Sozial-

demokraten, wie es Erwin Planck als enger Mitarbeiter Schleichers bereits 1919 niedergeschrieben hatte: „Konservative und Arbeiter müssen eines Tages zusammengehen und die nötigen sozialen Reformen schaffen.“ Bezeichnend ist ein späterer Ausspruch Hammerstein-Equords: „Wir alle stehen der Gesinnung nach rechts; aber wir müssen uns alle klarmachen, durch wessen Schuld der jetzige politische Trümmerhaufen entstanden ist. Das sind die Führer der Rechtsparteien.“

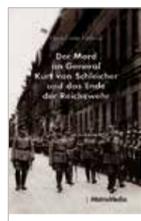
Schonfrist dank Hindenburg

Der Kapp-Putsch von 1920 hatte gezeigt, dass rechte Putschisten keine Chancen hatten in der jungen Republik. In wenigen Tagen war er in sich zusammengebrochen, während die kommunistischen Umsturzversuche im Westen Deutschlands erst in wochenlangen Kämpfen überwun-

den werden konnten. In der Spätphase der Weimarer Republik stärkte Schleicher durch seine Einflussnahme beim Reichspräsidenten den Ausbau der Staatsautorität, welche die Präsidialkanzler Heinrich Brüning und Papen von Hindenburg abhängig machte. Schleichers undurchschaubare Taktik gegenüber der NSDAP der parlamentarischen Zähmung einerseits und eines möglichen Militärschlags andererseits ließen seine Politik am Ende scheitern.

Schleicher erscheint heute als ein Mann, der die junge Republik vor ultrarechten und ultralinken Kräften sowie vor ausländischen Mächten zu schützen versuchte. Hitler hätte, wie er zuletzt noch wenige Tage vor seinem Selbstmord sagte, schon bei seiner „Machtergreifung“ Schleicher und andere umbringen lassen, wenn er nicht Rücksicht auf Hindenburg hätte nehmen müssen. Am 30. Juni 1934 fand sich eine Gelegenheit dazu, und Deutschland wurde endgültig in die NS-Diktatur geführt. Im Jahr 1935 wurde aus der Reichswehr die Wehrmacht. Das „Schleichersche“ Truppenamt wurde dann in „Generalstab des Heeres“ umbenannt und zur Wehrmachtsführung.

Buchtipps



Hans-Dieter Nahme

Der Mord an General Kurt von Schleicher und das Ende der Reichswehr
MatrixMedia 2022, Hardcover, 115 Seiten,
ISBN: 978-3-946891-23-9,
20 Euro

● **Hans-Dieter Nahme** war Präsident der niedersächsischen Notarkammer Celle. Er ist Verfasser der erstmals 2019 in Kirchheim erschienenen Doppelbiographie „Gustav Noske – Kurt Schleicher. Die erste und die letzte Chance für die Weimarer Republik“ und der dieses Jahr in Göttingen herausgekommenen Monographie „Der Mord an General Kurt von Schleicher und das Ende der Reichswehr“.

NÖRVENICH

Das Ende des Kunstflugs bei der Luftwaffe

An den Feierlichkeiten zum 70. Thronjubiläum der britischen Königin Elisabeth II. war auch die Royal Air Force mit einem Formationsflug über dem Buckingham-Palast beteiligt. Mehr als 70 Hubschrauber und Flugzeuge flogen sechs Minuten am Himmel über London. Ein Höhepunkt war dabei eine aus 15 Maschinen geformte „70“.

Luftstreitkräfte nutzen ihr Gerät gerne bei Staatsfeiern, Tagen der offenen Tür und dergleichen Gelegenheiten für derartige Showeinlagen. Sie zeigen damit Präsenz und vermitteln Laien und Zivilisten ein mehr oder weniger beeindruckendes Bild von ihrer Leistungsfähigkeit. Manche unterhalten zu diesem Zweck gar eigene Kunstflugstaffeln. Zu nennen sind hier die „Red Arrows“, die „Patrouille de France“, die „Patrouille Suisse“, die



Eine der Unglücksmaschinen

„Frecce Tricolori“, die „Blue Angels“, die „Thunderbirds“, die „Russkije Witzjasi“ oder die „Türk Yıldızları“.

Die deutsche Luftwaffe hat keine derartige Kunstflugteams, aber das war nicht immer so. Nachdem in der Bundesrepublik die Entscheidung für die Anschaffung der Lockheed F-104 „Starfighter“ gefallen war, wurde auch ein mit diesen Maschinen ausgestattetes Kunstflugteam aufgestellt. Vor 60 Jahren, am 20. Juni 1962, sollte das Team seine Premiere anlässlich eines Festaktes zum fünfjährigen Bestehen des Jagdbombergeschwaders 31 und dessen Ausrüstung mit dem „Starfighter“ über dem Fliegerhorst Nörvenich haben.

Am Nachmittag des Vortags fand eine Probe statt. Offenbar verlor dabei die Formation – beziehungsweise deren Führer – in tieffliegenden Wolken die Orientierung, kam zu niedrig und bohrte sich mit allen vier Maschinen nahe Balkhausen in den Boden eines Braunkohlentagebaus.

Nach dem Unglück wurde der Festakt abgesagt. Stattdessen fand zwei Tage später eine Trauerfeier für die vier verunglückten Piloten statt. Der Bundesverteidigungsminister hielt die Trauerrede. Es war das Ende des Kunstflugs in der Luftwaffe. Die bestehenden Teams wurden aufgelöst, die Aufstellung neuer verboten.

Die Bundesmarine folgte Jahrzehnte später. Dort bildete das Ende ein letzter Auftritt der „Starfighter“ der „Vikings“ im Jahre 1986 beim Flugtag des Jagdgeschwaders 74 in Neuburg.

Danach war militärischer Kunstflug in der Bundesrepublik nur noch von ausländischen Formationen zu sehen. Hier bildete das von der „Frecce Tricolori“ ausgelöste Flugtagunglück von Ramstein 1988 eine tiefe Zäsur. Nach einem anfänglichen generellen Verbot sind Kunstflugvorführungen seit 1991 nur noch unter Beachtung restriktiver Sicherheitsauflagen möglich.

Manuel Ruoff



Kurt Schleichers Macht resultierte nicht zuletzt aus seinem Einfluss auf Paul von Hindenburg: Der General (ganz rechts) mit dem Reichspräsidenten zu seiner Rechten sowie Franz von Papen, Otto Meißner und Wilhelm Freiherr von Gayl (v. l.) auf der Terrasse des Gutes Neudeck am 1. September 1932

Foto: AS Ullstein Bild 06528538-H

VON WOLFGANG KAUFMANN

In den menschlichen Körper eingepflanzte Hightech-Implantate sind regelrechte Wunderwerke der Medizintechnik. So ermöglichen Netzhautimplantate wie Argus II der US-Firma Second Sight Medical Products, dass Blinde Hell-Dunkel-Kontraste und Objekte wahrnehmen können. Der Niederländer Jeroen Perk vermag dank seines 150.000 US-Dollar teuren bionischen Auges sogar Ski zu fahren. Cochlea-Implantate in der Hörschnecke des Innenohres wiederum dienen als Prothesen für Taube. Und neuerdings gibt es auch noch Gehirnimplantate, die es vollständig Gelähmten erlauben, mit ihrer Umwelt zu kommunizieren. Die Hirnströme werden durch Elektroden im Kopf erfasst und steuern über Brain-Computer-Interfaces (BCI) einen außerhalb des Körpers befindlichen Rechner. Dazu kommen Tiefenhirnstimulatoren zur Reduzierung des Zitterns bei Menschen, die unter der Parkinson-Krankheit leiden.

Die Fortschritte der Neuro- und Computerwissenschaften haben inzwischen zu einem regelrechten Goldrausch geführt. Unternehmen, die mit solchen Implantaten beziehungsweise invasiven BCI künftig satte Gewinne einfahren wollen, schießen wie Pilze aus dem Boden. Eines davon, Neuralink, gehört übrigens auch dem Tesla- und SpaceX-Chef Elon Musk, der bereits 2017 sagte: „Für uns scheint es ... keine große Anstrengung zu sein, Geräte in ein Gehirn zu stecken, um Informationen auszulesen und Informationen wieder einzulesen.“

Austausch ist schwierig und riskant

Allerdings können die Implantate und BCI wie jede andere Technik auch den Dienst verweigern, obwohl es in diesem Fall kein gezielt herbeigeführtes Verfallsdatum gibt wie beispielsweise bei Mobiltelefonen. In deren Fall sorgen die Hersteller systematisch für eine begrenzte Haltbarkeit von Bauteilen sowie das schnelle Veralten von Software-Lösungen, um den Absatz ihrer neuen Produkte vorzubereiten.

Bei auf operativem Wege in den Körper eingebrachten technischen Komponenten wird auf solche Tricks verzichtet, weil der Austausch weit komplizierter als der Umstieg auf ein neues Telefon und vielfach auch mit erheblichen gesundheitlichen Risiken behaftet ist. Schließlich wachsen die verwendeten Mikroelektroden in die Nervenstränge oder das Hirngewebe ein und lassen sich daher nicht einfach wie Stecker herausziehen, wenn ein Wechsel erfolgen muss oder der Hersteller das Handtuch wirft und keine Reparaturen mehr anbietet.

So wie Second Sight, dessen 350 Kunden weltweit jetzt die neuerliche Erblindung droht. 2020 stand das Unternehmen



Hoffnungsfroher Aufbruch: 2015 präsentierte Vizechef Brian Mech das neue Netzhautimplantat von Second Sight in Los Angeles, USA

Foto: imago images/ZUMA Wire

MEDIZINTECHNIK

Wenn das Wunder-Implantat zum Schrott im Kopf wird

Dank technischer Wunderwerke können Blinde wieder sehen, gänzlich Gelähmte wieder kommunizieren. Aber was geschieht, wenn der Hersteller pleitegeht und die Geräte niemand mehr wartet?

kurz vor der Insolvenz, konnte aber 2021 neues Kapital einsammeln. Dennoch stürzte der Aktienkurs bald wieder ab, weswegen nun eine Fusion mit dem Biotech-Start-up Nano Precision Medical (NPM) ansteht. Das will sich jedoch auf die Entwicklung von Implantaten für die Verabreichung von Medikamenten konzentrieren und daher nur wenige Mitarbeiter von Second Sight übernehmen. Deshalb wird es weder Reparaturen noch anderweitige Hilfestellungen für die Träger von Argus-II geben. Das bekam auch schon das bisherige Second-Sight-Aushängeschild Perk zu spüren, als dessen externe, am Gürtel getragene Grafikeinheit zu Boden fiel und zerbrach. Da kam die Rettung nicht vonseiten des Unternehmens – vielmehr konnte ein Arzt aushelfen, der noch solche Einheiten auf Lager hatte.

Weniger Glück war dahingegen Barbara Campbell und Ross Doerr beschieden.

Die Argus-II-Trägerin ist seit dem Ausfall ihres Implantates wieder blind, während Doerr dringend nötige Software-Updates vermisst. Als der Amerikaner deswegen bei Second Sight anrief, bekam er nur zu hören: „Wir wurden gerade alle gekündigt.“ Das veranlasste ihn zu dem Kommentar: „Es ist eine phantastische Technologie, aber ein lausiges Unternehmen.“

Dabei dürfen Betroffene wie Campbell und Doerr auch nicht auf die Kulanz anderer Hersteller hoffen, denn deren Systeme sind mit Argus II inkompatibel. Das wirft nun die Frage auf, wie Menschen geholfen werden kann, die in ihrem Körper Hightech-Schrott herumtragen, für welchen niemand mehr verantwortlich sein will. Der Blick auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik beziehungsweise der EU ergibt leider keine befriedigende Antwort.

Zwar existieren mittlerweile zahlreiche Vorschriften, was die Produktsicher-

heit und -haftung betrifft, aber viele davon bleiben sehr im Vagen, wenn es um Implantate geht, deren Austausch schwierig ist und die deshalb so lang wie möglich halten sollten. So wurde 2017 die Medizinprodukte-Verordnung verabschiedet, derzufolge die Hersteller „über den gesamten Produktlebenszyklus“ verantwortlich sind und „notwendige Maßnahmen wie Updates und Reparaturen kontinuierlich umsetzen“ müssen, „damit ein sicherer Betrieb und eine sichere Anwendung für Patienten ... und Dritte gewährleistet ist“.

Lösung winkt aus Dresden

Das schützt jedoch nicht vor den Folgen von Firmenpleiten, denn eine Verpflichtung zur Bildung angemessener Rücklagen seitens der Hersteller zur Abfederung der finanziellen Lasten für Patienten wie Krankenkassen gibt es nach wie vor keine.

Dies gilt ebenso für Vorschriften zur Veröffentlichung der Software-Codes, durch die andere Firmen eher in der Lage wären, die Wartung zu übernehmen, wenn der Hersteller ausfällt. Hier muss der Gesetzgeber unbedingt nachbessern, wobei er dann zugleich zu bedenken hat, dass offene Codes das Risiko von unautorisierten Zugriffen auf die Gehirn-Computer-Schnittstellen erhöhen.

Glücklicherweise versprechen neuere Entwicklungen wie die von Karl Leo vom Lehrstuhl für Optoelektronik am Institut für Angewandte Photophysik der Technischen Universität Dresden zumindest im Falle der obsolet gewordenen medizinischen Hilfsmittel eine elegante und ungefährliche technische Lösung in der Zukunft. Leo kreiert derzeit organische Materialien für Elektroden und andere Komponenten der Implantate, welche vom Körper abgebaut werden können.

KULTURKAMPF

Hindu-Pop gegen Moslem-Dominanz

Der indische Sänger Prem Krishnavanshi fordert die islamisch beherrschte „Bollywood“-Industrie heraus

Indiens neuer Popstar heißt Prem Krishnavanshi. Er singt gegen die muslimische Dominanz in der indischen Popkultur an und verkündet das Ende der hinduistischen Unterwerfung unter die muslimische Kulturdominanz. Mit seinem „Bhajan“ (Andachtslied) hat der Sänger vor drei Jahren der islamischen Musikkultur den Kampf angesagt.

Krishnavanshi ist Teil einer neuen Massenkultur in Indien, in der antimuslimische Lieder bei Kundgebungen von hinduistischen Gruppen vorgetragen werden, vor allem im Norden des Landes, die als „Hindi-Gürtel“ bezeichnet werden. „Hindutva“ ist ein Hindi-Wort und beschreibt die Kultur und Lebensweise von devoten Hindus. Weil Safran die heilige Farbe der

Hindus ist, nennt man diese Poprichtung auch Safran-Pop, eine Mischung aus traditionellen hinduistischen religiösen Gesängen mit Bollywood-Clips.

„Anti-Inder sollen nach Pakistan“

Die Wende kam 2014, als die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) an die Macht kam. Mit dem Amtsantritt von Premier Narendra Modi kam es zu einer beispiellosen Polarisierung der indischen Gesellschaft, die hinduistische Mehrheitsgesellschaft wird sich immer mehr bewusst, wie stark sie noch unter der durch die jahrhundertlang islamische Mogulherrschaft bedingten muslimischen Kultur- und Geschichtsdiktation leidet. In der indischen Kultur, der Musik, der Poesie

und dem Kino ist diese Dominanz noch heute spürbar.

Krishnavanshis Fanggemeinde befindet sich hauptsächlich in Uttar Pradesh, Indiens bevölkerungsreichstem Bundesstaat mit fast 205 Millionen Einwohnern. In vielen seiner Lieder bezeichnet er Muslime als „Anti-Inder, die nach Pakistan oder Bangladesch gehen sollten“.

Krishnavanshi stammt aus Lucknow, der Hauptstadt von Uttar Pradesh. In dieser Stadt hatten Hindus und Muslime zunächst 1920 ihr gemeinsames Bündnis gegen die britische Kolonialherrschaft geschmiedet. Allerdings hat der Muslimführer Mohammed Jinnah das Bündnis aufgekündigt und seit 1945 einen eigenen Staat gefordert, den er 1947 mit Pakistan

bekam. Aus Pakistan stammende radikale Moslems haben in den vergangenen Jahren verheerende Attentate in Indien, wie das von Bombay mit 174 Toten, verübt.

In den Liedern der neuen Hindu-Popkultur werden auch die aus dem Iran stammenden muslimischen Mogule, die Indien von 1526 bis 1858 beherrschten, als „Kolonialherrscher“ bezeichnet. Während die indischen Muslime davon ausgehen, dass die Mogule keine Fremden waren, wird jetzt in Indien in den Geschichtsbüchern gelehrt, dass sie Fremdherrscher waren, die durch die Briten, eine weitere Fremdherrschaft, abgelöst wurden.

Das zentrale Feindbild aller Hindu-Nationalisten ist die Kinofabrik Bollywood, die sich fest in muslimischer Hand befindet.

Immer mehr indische Kulturschaffende und Politiker werfen der zentralen indischen Seifenoper-Produktionsstätte einen subtilen Liebes-Dschihad vor, weil immer nur muslimische männliche Protagonisten in deren Filmen hinduistische Mädchen bezirzten und diese dann heirateten und sie zu Musliminnen machten.

Hinduistische Männer, die muslimische Frauen verführen, kommen in Bollywood nicht vor, weil es im Islam nicht vorgesehen ist. Gerade das wird jetzt als klarer islamischer Rassismus abgestempelt. Die auf diese Art konvertierten Hindu-Frauen werden in vielen Hindutva-Liedern besungen, zum Leidwesen von Bollywood, das dadurch eines seiner zentralen Markenzeichen entlarvt sieht.

Bodo Bost

OSTPREUSSENTREFFEN

„Die Geschichte kennt kein Ende“

Rund 1000 Menschen kamen in Wolfsburg zusammen. Als Ehrengast erschien auch Litauens Botschafter

VON HANS HECKEL

Nach dreijähriger Zwangspause kamen am 11. Juni wieder rund eintausend Besucher zum Ostpreußentreffen in Wolfsburg zusammen. Das Treffen stand ganz unter dem Eindruck des Kriegs in der Ukraine. Krieg, Vertreibung, Flucht – die Duplizität der Ereignisse in der Ukraine mit ihrem Schicksal im Jahre 1945 stehen allen Ostpreußen vor Augen, so Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), der nach einem Geistlichen Wort von Pfarrer Manfred Schekahn die Festansprache hielt.

Der Krieg sei für ihn noch einige Tage vor dem Ausbruch undenkbar gewesen. Putins Versuch, die Grenzen in Europa mit Gewalt zu verändern, sei „ein Tabubruch, eine Grenzüberschreitung, für die es kaum Worte gibt“. Grigat blickte dabei auch auf ein Vierteljahrhundert guter Zusammenarbeit mit russischen Partnern im heute russischen Teil Ostpreußens zurück: „Die Menschen, die viele Jahre mit uns zusammengearbeitet haben, haben Angst.“ Repressalien von Ausreiseverboten bis zum Verlust der beruflichen Position hätten schon vor dem Ukrainekrieg begonnen.

„Starke Ausstrahlung nach Litauen“

Jedoch: „An diesen Menschen hängt unsere Hoffnung, dass Russland doch noch die Kraft findet, sich aus sich selbst heraus zu reformieren und in den Kreis der zivilisierten Staaten zurückzukehren“, so Grigat. Sehr zufrieden zeigte sich der LO-Sprecher mit der Zusammenarbeit mit den polnischen Partnern der Ostpreußen, von denen viele längst Freunde geworden seien. „Ostpreußen lebt“, so Grigat, denn „die Geschichte kennt keine Stunde Null und sie kennt kein Ende“.

Als Vertreter der gastgebenden Stadt begrüßte Dennis Weilmann, Oberbürgermeister von Wolfsburg, die Teilnehmer. Er betonte, wie stark die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge zum Aufbau der jungen Autostadt nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hätten.



In Wolfsburg: Litauens Botschafter Ramūnas Misiulis (r.) und Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft



Fotos: CRS

Als prominentester ausländischer Gast war der Botschafter Litauens, Ramūnas Misiulis, nach Wolfsburg gekommen. Misiulis lobte die langjährige Kooperation mit der Landsmannschaft.

Der Botschafter hob die historische starke Ausstrahlung Ostpreußens auf seine Heimat hervor. So sei das erste Buch in litauischer Sprache in der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg im 16. Jahrhundert gedruckt worden. Ein Ostpreuße habe die Bibel ins Litauische übersetzt.

Und im 19. Jahrhundert, als Litauen zu Russland gehörte und starken Versuchen der Russifizierung ausgesetzt war, sprangen laut Misiulis die ostpreußischen Nachbarn in die Bresche. Ostpreußische Verleger hätten damals 1800 Bücher in litauischer Sprache mit sechs Millionen Stück Gesamtauflage in Königsberg drucken lassen, die dann nach Litauen geschmuggelt worden seien, wo es verboten gewesen sei, in litauischer Sprache zu publizieren.

1945 indes hätten litauische Familien ostpreußische Kinder aufgenommen, die in den Wirren der Flucht ihre Eltern verloren haben, die sogenannten Wolfskinder. Angesichts von Putins Aggression appellierte der Botschafter an die Deutschen, führend bei der Unterstützung der Ukraine zu werden. Im Falle eines Sieges werde sich Putin nicht mit der Ukraine zufriedengeben. Später kämen die baltischen Staaten, Polen und irgendwann auch Deutschland an die Reihe.

Vereine wollen Warschau verklagen

Ein durchwachenes Bild zeichnete Heinrich Hoch, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Von den rund 10.000 Angehörigen der deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen seien 3800 Mitglieder der deutschen Vereine. Die Zahl der Kinder, die in Deutsch als Muttersprache an den Schulen unterrichtet werden, sei seit dem Start des Unterrichts 2005 von 100

auf 2200 gestiegen. Allerdings habe die polnische Regierung den Zuschuss zuletzt so gekürzt, dass statt drei Wochenstunden ab September nur noch eine möglich sei. Die Kürzung treffe allein die deutsche und keine andere Minderheit in Polen. Daher werden man beim Europäischen Gerichtshof gegen die Kürzung klagen, so Hoch.

Traditionell wird an den Ostpreußentreffen der Ostpreußische Kulturpreis verliehen. Der mit 5000 Euro aus Mitteln der Bayerischen Staatskanzlei dotierte Preis ging dieses Jahr an das Bildarchiv Ostpreußen. Dessen Leiter Manfred Schwarz, der den Preis entgegennahm, nutzte seine Dankesrede, um einen kurzen Überblick über die Arbeit des Archivs zu geben. 133.000 Bilder und 6.000 Kartenwerke seien mittlerweile erfasst, 640.000 Zugriffe im Internet allein 2021 zeigten, wie stark die Arbeit des Archivs angenommen würde. „Die Bilder sind unser Langzeitgedächtnis“, so Schwarz, jeder bekomme Zugang.

MELDUNGEN

Wieder auf Pilgerwallfahrt

Heiligelinde – Einige Hundert Pilger kamen Ende Mai zum Sanktuarium nach Heiligelinde. Nach zwei Jahren Unterbrechung wegen der Pandemie wurde erneut die sogenannte Pilger-Sternfahrt organisiert. Gläubige aus Sensburg, die es am weitesten hatten – fast 20 Kilometer Distanz – waren die ersten, die sich aufmachten, schon um vier Uhr früh. Zweieinhalb Stunden später startete eine weitere Gruppe aus Rastenburg und um 8.30 Uhr begannen die Gläubigen aus Röbel die Pilgerwallfahrt. Im Sanktuarium fand eine feierliche „Summierung“ statt, geführt von Erzbischof und Metropolit des Ermlandes, Jozef Gorzynski. Solche Wallfahrten begannen bereits im Mittelalter. Nach Heiligelinde kamen Pilger nicht nur aus Preußen und dem Ermland, sondern auch aus Masowien. Der letzte Hochmeister des Deutschen Ritterordens, Albrecht von Hohenzollern, kam 1519 als Pilger zu Fuß von Königsberg nach Heiligelinde. PAZ

Zwei Schleusen nutzbar

Guschiener – Die Guzianka-Schleuse (die den Guschiener See mit dem Bel-dahnsee verbindet) wurde im Jahr 1900 in Betrieb genommen und ist bis heute in Betrieb. Die Länge der Kammer beträgt 44 Meter, die Breite 7,50 Meter. Die Hubhöhe beträgt je nach Höhe des Wasserstandes bis zu zwei Meter. Die Schleusentore werden elektrisch angetrieben. Touristen, die diesen Weg benutzen, erinnern sich an das lange Schleusen in Guzianka, weshalb 2020 die modernere Schleuse Guzianka II eröffnet wurde. Die alte Schleuse wird von Seglern aus der Nachbarschaft genutzt, die zum Bel-dahnsee, dem Großen Guschiener See, dem Niedersee oder dem Rosch-See fahren wollen. PAZ

ALLENSTEIN

Die Kuppel ist weg – es lebe die Kuppel

Die baufällig gewordene Mehrzweckhalle Urania im Zentrum der Stadt wird neu aufgebaut – Fertigstellung für 2024 geplant

An der Kleeberger Straße [Pilsudski-Allee], einer der Hauptstraßen Allensteins, stehen zwei Gebäude mit Kuppeln, die das heutige Bild der Stadt prägen. Das eine ist das Kopernikus-Planetarium von 1973, das andere die Mehrzweckhalle Urania von 1978. Wegen ihres schlechten baulichen Zustands wird diese momentan nach einem Projekt aus einem städtebaulichen Wettbewerb grundlegend renoviert. Gerade beginnt mit dem Bau der neuen Kuppel eine weitere Phase der Unternehmung.

Schräg gegenüber dem Allensteiner Finanzamt stand die Mehrzweckhalle Urania in ihrer bisherigen Form. Die große Sporthalle war ausgelegt für etwa 2500 Zuschauer, die zum einen auf dem Spielfeld verschiedene Ballsportarten, unter anderem Volleyball auf Erstliga-Niveau und sogar international im Rahmen des Hubert-Wagner-Memorials, miterleben, zum anderen aber kulturelle Ereignisse genie-

ßen wollten. Darüber hinaus wurden dort Messen abgehalten und Ausstellungen

organisiert. In kleineren Sälen trainierten Kampfsportler und Cheerleader. Seit

2004 hat hier auch das Sportmuseum seinen Sitz.



Zurzeit nur ein Gerippe: Die Kuppel der Sporthalle Urania

Foto: U.H.

Erweiterung und Vielfalt

Doch Ende März 2021 hatte diese Nutzung ein Ende, der bauliche Zustand der Halle erforderte dringend Maßnahmen. In einem Wettbewerb, den die Stadt Allenstein mit dem Verband polnischer Architekten ausgeschrieben hatte, wurde der neue Gebäudekomplex der Urania ausgewählt.

Die Funktionen werden dieselben sein wie vorher, zusätzlich sind ein Saal mit bis zu 500 Zuschauerplätzen und außen ein Eislaufplatz vorgesehen. Dazu kommt noch eine Tiefgarage und eine Erweiterung des Versorgungsbereichs mit seinen Garderoben sowie Sanitär- und Aufwärmräumen. Das Gesamtvolumen der Baumaßnahmen liegt bei umgerechnet knapp 44 Millionen Euro, von

denen etwa zwei Drittel finanzielle Förderung der Europäischen Union sind.

Ein Teil der Gelder floss in die Demontage der bisherigen Struktur. Bei dieser grundlegenden Restaurierung blieb im Grunde nur der Ring der Pfeiler stehen, welche die Wände und die Kuppeln getragen haben. Genau in der Mitte dieses Rings wuchs zuletzt ein ungewöhnliches Spezialgerüst in die Höhe. Es erhebt sich knapp 30 Meter über den Boden und dient ausschließlich der Verbindung der Konstruktionselemente der Kuppel. Denn – das war ein wichtiges Kriterium für das Projekt – auf der Halle Urania wird wieder eine Kuppel entstehen. Die Anwohner verfolgen ein wenig genervt durch den Baulärm, aber ebenso eifrig gespannt, wie der Bau vor ihren Augen Tag für Tag in die Höhe wächst. Der Bau der Kuppel hat begonnen, der gesamte Komplex soll etwa 2024 beendet sein. Uwe Hahnkamp

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Hagen, Käte, geb. Marx, aus Lötzen, am 17. Juni
Maslo, Hedwig, geb. Masurek, aus Masuren, am 22. Juni
Mennong, Herta, geb. Juckel, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Rogalla, Johanna, geb. Sobottka, aus Binien, Kreis Lyck, am 23. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Frohriep, Waltraud, geb. Chall, aus Ponarien, Kreis Mohrungen, am 21. Juni
Kluth, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. Juni
Samoray, Ilse, geb. Lemke, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bessel, Else, geb. Stadie, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Drense, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Juni
Kraska, Hanna, geb. Heise, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juni
Lampe, Edith, geb. Reimer, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Preiß, Ella, geb. Palm, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni
Umlandt, Anni, geb. Wohlgemuth, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fröhlich, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 22. Juni
Miller, Erika, geb. Schiemann, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Vongehr, Günther, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Freitag, Ursula, geb. Kirsch, aus Bolitten, Kreis Mohrungen, am 23. Juni

Traube, Karen, geb. Spickschen, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni
Vogt, Dorothea, geb. Zöllner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Führer, Hans, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Juni
Kröhnke, Gerhard, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Neckel, Gerda, geb. Gollub, aus Treuburg, am 21. Juni
Schumann, Hildegard, geb. Pietsch, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Forberg, Hildegard, geb. Czichy, aus Ortelsburg, am 20. Juni
Herrmann, Hans Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Kath, Hildegard, geb. Sadowski, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juni
Krebs, Christel, geb. Plomann, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 19. Juni
Michelkowski, Walter, aus Koschainen, Kreis Mohrungen, am 19. Juni
Schiffke, Alfred, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 3. Juni
Schneider, Ingeborg, geb. Bendrick, aus Lötzen, am 19. Juni
Steinmann, Anneliese, geb. Nowotzyn, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni
Windelbandt, Ingeborg, geb. von Bock, aus Diewens, Kreis Fischhausen, am 1. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brosda, Johannes, aus Ortelsburg, am 17. Juni
Ganser, Ruth, geb. Kecker, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 6. Juni
Hertam, Gertrud, geb. Beyer, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Kohls, Edmund, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Neumann, Horst, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni
Ohlmeyer, Edith, geb. Hinz, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 21. Juni

Tell, Dr. Irmhilt, geb. Wagenführ, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 6. Juni
Torner, Horst, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 23. Juni
Zachrau, Fritz, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 2. Juni
Zachris, Werner, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 22. Juni
Zilinske, Berta, geb. Launert, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blosat, Lothar, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Buhr, Irmgard, geb. Federmann, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 20. Juni
Krüger, Waltraud, geb. Goetzle, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Pilz, Irmgard, geb. Schwerner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Rose, Günter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Schiffner, Edeltrud, geb. Dombrowsky, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Schnakowsky, Margarete, geb. Lissek, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni
Schumann, Edeltraut, geb. Grieser, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni
Weidlich, Dorothea, aus Lyck, am 21. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bürgen, Arnold, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juni
Fette, Gretel Erna, geb. Gud-lautzki, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Fleig, Marianne, geb. Tybussek, aus Silberbach, Kreis Mohrungen, am 19. Juni
Freitag, Edith, geb. Wiesjahn, aus Himmelforth, Kreis Mohrungen, am 17. Juni
Hansen, Jens, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 9. Juni
Hennig, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Herold, Rosemarie, aus Cojehnen, Kreis Fischhausen, am 10. Juni

Holzke, Helmut, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 18. Juni
Lasogga, Johannes, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Mattutat, Ruth, geb. Artschwager, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Pietruk, Ulrich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Scharlowsky, Giesela, geb. Schmischke, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Juni
Siebeneicher, Hilda, geb. Hoinowski, aus Himmelforth, Kreis Mohrungen, am 23. Juni
Uzkoreit, Traute, geb. Nauwartat, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Juni
Wlotzka, Ruth, geb. Pyko, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 22. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Allers, Brunhilde, geb. Steppat, aus Dickschen/Lindbach, Kreis Pillkallen/Schloßberg, am 19. Juni
Gayko, Emilie, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 19. Juni
Gräwer, Erna, geb. Porsch, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 18. Juni
Hartmann, Hans, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Juni
Kiefer, Lucie, geb. Seidler, aus Rothof/Fliegerhorst, Kreis Lyck, am 19. Juni
Neschokat, Waltraud, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 18. Juni
Pallaks, Hilda, geb. Rimkus, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Ruge, Joachim, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 15. Juni
Thür, Anneliese, geb. Petscheleit, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 11. Juni
Schleger, Horst, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 18. Juni
Selke, Alice, geb. Fischer, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Wagenländer, Elfriede, geb. Jamm, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 18. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrendt, Dora, geb. Domnick, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 14. Juni
Bendszus, Helga, geb. Poweleit, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Bohm, Renate, geb. Kuhr, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Chmielewski, Käthe, geb. Appelbaum, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni
Diegner, Barbara, geb. Stöltzing, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 19. Juni

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Ehring, Manfred, aus Schwidern, Kreis Treuburg, am 17. Juni
Gruhn, Walter, aus Horn, Kreis Mohrungen, am 23. Juni
Jahnert, Walter, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Kland, Helga, geb. Gutzmann, aus Wehlau, am 20. Juni
Liedtke, Harald, aus Wehlau, am 19. Juni
Mahn, Elly, geb. Kiaulehn, aus Brüsterort, Kreis Fischhausen, am 20. Juni
Möller, Gerda, geb. Lasarzewski, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 17. Juni
Odenbach, Gerhard, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Schlotthauber, Marianne, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 21. Juni
Seifert, Marlene, geb. Tubenthal, aus Treuburg, am 17. Juni
Taday, Wilhelm, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Juni
Teuteberg, Ehrentraud, geb. Kuhn, aus Königsdorf, Kreis Mohrungen, am 21. Juni
Thimm, Günter, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Augustin, Siegfried, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 17. Juni
Bauer, Siegfried, aus Goerken, Kreis Mohrungen, am 21. Juni
Bleyer, Hans, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 19. Juni
Dahmen, Elly, geb. Neufeld, aus Narreythen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni
Drensek, Irmgard, geb. Domsalla, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni
Frischen, Marianne, geb. Gerwien, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 5. Juni
Gabbert, Horst, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Gronies, Willi, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni
Heinitz, Bärbel, geb. Kerwat, aus Ebenrode, am 17. Juni
Hicken, Ursula, geb. Possekel, aus Warnicken, Kreis Fischhausen, am 8. Juni

ANZEIGE



„Wolfkind“

Günter Krell

geb. 19. Juni 1935 in Königsberg (Pr)

Zum 87. Geburtstag

die herzlichsten Glücks- und Segenswünsche

Es gratulieren
Deine Familie und Renate Niedrig

Jaworski, Irmgard, geb. Krahn, aus Langheide, Kreis Lyck, am 17. Juni

Kalender, Georg, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 22. Juni

Krinke, Heinrich, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 21. Juni

Kypar, Horst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. Juni

Matz, Gustav, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. Juni

Meckel, Ursula, geb. Nogga, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 18. Juni

Nowotsch, Brunhilde, geb. Brosowski, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 18. Juni

Rautenberg, Siegfried, aus Taabern, Kreis Mohrungen, am 21. Juni

Schulze, Hildegard, geb. Armenat, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

Symanski, Hans-Jürgen, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 17. Juni

Wolter, Hannelore, geb. Kukla, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 23. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Kehrer, Adelheid, geb. Rose, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 14. Juni

Neuhoff, Ewald, aus Stollen, Kreis Mohrungen, am 22. Juni

Oberle, Heidrun, geb. Preuss, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 8. Juni

Rose, Heidemarie, geb. Weppe, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Juni

Steuer, Waltraut, geb. Mey, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

Vollbrecht, Renate, geb. Symanzik, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 19. Juni

Weitschies, Jürgen, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Becker, Klaus, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 21. Juni

Heise, Betty, geb. Suhr, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 9. Juni

Stender, Siegfried, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 6. Juni

Zusendungen für die Ausgabe 26/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 26/2022 (Erstverkaufstag 1. Juli) bis spätestens Dienstag, den 21. Juni, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)

1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der

Landsmannschaft Ostpreußen,
Buchtstraße 4,
22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,

E-Mail: info@ostpreussen.de,

Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Kreisgruppe Ansbach

Ansbach – Sonnabend, 18. Juni, 15 Uhr, Orangerie: Treffen mit Jörn Pekrul zum Thema „Die historische Reichsstraße 1 von Berlin bis nach Königsberg“ mit einer Bildpräsentation. Der Weg führt von Berlin über die Städte Küstrin, Landsberg/Warthe, Dirschau, Marienburg, um nur einige zu nennen, bis nach Königsberg.

Kommen Sie alle und bringen Sie Freunde, Landsleute und Verwandte mit.

Heide Bauer

Gruppe Nürnberg

Nürnberg - Dienstag, 28. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat Nürnberg Langwasser (Ende der U1 gegenüber): Pfarrer Plorin berichtet über den Kirchenkampf in Ostpreußen.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Gemeinsames Treffen

Darmstadt/Dieburg und Insterburg – Sonnabend, 25. Juni, im Bürgermeister Pohl Haus, Wixhausen: Treffen zusammen mit der Gruppe der Insterburger. Bitte melden Sie Ihre Teilnahme bis zum 21. Juni telefonisch an unsere Schriftführerin Renate Buslaps, Telefon (06033) 66228.

Im Juli und August ist Sommerpause.

Bericht

Darmstadt/Dieburg und Insterburger – Zusammen mit der Gruppe der Insterburger trafen wir uns zu unserer gemeinsamen Veranstaltung am 7. Mai im Bürgermeister Pohl Haus in Wixhausen.

Die Teilnahme war so groß, dass die vorgesehene Sitzordnung nicht ausreichte, und durch Anstellen von Tischen und Stühlen erweitert werden musste. Bitte teilen Sie deshalb vier Tage vor dem Treffen mit, ob Sie an dem vorgesehenen Termin teilnehmen werden. Die Kontaktadresse hierzu ist grundsätzlich unsere Schriftführerin Renate Buslaps, Telefon (06033) 66228. Wir bedanken uns jetzt schon für Ihr Einverständnis.

Wie es bei Ostpreußentreffen meistens üblich ist, hat man vorab einen kleinen Umtrunk bereit. Jetzt war es der ehemalige „Karlsbader Becherbitter“ oder „Becherovka“ aus der sudetendeutschen Heimat von Renate Buslaps. Nach diesen kleinen Schlubberchen begann der offizielle Teil durch die Begrüßung der Vorstände.

Da wir im Wonnemonat Mai zusammenkamen, wurde auch fast ausschließlich über den Monat Mai erzählt und vorgetragen. Es waren Ereignisse, Gedichte und Geschichten aus der Vergangenheit dabei. Der ostpreußische Dialekt kam dabei auch nicht zu kurz. Es beteiligten sich einige Heimatfreunde mit kleineren, aber auch mit größeren Vorträgen. Der Martertag wurde natürlich nicht vergessen, und mit einem entsprechenden Gedicht bedacht. Auch an die Geburtstagskinder der vergangenen zwei Monaten wurden Glückwünsche ausgesprochen.

Nach den begrüßenden Worten verlas Christian Keller den Bericht, über unser erstes gemeinsames Treffen der in der PAZ Nr. 12 vom 25. März abgedruckt war.

Das Königsberger Wappen war Vortragsthema von Gerhard Schröder, denn er ist in Königsberg geboren. In einzelnen Schritten erklärte er uns die auf dem Wappen gezeigten Einzelheiten.



Im Königsberger Wappen sind die unter dem preußischen Adler die vormals unabhängige Stadt Kneiphof, Altstadt und Löbenicht vereint. Es wurde 1724 von Friedrich Wilhelm I. als Siegel zur Vereinigung der Städte gestiftet. 1906 wurde es zum Stadtwappen von Königsberg erklärt.

Der Adler trägt auf der Brust die Initialen FRW (Friedrich Wilhelm Rex) darüber die Herzogskrone und auf dem Kopf die Königskrone Preußens.

Im unteren Teil ist in der Mitte das Wappen der Altstadt, und zeigt oben in silber eine rote Krone, und unten ein silbernes Kreuz in rotem Feld. Links, vom Betrachter aus rechts, das Wappen der damaligen Stadt Löbenicht. Auf blauem Grund zwischen zwei Sternen eine goldene Krone. Rechts, vom Betrachter aus links, das Wappen der ehemaligen Stadt Kneiphof. Auf grünem Grund eine aus einer Welle aufsteigende Hand mit goldener Krone sowie links und rechts von der Hand je ein goldenes Hifthorn, die nach außen zeigen.

Schröder hat uns mit seinem Vortrag sehr Wissenswertes zu diesem Thema vorgetragen.

Mit seiner Gitarre gab Thomas Ulrich dem Monat Mai noch eine kleine Aufmerksamkeit. Es waren auflockernde Töne. Hannelore Neumann und Gerhard Schröder begleiteten die Musik mit einem Tanz in den Mai, Renate und Reiner Buslaps gaben ein lustiges Immobilienverlaufsgespräch zum

Besten. Gespräche mit Tischnachbarn wurden in der gesamten Zeit sehr intensiv gepflegt.

Einen ganz besonderen Dank gilt Gerlinde und Konrad Groß von der LOW Frankfurt, die es möglich gemacht haben, nach langer schwerer Krankheit von Gerlinde, wieder in der Gemeinschaft dabei sein zu können.

Allen Bäckerinnen, die uns mit ihren Spenden den Nachmittag noch versüßten, wurde ein Paket Mehl als Anerkennung und Dank übergeben.

Kurz möchte ich noch erwähnen, dass Helga Lüpke zu jedem Treffen der Insterburger, aus Stuttgart anreist; und auch diesmal hat Dietrich Pauli mit seiner Lebensgefährtin den weiten Weg von Aachen nach Darmstadt-Wixhausen auf sich genommen.

Christian Keller

Gemeinsam Essen

Wiesbaden – Donnerstag, 23. Juni, 12 Uhr, Gaststätte „Waldlust“, Wiesbaden-Rambach: Gemeinsames Mittagessen. Anmeldung bitte bis 17. Juni unter Telefon (0611) 373521, Helga Kukwa.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatchmittag

Bielefeld – Montag, 20. Juni, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Treffen der Gruppe der Ost- und Westpreußen in Bielefeld zu einem gemütlichen Nachmittag bei

Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde. Ein Thema wird sein: Wie war es auf dem Ostpreußentreffen in Wolfsburg am 11. Juni? Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens.

Zu erreichen ist das Gasthaus mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Voranmeldung bitte bei Barbara Dörr unter Telefon (0521) 82026, oder bei Gertrud Riede unter Telefon (05202) 5584. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Treffen

Essen – Freitag, 17. Juni, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorferstraße 51, 45144 Essen: Der Vogel des Jahres „Der Wiedehopf“. Im Juli und August ist Sommerpause.

Sommerliches Treffen

Wesel – Sonnabend, 25. Juni, 15 Uhr, Gemeindefaal, Gnadenkirche, Wackenbrucherstraße: sommerliche Zusammenkunft. Wir alle freuen uns auf ein Wiedersehen. Anmeldungen bis zum 20. Juni bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kirchentag

Chemnitz – Sonntag, 19. Juni, ab 9.30 Uhr, Sankt-Matthäus-Gemeinde, Zinsendorferstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. An diesem Tag erwarten wir 40 Teilnehmer. Der Kirchentag soll sich mit dem Thema:

„Das Wirken der Hugenotten in Ostpreußen“ beschäftigen. Andreas Flick, Präsident der Hugenotten Gesellschaft, wird an diesem Tag die Predigt halten und am Nachmittag zu diesem Thema referieren. Von 1530 bis 1730 verließen etwa 200.000 von insgesamt 730.000 Hugenotten Frankreich. In dieser Zeit siedelten einige der Hugenotten sich in Ostpreußen an und brachten sich mit ihrer Arbeit in Ostpreußen ein.

Nach dem Gottesdienst versammeln wir uns vor dem Gedenkstein und werden der Toten des zweiten Weltkrieges gedenken.

Danach planen wir, dass uns die „Kirchenmäuse“ der St. Matthäuskirche mit Tanz und Gesang erfreuen.

Zum Abschluss wird uns der Posaunenchor der Kirchgemeinde deutsche Lieder spielen. Sie sind herzlich eingeladen, und wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616 an. Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss.

Alexander Schulz

Busfahrt

Dresden – Sonntag, 3. Juli: Busfahrt zum zehnten Chöretreffen in Reichenbach.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung

Kiel – Sonntag, 19. Juni, Haus der Heimat, Kiel: Jahreshauptversammlung (JHV). Die Vertreterversammlung wird neben den normalen Vereinsregularien auch über eine weitreichende Sat-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

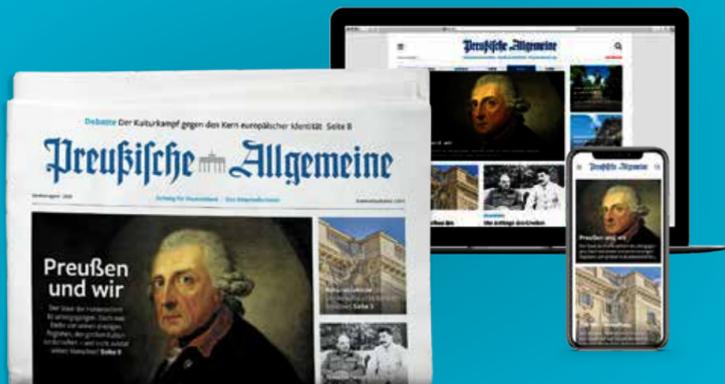
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-05-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

zungsänderung zu beraten haben, die von unserem Vorstandsmitglied Dieter Wenskat und Michael Weber von der Ortsgruppe Flensburg erarbeitet wurde und soweit Einigkeit erzielt wird,

auch einen Beschluss zu fassen haben.

Im kulturellen Teil der Veranstaltung ist ein DIA-Vortrag über „Schlösser und Burgen im Hirschberger Tal/Niederschlesien“ von Manfred Lietzow von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) und ein Vortrag zum The-

ma „Deutsche Kolonialpolitik – Verbrechens- oder Erfolgsgeschichte“ eine Buchbesprechung von Stepfan Ehmke, Vorsitzender vom Verband der Heimatvertriebenen (VDH) Kiel, sowie ein Film von Dieter Wenskat über eine Reise durch das nördliche Ostpreußen vorgesehen. Hans-A. Eckloff



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim



Zahlreiche Mitglieder aus Memel dabei: Friedhofsfest in Karkelbeck

Ostpreußisches Landesmuseum

„Der Segen vom Altenberg“ – Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus, Filmvorführung im Rahmen der Reihe „Museum erleben“ mit der Dokumentarfilmerin und Buchautorin Henriette Piper, Dienstag, 21. Juni, 14.30 Uhr, 3,- Euro zuzüglich Eintritt.

Der Film „Der Segen vom Altenberg“ erzählt vom ostpreußischen „Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit“, das nach Flucht und Vertreibung 1954 im Kloster Altenberg bei Wetzlar eine neue Heimat fand. Diakonissen – evangelische Nonnen – gibt es kaum noch. Von den Königsberger Diakonissen leben noch zwei. Der Film hält die besondere Atmosphäre in diesem ostpreußischen Mutterhaus fest. Entstanden ist er in Zusammenarbeit mit dem jungen Oldenburger Filmemacher Simon Gruninger (Kamera, Schnitt, Ton), der wunderbare Bilder fand.

Henriette Piper, geboren 1951 in Kiel, studierte Germanistik und Geschichte in Deutschland und Schweden. Nach verschiedenen beruflichen Stationen begann sie mit dem Schreiben und Übersetzen von Büchern. Seit 1992 ist sie hauptberuflich Drehbuchautorin für Kino und Fernsehen. Die Biographie ihres Großvaters „Der letzte Pfarrer von Königsberg. Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg“ erschien 2019 im be.bra Verlag.

Museum erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die Sie einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr, können Sie an interessanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besonderen Angeboten teilnehmen. Anschließend gibt es bei Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und

die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung unter Tel. (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum Heiligengeiststraße 38 D-21335 Lüneburg

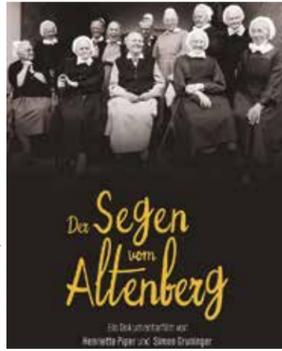


FOTO: HENRIETTE PIPER, SIMON GRUNINGER

Zusammenkunft

Mannheim – Sonntag, 19. Juni, 14 Uhr, Bürgerhaus (Pflug) in Heddesheim: Erste Zusammenkunft nach langer Zeit. Neben Kaffee und Kuchen wird uns die Bild-Journalistin Janne Neuman aus Sankt Augustin den Vortrag „770 Jahre Memel – Ostpreußens älteste Stadt feiert Geburtstag“ halten. Dazugehörige Dias ergänzen den Vortrag. Wir hoffen, dass Sie sich den Sonntag-Nachmittag für uns freihalten können.

Baptisten-Kapelle Mestellen

Mestellen – Im August 1999 weihten wir die wiederaufgebaute Kapelle in meinem Geburtsort Mestellen in Ostpreußen ein. Gebaut wurde das Gotteshaus 1903. Wie fast alle Kirchen wurde auch die Kapelle unter der kommunistischen Herrschaft zweckentfremdet. In Absprache mit der Gemeinde in Memel bauten wir die Kapelle wieder auf. Die finanziellen Mittel kamen ausschließlich von den ehemaligen Bewohnern des Memellands und anderen Freunden aus Deutschland.

Als ich neulich im Internet surfte, fand ich „meine“ Kapelle

bei Google Earth. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Wer sich das Bild/Streetview ansehen möchte, kann es finden unter Baptisten-Kapelle Mestellen / Zemaitkiemis.

https://earth.google.com/web/search/%C5%BDemaitkiemis,+Litauen,+Baptist+church/@55.41945682,21.46483747,7.79377127a,od,39.80508319y,114.2033383h,87.2482932z,or/data=CpEBGmcSYQoIM-HgoNmUoZjMwNTdlMjcyY2ZkOjB4YmMwODNmNT-VjMdlIn2NkM-RlRlzGqsbVLQCGI9UatMHc1Q-ComxbilbWfPdGtpZW1pcywgT-GloYXVlbiwgQmFwdGlzdCBjaH-VyY2gYASABIIYKJAlkcbl-Kad-LQBEgSpqFX6ZLQBmubo7Lp_w4QCExqhFV_g4QCIaChZLb-HRhVkk3SDkzMGpaSH-cyVo5XR2p3EAI

Erfreulich: Als die Bürgermeister von Heydekrug und Umgebung alle historischen Gebäude besuchten, fingen sie mit unserer Kapelle an. Wahrscheinlich gefiel sie ihnen, denn sie veranlassten von der Kapelle bis zur Hauptstraße – rund einhundert Meter – Bäume zu pflanzen. Später stellte eine

Frau aus der Nachbarschaft den Antrag, der Straße den Namen „Kirchenstraße“ (in litauisch) zu geben. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Ich bin Gott dankbar, dass wir mit dem Wiederaufbau der Kapelle in meinem Geburtsort ein geistliches Zeichen setzen konnten.

Herbert Jaksteit, Pastor i.R.

Friedhofsfest

Karkelbeck – Am Sonntag, 22. Mai fand in Karkelbeck nach zweijähriger Zwangspause wieder das Karkelbecker Friedhofsfest statt. Mit dabei waren auch zahlreiche Mitglieder des Deutschen Kultur Vereins Memel.

Bei einem Gottesdienst der Pfarrer Reinholdas Moras und Mindaugas Zilinskas der Evangelische-Lutherischen Gemeinde wurde der Verstorbenen gedacht, anschließend bei Kaffee und Kuchen noch ein wenig in Erinnerungen geschwelgt.

Der Friedhof in Karkelbeck ist der einzige Friedhof an der Ostsee, der in einer Düne direkt am Meer angelegt wurde. Uwe Jurgsties

Rätsel

Word search puzzle grid with clues in German. Clues include: Gedichtform mit vierzehn Versen, Sinnesorgan, sehr viel, beständig, gleichbleibend, Rückstände beim Kellern, Konsument von Nahrung, gepflegt, sauber, hübsch, Vorrichtung, Einrichtung, Materialsplitter, Hafenstadt in Jemen, Prägewerkzeug, Gebirge auf Kreta, militärisches Stammpersonal, Geheimgericht, Fischknochen, griechischer Liebesgott, Nussstrauch, Abk. für Landes-kriminalamt, Widerwille, biblischer Stammvater, im Freien rasten, bevor, nicht heiter; seriös, Schneidgerät, Flachland, Liebeste; Leistungsfähigste, anhänglich, loyal, frz. Comiczeichner (Albert), undichte Stelle, sich sehr bemühen; nach etw. trachten, Täu-schung, Mogelei, verbrauchtes Schmiermittel, Vorderasiat, Perser, Germanenstamm, Schauspiel-, Ballettschüler, engl. Adels-titel: Graf, gut zu entziffern, badische Landschaft, unentgeltlicher Lötter-schein, Zuckerrohr-branntwein, kippen, schräg halten, deutsche Fußball-legende (Uwe), österreichische Gebirgs-kette, dt. Philosoph (Immanuel), ohne Milde, hart, eine Baljin, tierisches Milchorgan, Zuchtlosigkeit, Apfelsorte, Held; Halbgott (griech. Myth.), niederträchtig, sehr feucht, Ver-suchsraum (Kzw.), die Ackerkrume lockern, Inselgruppe im Atlantik, Inselgruppe im Atlantik, Anrede und Titel in Großbritannien, Magier, Zauberer, Felsenhöhle, angeborener Instinkt, poetisch; Insel, brit. Autor: ... Follett, Auto-bahn-abzweigung, hager, mager, Strom in Ostasien, Hauptstadt von Tibet, Bruder Abels, Ge-spenster-treiben, Kanal in dt. Küsten-städten, ein Pariser Flughafen, Kunst-figur-figur (engl.), munter, lebhaft, rügender Beurteiler, Roman von Emile Zola, dunkles englisches Bier, gemannische Gottheit, an eine Pflicht erinnern, kurz für in dem, chem. Zeichen für Silicium, himmelblaue Farbe, Ham-stoff (lateinisch), deutlich, Prüf-siegel für Produktsicherheit, schlau, listig, Blumeninsel im Bodensee, Spitzname des Amerikaners

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal lines and numbers 1-6.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Verwandte. 1 Gebirgsstock, 2 Fädchen, 3 Milchprodukt, 4 Palmenfrucht, 5 sonnig, wolkenlos und hell, 6 Polizeidienststelle

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Abhang am Meeresufer. 1 beständig, 2 Divisor (Mathematik), 3 Bergmann; Arbeitskamerad, 4 Rohkostspeise, 5 keimfrei

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around a central grid.

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE



Klaipėda rückt näher an Deutschland – Kooperation mit der Uni Rostock

Memel/Rostock – Die Zusammenarbeit der Ostseestädte wird tiefer und das ist gerade jetzt wichtiger denn je. Daher haben die Universität in Memel und die Universität Rostock am 12. Mai eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, um die bestehende fakultätsübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu bekräftigen.

Die beiden Universitäten arbeiten bereits seit 2017 zusammen, als der Rostocker Rektor Professor Wolfgang Schareck zusammen mit Professor Jörn Dosch vom Institut für Politikwissenschaften eine erste Vereinbarung im Bereich der European Studies zu initiieren. Dieser Besuch schuf die Grundlage für die folgenden weiteren Formen der Zusammenarbeit, so im Bereich der Politikwissenschaften, im ZEUS-Projekt und auf dem Gebiet Ocean Technology. Schareck sieht der zukünftigen Entwicklung der Kooperation mit Freude entgegen: „Wir haben so viele gemeinsame Ansätze, wie wir es selten finden, und freuen auf daher sehr über die Intensivierung unserer Zusammenarbeit, innerhalb und außerhalb von EU-CONEXUS.“

Anlass war ein Besuch der Uni Rostock im Rahmen des EU-CONEXUS Projektes. Die Uni Klaipėda ist enger Partner der Europäischen Hochschule EU-CONEXUS, einer transnationalen Studien- und Forschungsinstitution von acht Hochschulen, die sich um das Thema moderner, urbaner und nachhaltiger Entwicklung der Küstenregionen kümmern, vor allem aus überregionaler Sicht. Angeführt von der La Rochelle-Universität arbeiten verschiedene Universitäten aus Frankreich, Irland, Zypern, Spanien, Kroatien, Rumänien, Griechenland, Deutschland und Litauen im Thema „Smart Urban Coastal Sustainability“ zusammen. EU-CONEXUS konzentriert sich dabei auf urbane und semi-urbane Küstengebiete, da diese sehr dicht besiedelt sind und von großer Bedeutung zum Beispiel für Aqua-Kultur, Fischerei und Fischzucht, Energie und Tourismus. Gleichzeitig sind die Küstenregionen aber vom Klimawandel besonders gefährdet.

Dabei wurde Rostock zum Partner von Memel, und diese Partnerschaft wurde nun im Rah-

men eines Besuches weiter vertieft. Während des Besuchs besichtigte die Delegation aus Rostock die Universitätsmedizin, die Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik, den Ocean Technology Campus, die Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik, das Department Life, Light and Matter, die Fraunhofer IGP und die Medizintechnik.

Klaipėda Universität wurde 1991 gegründet und verfügt über sieben Fakultäten: Naturwissenschaften und Mathematik, Geisteswissenschaften, Marine Technologie, Kunst, Pädagogik, Sozialwissenschaften und Gesundheitswissenschaften. Derzeit sind rund 3000 Studenten eingeschrieben.

Rektor Arturas Razbadauskas betont: „Gemeinsam mit der Universität Rostock vertreten wir als Ostseuniversitäten die Ostseeregion. Zudem arbeiten wir intensiv mit Partnern in Finnland und Schweden zusammen. Schon immer hat es eine enge Verbundenheit zwischen den Universitäten der Ostsee-Anrainer gegeben, die nunmehr, nicht zuletzt durch die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung, erneut bekräftigt wird.“

Der KU-Campus liegt in der litauischen Hafenstadt Klaipėda und befindet sich auf einem Gelände, das früher als Militärcampus diente. Der historische Campus erstreckt sich über 58 Hektar und beherbergt sechs neugotische Gebäude. Diese markanten Gebäude wurden zu Architekturdenkmälern erklärt. Er bietet zahlreiche akademische und administrative Einrichtungen. Mit mehr als 60 Forschungslabors, einem Forschungsschiffslabor namens Mintis, einer Yacht namens Odyssey und einem Ausbildungs- und Forschungssesselboot namens Brabander ist der Campus mit einer Meeresforschungsinfrastruktur von Weltklasse ausgestattet. Die riesige Universitätsbibliothek beherbergt mehr als eine halbe Million Bände und Fachzeitschriften. Außerdem verfügt der Campus über einen botanischen Garten und ein Verlagshaus. Die Infrastruktur unterstützt die Entwicklung von angewandter Forschung und Grundlagenforschung, Entwicklungs- und Forschungsprojekten sowie internationalen kulturellen Aktivitäten.

Im Rahmen des Erasmus-Programms hat Klaipėda Universität etliche bilaterale Vereinbarungen mit deutschen Universitäten, darunter unter anderen die Eberhards-Karls-Universität Tübingen, die Humboldt Universität Berlin, die TU Dortmund oder die Universität Mannheim. Die Stadt fördert sowohl die Uni als die internationalen Kooperationen, da man um die Bedeutung des akademischen Nachwuchses für die wirtschaftliche Entwicklung weiß.

Christoph Riekert



Schließen Kooperationsvertrag: Wolfgang Schareck (l.) und Jörn Dosch

Museum Friedland

Fluchtpunkt Niedersachsen erzählen von Abschied, Ankunft, Neubeginn. Einladung zum Zeitzeugengespräch, Sonnabend, 18. Juni, 15 Uhr, Centraltheater, Hafenstraße 1A, 26919 Brake, mit freundlicher Unterstützung der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung. Anmeldung: susanne.kuemper@mwk.niedersachsen.de

Der Nachmittag beginnt mit einem Gespräch mit Björn Thümmler, Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur. Die Geschichte und Entwicklung Niedersachsens sind eng mit den Themen Migration und Zuwanderung verbunden. Mehr als 50 Prozent der heute hier lebenden Menschen haben einen familiären Bezug zu Flucht,

Deportation und Vertreibung. Durch diese Erfahrung geprägt ist Niedersachsen für viele Menschen zu einer lebenswerten Heimat geworden, in der Vielfalt gelebt wird. Über diese Erfahrungen wollen sich Zeitzeugen miteinander und mit den Gästen einer öffentlichen Gesprächsrunde austauschen. Menschen, die vor Jahrzehnten hier in Norddeutschland ankamen, und Menschen, die erst seit wenigen Jahren hier leben, gehen gemeinsam auf Fragen ein, die die Öffentlichkeit in den letzten Jahren sehr stark bewegt haben, und berichten über Abschied, Ankunft und Neubeginn. Persönliche Perspektiven, Fragestellungen und Impulse werden das Gespräch bereichern

Trakehner Verband

Internationales Trakehner Bundesturnier. Vom 21. bis 24. Juli findet das Internationale Trakehner Bundesturnier mit Fohlenauktion im Westfälischen Pferdezentrum in Münster-Handorf statt. Die Ausschreibung ist online und ab sofort sind Nennungen bei Ne-On möglich.

Das große sommerliche Trakehner Sportfest ist nach zwei abgespeckten Corona-Jahren in vollem Glanz zurück. 50 Prüfungen von Klasse E bis Klasse S** bieten attraktive Startmöglichkeiten für fast alle Trakehner Reiter – und damit auch das besondere Flair dieses Turniers: Hier starten bekannte Profis Seite an Seite mit Amateuren, hier werden Nachwuchspferde vorgestellt

und die Züchtergespräche am Rande gehören ebenso zu den Tagen wie die Prüfungen selbst. Auch der Reiternachwuchs und „BuTu-Newcomer“ sind willkommen und finden über ihre Pferde schnell Aufnahme in die vielzitierte Trakehner Familie. Trakehner Pferde verbinden einfach und sind auch in diesem Jahr die Klammer des großen viertägigen Turniers, das auch in diesem Jahr maßgeblich durch Sponsoren unterstützt wird.

Das Bundesturnier beginnt am Donnerstagvormittag, dem 21. Juli mit den Geländepferdeprüfungen an der Westfälischen Reit- und Fahrschule. Trakehner Verband e.V.; Rendsburger Straße 178a; 24537 Neumünster



Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Kreistreffen mit Ebenrode

Winsen (Luhe) – Sonnabend, 18. Juni, 10 Uhr, Brasserie am Schloß, Schloßplatz 5: Treffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode. Nach Eröffnung und Begrüßung hält Pfarrer i.R. Kurt Perrey eine Andacht. Im Anschluss daran halten Vertreter des Landkreises Harburg und der Stadt Winsen Grußworte. Höhepunkt des Treffens wird ein Vortrag von PAZ-Redakteur Manuel Ruoff sein. Nach dem Mittagessen wird die KG Schloßberg ihre Mitgliederversammlung in der Heimatstube (Rote Kreuz-Straße 6) durchführen. Ab 16 Uhr sind die Heimatstuben der beiden Kreisgemeinschaften in der Roten-Kreuz-Straße 6 geöffnet. *Michael Gründling*



Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 7913002.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensburg.de

Sensburger Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 26. Juni, ab 11 Uhr, MK-Hotel, Bismarckstraße 39, 42853 Remscheid: Kreistreffen. Haben Sie das Datum in Ihrem Terminkalender eingefärbt? In Kürze ist es soweit. Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer. Um 11 Uhr beginnt die Feierstunde, Festredner ist Thomas Neuhaus, Sozialdezernent der Stadt Remscheid. *H. Tomscheit*

BdV-Pressemitteilung

„Die Tränen meiner Großmutter“, Theaterprojekt des BdV-Landesverbandes Hessen feierte Premiere im Wiesbadener Haus der Heimat.

Unter der Leitung der Autorin, Kulturschaffenden und Jugendbeauftragten des hessischen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) Katharina Martin-Virolainen feierte das Theaterstück „Die Tränen meiner Großmutter“ am 28. Mai seine Premiere im Wiesbadener Haus der Heimat.

Die zahlreichen Zuschauer, die zu Beginn des Premierenabends von der hessischen BdV-Kulturbeauftragten Rose-Lore Scholz herzlich begrüßt wurden, erlebten ein besonderes Theaterstück, bei dem sich junge Frauen mit Vertriebenen und (Spät-)Aussiedlerhintergrund auf sehr persönliche Weise mit dem Schicksal ihrer Großmütter auseinandersetzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Südost- und Ostmitteleuropa vertrieben oder als Deutsche in der Sowjetunion deportiert wurden. Scholz dankte allen Mitwirkenden, den Mitarbeiterinnen der Landesgeschäftsstelle und begrüßte als Ehrengäste die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf sowie den eigens aus Düsseldorf

angereisten NRW-Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Dietmar Schulmeister.

Ein besonderer Dank galt Katharina Martin-Virolainen, von der die Idee und das Skript für das Theaterstück stammt. Unter ihrer Leitung entstand das Stück „Die Tränen meiner Großmutter“ im Rahmen eines mehrtägigen Projekts des BdV-Landesverbandes Hessen, das durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert wurde. Auf der Bühne verkörpert Katharina Martin-Virolainen eine junge Frau auf der Suche nach Antworten über die eigene Familiengeschichte und das Vertriebensschicksal ihrer Großmutter. Mit Hilfe der Geister der Vergangenheit, der Gegenwart, der Zukunft und der Erinnerung erhält sie die Chance, ihre bereits verstorbene Großmutter noch einmal zu sehen und ihr die Fragen zu stellen, auf die sie so dringend Antworten sucht.

So entstand mit „Die Tränen meiner Großmutter“ ein bewegendes Theaterstück über die Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte und den eigenen Wurzeln, über Heimatvertriebene und Spätaussiedler Identität und die Aufarbeitung des transgenerationalen Trau-

mas. Bei der Auseinandersetzung mit der familiären Vergangenheit steht am Ende die Erkenntnis, dass die Beschäftigung mit der Lebensgeschichte der eigenen Vorfahren wichtig und notwendig ist, um über Generationen hinweg an Flucht und Vertreibung zu erinnern und das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen und Deportierten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

In ihrem Grußwort überbrachte die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Ziegler-Raschdorf die Grüße von Ministerpräsident Volker Bouffier und Innenminister Peter Beuth. Im Namen der Landesregierung dankte sie dem hessischen BdV-Landesverband unter ihrem Vorsitzenden Siegfert Ortman, der Kulturbeauftragten Scholz und den Mitarbeiterinnen der Landesgeschäftsstelle. Dank und Anerkennung sprach sie vor allem den Akteurinnen des Stücks aus sowie Katharina Martin-Virolainen und den zwei weiteren Workshop-Leiterinnen Viktoria Gräfenstein und Lilia Henze. „Sie leisten mit dieser Theaterführung einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur und zum Erhalt des kulturellen Erbes, denn aus der Familiengeschichte gewinnen wir Erkenntnisse für das eigene Leben und das, was einmal bleiben soll“, so die Landesbeauftragte.

ANZEIGE



OSTPREUSSENTREFFEN 18. JUNI 2022 Brasserie am Schloß, Schlossplatz 5 in Winsen (Luhe)

Die Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode sowie die Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg der Landsmannschaft Ostpreußen, laden Landsleute aller Regionen unserer Heimat und Interessierte herzlich zum Treffen nach Winsen ein.

Programm am 18. Juni

10:00 Uhr – 16:00 Uhr u.a. mit

Vortrag Dr. Manuel Ruoff

Ab 14:00 Uhr Mitgliederversammlungen

Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße 6 in Winsen am Samstag

ab 16:00 Uhr - 18:00 Uhr geöffnet.

KG Schlossberg, KG Ebenrode, Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Winsen (Luhe)

OSTPREUSSENTREFFEN

Musik und Tanz

Das Kulturprogramm in Wolfsburg übertrug den Schwung von der Bühne auf das Publikum

VON HANNA FRAHM

Es wurde getanzt, geschunkelt, gesungen und auch das Plachandern kam nicht zu kurz. Dabei hatten die Besucher des Ostpreußentreffens der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg nur einen knappen Tag Zeit. Doch jede Minute wurde nach der langen Corona-Pause von den bald eintausend Besuchern genutzt.

Sänger BernStein führte durch die gesamte Veranstaltung. Er verlas das Fahnenprotokoll, moderierte gewohnt routiniert die Festveranstaltung und unterhielt im Rahmen des Nachmittagsprogramms mit seinen Liedern und historischen Aufnahmen aus Ostpreußen.

Die Tanzgruppe Saga aus Bartenstein erhielt nicht nur für ihre Tänze großen Beifall, sondern auch für die Lieder „Ein bißchen Frieden“ von Nicole und „Sag mir, wo die Blumen sind“ von Marlene Dietrich. Von den Tänzern waren leider nur zwei Jungs mit nach Wolfsburg gereist, bedauerte die Leiterin der Tanz-

Schwung auf und vor der Bühne: Chor Heide aus Heydekrug und Besucher der Ostpreußentreffens tanzen zu den Liedern des Sängers, der das gesamte Treffen moderiert hat
Fotos (5): Christiane Rinser-Schrut

Brachte zum Ostpreußenlied alle Mitwirkenden auf die Bühne: BernStein

Junge, kraftvolle Stimmen brachte Asta Markeviciene mit dem Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel auf die Bühne. Die von den Schülern mit großer Ernsthaftigkeit mehrstimmig vorgetragenen deutschen und litauischen Lieder ernteten großen Beifall. Bei dem bekannten Karat-Lied „Über sieben Brücken mußt du gehn“ sang der ganze Saal mit.

Im Foyer haben sich viele Kreisgemeinschaften vorgestellt, aber auch Königsberger Marzipan gab es zu kaufen und vieles Weitere rund um Ostpreußen zu erfahren.

gruppe, Danuta Nieweglowa, da die anderen sich Füße und Beine verletzt hat-

ten. Gefördert wurde der Auftritt der Gruppe SAGA aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum.

Danach betrat der Chor Heide aus Heydekrug unter der Leitung von Walter Matulis in feierlichem Schwarz die Bühne. Musikalisch gab es eine ganze Reihe von bekannten und neuen Liedern. Eine kleine Gesangspause entstand, als LO-Geschäftsführer Sebastian Husen sich bei der Niedersächsischen Landesregierung

für die großzügige Förderung des Auftritts des Chors Heide mit Mitteln der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Standort Grenzdurchgangslager Friedland, bedankte.



Totengedenken: LO-Sprecher Stephan Grigat gedachte der verstorbenen Ostpreußen. Bald ein Viertel der gesamten Bevölkerung Ostpreußens hat den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt; die Flucht bei Eiseskälte war nur ein Grund. Die Stadt Wolfsburg hat seit 1953 am Klieversberg ein beeindruckendes Mahnmal zum Gedenken an die Heimatvertrieben „Den Toten zur Ehre. Den Lebenden zur Mahnung“



Gut besucht: Gemeinsamer Stand der LO und der PAZ



Konnte nicht nur tanzen, sondern auch singen: Tanzgruppe Saga

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Totenachtung statt profaner Nachhaltigkeit

In Liegnitz parken Autofahrer auf Grabsteinen – ein Verein macht sich dagegen stark

Die Meldung, dass im niederschlesischen Liegnitz [Legnica] Grabplatten deutscher Liegnitzer das Pflaster des Parkplatzes nahe des Piastenschlosses säumen, ging durch die Medien der gesamten Republik Polen. Ob die überregionalen TV-Sender Polsat und TVN24, ob Radio Breslau oder regionale Gazetten, das Thema bewegt zumindest Journalisten.

Laut Berichterstattung hat sich eine besorgte Liegnitzerin an den „Verein Tiliae“ gewandt. In der Vergangenheit hat sich der Verein mit seinem Einsatz für den Erhalt des einstigen evangelischen Friedhofs im heutigen Stadtteil Pfaffendorf [Piątnica] einen Namen gemacht und ist in der Bewahrung des deutschen Kulturerbes sehr erfahren. „Diese Liegnitzerin hat auf dem Parkplatz am Schloss einen Grabsteinteil zwischen den Pflastersteinen entdeckt. Als wir hinfuhren, fanden wir gleich mehrere Bruchstücke einstiger Grabplatten“, sagt Hanna Szurczak vom „Verein Tiliae“ gegenüber TVN24.

Der „Verein Tiliae“ entstand vor zwei Jahren, doch die Aktivisten betreuen den Friedhof in Pfaffendorf bereits seit 2018. Das Wort „tilia“ ist lateinisch und bedeutet Linde. Auf diesen Namen sei man ge-

kommen, weil in allen vier Ecken der Pfaffendorfer Nekropole Linden wachsen.

Besitzer soll Steine freigeben

„Ich kenne die Damen des Vereins. Sie haben ganze Arbeit geleistet. Es freut mich sehr, dass wir in einem Land leben, in dem im europäischen Sinne gehandelt wird. Denn Polen, die sich um deutsche Gräber, deutsche Friedhöfe kümmern, agieren im europäischen Geiste, der meine Vorfahren und mich begleitet“, sagt Damian Stefaniak von der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Liegnitzer. Stefaniak war schockiert, als ihn die Nachricht über den Parkplatzfund erreichte: „Liegnitz ist eine offene Stadt, ich lebe hier seit meiner Geburt als Deutscher und kenne solche Vorfälle nicht. Unsere Bedürfnisse als deutsche Gesellschaft wurden durch die Stadt immer respektiert. Wir durften uns als Deutsche bekennen, wir haben unser Denkmal am Friedhof ehemaliger Liegnitzer. Die Nutzung deutscher Grabsteine als Pflastersteine sehe ich als Schweineerei. Ich vermute, dass dahinter ein mangelndes Geschichtsbewusstsein oder simple Profitgier stecken könnte. Denn was sonst kann Menschen dazu bewegen haben, so zu handeln?“ Das Thema will er

Schnell reagiert: Der „Verein Tiliae“ fordert Aufklärung vom Liegnitzer Bürgermeister, der auch den Tourismus im Blick hat
Foto: Stowarzyszenia Tiliae

demnächst mit dem Vorstand der deutschen Gesellschaft diskutieren, um eventuelle Schritte als Verband vorzunehmen.

Der „Verein Tiliae“ hatte die Denkmalschutzbehörde bislang noch nicht informiert, weil „wir nach Beweisen suchen, dass es sich hier um eine mutwillige Zerstückelung von Grabsteinen handelt. Der Parkplatzbesitzer könnte ja behaupten, er hätte die Grabsteinbrocken auf einer

Schuttdeponie quasi zum Zweck der Nachhaltigkeit wiederverwertet“, sagt Szurczak, die sich jedoch an den Liegnitzer Bürgermeister Tadeusz Krzakowski wandte. Sie möchte damit bewirken, dass die Stadt den Besitzer des Parkplatzes auffordert, die Teile der Grabsteine für Untersuchungen freizugeben.

Bürgermeister Krzakowski reagierte auf die Nachfrage des „Vereins Tiliae“

prompt: „Eine derartige Vorgehensweise gegenüber ehemaligen Bürgern bringt Schande über unsere Stadt, die so gerne von Nachkommen ehemaliger Liegnitzer besucht wird.“

Ein Lapidarium könnte entstehen

Szurczak hat bereits eine Idee für die Steine. „Auf dem Friedhof in Pfaffendorf gibt es einen Teil, wo keine Grabsteine mehr stehen. Dort könnte ein Lapidarium für Grabplatten, die noch zu retten sind, entstehen“, schlägt sie vor. Diese Idee findet auch Stefaniak gut: „Vor etwa sieben oder acht Jahren wandte sich ein gewisser Herr Gaida aus Hermsdorf an der Katzbach [Jerzmanice] bei Goldberg [Złotoryja] an meinen Großvater Jürgen Gretschel. Er erzählte, dass sich bei ihm auf dem Hof viele alte deutsche Grabsteine zum Beispiel von Schönauern [Świerzawa] befinden. Sein Vater war Steinmetz und wollte sie für neue Grabplatten verwenden. Zum Glück hatte er das nicht getan.“ Stefaniak 2016 verstorbener Großvater sorgte für die Entstehung eines Lapidariums in Schönau. Nun hofft Stefaniak, dass auch in Liegnitz ein solcher Ort der Erinnerung entsteht.

Chris W. Wagner

SEEFART UND NATUR PUR

Oie – kleine Insel mit vielseitiger Geschichte

Mit der „Seeadler“ zur Greifswalder Oie, dem „Helgoland der Ostsee“

VON ERWIN ROSENTHAL

Die Eintrittskarten für den Ausflug sind begehrt, denn die Insel Greifswalder Oie, deren Name sehr treffend „kleine Insel“ bedeutet, ist für die Öffentlichkeit nur begrenzt zugänglich. Wegen des strengen Naturschutzes dürfen pro Tag nicht mehr als 50 Personen das Eiland betreten. Eine frühe Buchung ist daher ratsam, sie setzt allerdings Vertrauen in die langfristige Wettervorhersage voraus.

berechtigt. Gastronomische Angebote gibt es hier nicht. Das Baden ist für die Besucher verboten, eine Toilette fehlt.

Vor 100 Jahren war das anders. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts brachten Ausflugsschiffe immer mehr Badegäste, darunter auch Prominente, etwa Asta Nielsen und Thomas Mann, auf die Insel. Im Jahre 1928 baute der Pächter sein Anwesen Inselhof für die Inselbesucher zu einer Pension mit Restaurant aus. Im Jahre 1932 bildete die Insel gar die Kulisse für den Film „F.P.1 antwortet nicht“,

lich seinen Nebenwohnsitz auf der Insel hat. Verwilderte Reste von Obstgärten hinter dem Leuchtturm und dem ehemaligen Seemannsheim zeugen noch von den Aktivitäten der Pächter.

In bestimmten Jahreszeiten hat das Eiland auch heute mehr Einwohner. So bildet im Frühjahr und Herbst die Biologische Station Walter Banzhaf das Domizil für die Ornithologen des Vereins Jordansand. In Kooperation mit der zur Universität Greifswald gehörenden Vogelwarte Hiddensee betreibt der Verein seit 1995 auf der Oie Deutschlands fangstärkste Beringungsstation und damit die zweitgrößte Beringungszentrale Europas. Jährlich werden auf der Insel, die im Frühjahr und Herbst für Zugvögel Rastgebiet und Orientierungspunkt ist, etwa 25.000 Vögel eingefangen, beringt, vermessen und wieder freigelassen.

Bedeutende Vogelwarte

Walter Banzhaf, der Namensgeber für die Station, war Kustos des Naturkundemuseums Stettin. Er leistete ab 1929 Pionierarbeit bei der Erforschung des Vogelzugs als Ende der 1920er Jahre zum ersten Mal Naturschützer und Ornithologen auf der Insel weilten. Banzhaf hatte während seines Studiums an der Königsberger Universität den größten Teil seiner Zeit in der Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung verbracht und sich an Untersuchungen des Ornithologen Johannes Thienemann beteiligt.

Die Vogelwarte Rossitten war die erste ornithologische Forschungsstation der Welt und erlangte durch ihre Pionierarbeit Weltruf. „Vogelprofessor“ Thienemann hatte hier die systematische Beringung von Zugvögeln als grundlegende Technik zur Erforschung des Zugverhaltens von Zugvögeln eingeführt. Banzhaf fiel 1941 an der Ostfront.

Auch die Besatzung des hier stationierten Seenotrettungskreuzers „Berthold Beitz“ der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) hat auf der Insel ihr Unterquartier.

Vor diesem Gebäude werden die Passagiere der „Seeadler“ in zwei Gruppen aufgeteilt und über die Insel geleitet. Ein von Brombeerhecken gesäumter Weg aus Betonplatten führt bis zum Leuchtturm an der Nordspitze der Insel. Der Weg ist schnell durchschritten, denn das unter Naturschutz stehende kleine Eiland hat lediglich eine Länge von eineinhalb Kilometern und eine Breite von 570 Metern. Seine größte Höhe über dem Meeresspiegel beträgt 19 Meter, sein Kliff ist 18 Meter hoch.

Im Nordosten der Insel befindet sich ein etwa sechs Hektar großer Laubmischwald, der früher auch forstwirtschaftlich

genutzt wurde. Sein Boden ist im Frühjahr über und über mit Bärlauch bedeckt. In Küstennähe wird sein angenehmer knoblauchartiger Geruch jedoch überdeckt vom penetranten Gestank der Exkremamente der Kormorane, die auf mittlerweile abgestorbenen Bäumen auf der Steilküste in einer Kolonie leben.

Schutz von Tier und Natur

Die Verbuschung des übrigen Teils der Insel verhindern mehr als 100 Pommerische Landschaft. Auch im Winter bietet ihnen das sehr ursprüngliche Biotop genügend Nahrung. Bis zu acht Meter hohe Weißdornbäume zeugen vom Appetit der Vierbeiner.

Als Strauch oder als kleiner Baum hat der Weißdorn hier keine Chance. Die bereits selten gewordene Rasse „Pommerische Landschaft“ wurde auch durch das hartnäckige Engagement vertriebener Hinterpommern von der UNO auf die Ro-

der Bienen gesenkt und ihre Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten gesteigert werden.

Einen Holzkasten, der für ein Bienenvolk vorgesehen war, hat ein Siebenschläfer als Domizil gewählt. Etwa 600 dieser geschützten Spezies soll es hier geben. Sie verbringen oft nicht nur sieben, sondern gar acht Monate im Winterschlaf. Leider gehören Vogeleyer zu ihrer Lieblingsnahrung.

Jenem Platz, auf dem die Abschussrampe für die Raketen stand, die hier in den Jahren 1937 bis 1945 erprobt wurden, schenken die Besucher besondere Aufmerksamkeit. Hier gab es Startversuche der A3-Geschosse sowie der A5-Raketen und zwischen 1943 und 1945 insgesamt 28 Starts von A4-Raketen. Die versprochene „Wunderwaffe“ sollte dem bereits verlorenen Krieg eine andere Wendung geben. Mit ihrem in prägnanter Kontra-Alt-Stimme gesungenen Lied „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschēh'n“ sollte Zarah Leander den Menschen Mut machen.

Lichtstärkster Leuchtturm

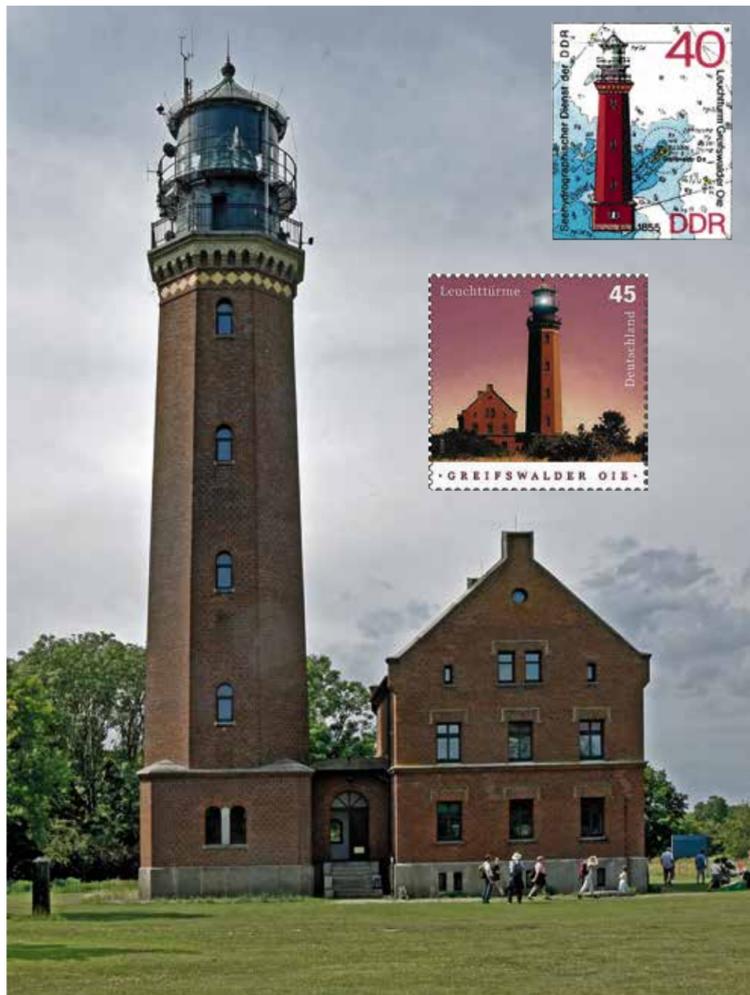
Am Ende des Weges, an der Nordostseite der Greifswalder Oie, erreicht die Gruppe den Leuchtturm (Höhe 38,6 Meter, Feuerhöhe 48,5 Meter), für den der Kapitän der „Seeadler“ die Schlüsselgewalt hat. Der Turm, der sich am Übergang zum freien Seeraum der Ostsee befindet, ist der östlichste bundesdeutsche und mit einer Leuchtweite von 26 Seemeilen (etwa 50 Kilometer) zugleich der lichtstärkste Leuchtturm Mecklenburg-Vorpommerns. Er sichert den Seeweg zwischen Swinemünde und Rügen.

Den Grundstein für den achteckigen, unter Denkmalschutz stehenden Turm, hatte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen im Jahre 1853 gelegt. Alle 3,8 Sekunden sendet die linksdrehende Optik einen weißen Blitz von 0,2 Sekunden Dauer aus. Früher verunglückten häufig Zugvögel, die – angezogen von dem starken Licht – gegen den Turm prallten. Mittlerweile wurde eine Lösung gefunden, die diese Gefahr minimiert.

In Misdroy, Swinemünde, Heringsdorf, Koserow, Zinnowitz, Thiessow und Göhren huscht bei Dunkelheit, scheinbar mitten aus der Ostsee kommend, alle 3,8 Sekunden das Blinkzeichen des Leuchtturms der Oie über das Wasser. Die Rügener Ostseebäder Binz und Sellin werden, bedingt durch ihre geographische Lage, vom Lichtstrahl nicht erreicht.

1974 und 2004 wurde dem Leuchtturm eine Briefmarke gewidmet.

● Die Reederei Apollo fährt die Greifswalder Oie von Peenemünde und Freest an. www.schiffahrt-apollo.de



Die Grundsteinlegung erfolgte am 24. August 1853 durch König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen: Am 1. Oktober 1855 ging der Leuchtturm auf der Oie offiziell in Betrieb

Nach dem Erreichen der offenen See nimmt die „Seeadler“ Kurs auf die Oie und legt nach eineinhalbstündiger Fahrt im Nothafen der Insel an. Die Insel liegt 5,4 Seemeilen (rund zehn Kilometer) vor Usedom und 6,5 Seemeilen (rund zwölf Kilometer) vor Rügen und ist damit die am weitesten vom Festland entfernte deutsche Ostseeinsel. Der Name „Helgoland der Ostsee“ ist also nicht ganz un-

in dem Hans Albers die Hauptrolle spielte. Der Aufbau der Heeresversuchsanstalt Peenemünde beendete schließlich diese Entwicklung.

Die Küste wird durch Steinwälle geschützt. Die Oie ist bewohnt. Es sind heute allerdings nicht mehr 41 Bewohner wie einst im Jahre 1865, als hier drei Pächter Ackerbau und Viehzucht betrieben, sondern nur zwei, von denen der eine ledig-

MUSIKGENUSS

58. Orgelsommer im Dom zu Cammin [Kamień Pomorski]

Eröffnungskonzert am 24. Juni – bis zum 2. September spielen hochkarätige Organisten auf der kostbaren Orgel

Der gotische Dom von Cammin [Kamień Pomorski] gehört zu den größten und bedeutendsten Kirchen im jetzigen Polen, es ist die älteste Kirche Pommerns. Die aus dem 17. Jahrhundert stammende Orgel ist weit über die Landesgrenzen hinaus für ihren Klang berühmt. Jedes Jahr im Sommer zieht sie die bedeutendsten Organisten und zahlreiche Zuhörer an. Vom 24. Juni bis 2. September findet bereits die 58. Auflage des Orgelfestivals am Camminer Haff statt.

Das Eröffnungskonzert am 24. Juni im Camminer Dom bestreiten die jungen Organisten Karolina Karkucińska und Maciej Wota, beide Preisträger mehrerer internationaler Wettbewerbe. Unterstützt werden sie von Mitgliedern des Musikensembles der polnischen Armee und weiteren Solisten.

An den folgenden Freitagen treten weitere bedeutende Musiker auf. Zu den international bedeutenden Organisten gehört der aus Paris stammende Musik-



Professor Christophe Mantoux, der am 1. Juli zu hören ist. Mit dabei ist der aus Minden stammende Kirchenmusiker und Echo-Preisträger Martin Schmeding, der am 29. Juli von portugiesischen Grupo Vocal Olisipo begleitet wird. Das Abschlusskonzert bestreitet am 2. September der Krakauer Organist und Musikprofessor Józef Sarafin, der auch künstlerischer Leiter des Festivals in Kamień Pomorski ist. Er wird unterstützt durch das Kammerorchester in Prenzlau.

Die Orgel im Camminer Dom wurde von 1670 bis 1672 vom Orgelbauer Michael Berigel erbaut und kostete damals den Gegenwert von 90 Kilo reinem Silber. In den Jahren 2003 bis 2004 wurde das Instrument komplett restauriert. Die Kleinstadt Kamień Pomorski liegt am gleichnamigen Haff und nur wenige Kilometer von der Ostseeküste entfernt. Die Konzerte beginnen jeweils um 19 Uhr.

● www.festivalorganowy-kamien.pl

„Eine Orwellsche Verdrehung der Wahrheit“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich bedanke mich recht herzlich für die Ausgabe Nr. 22. Die PAZ möchte ich nicht mehr missen“

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau



Ausgabe Nr. 22

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ES DROHT EWIGE ZINSFRON ZU: NUN FEHLT NUR NOCH DAS RICHTIGE PERSONAL (NR. 22)

Das „Sondervermögen“ für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist mit sehr großer Mehrheit im Bundestag beschlossen worden. Es müsste nicht „Sondervermögen“, sondern „Sonder-schulden“ heißen. Warum nennen Politiker und die meisten Journalisten das Kind nicht beim richtigen Namen? Aus schwarz wird weiß gemacht, eine Orwellsche Verdrehung der Wahrheit.

Mit der Rückzahlung der „Sonder-schulden“ soll 2031 begonnen werden. Wir hinterlassen unseren Nachkommen einen riesigen Schuldenberg, den sie nie zurückzahlen können. Die Zinsen auf diesem Schuldenberg zwingen sie in die ewige Zinsfron. Dieses Schicksal bereiten wir, die Politiker im Bundestag und deren Wähler, ihnen hier und heute. Es ist eine Schande. *Gerhard Wagner, Ratingen*

EIN WUNDER IST GESCHEHEN ZU: NUN FEHLT NUR NOCH DAS RICHTIGE PERSONAL (NR. 22)

Im Bundestag fand die wunderbare Geldverwandlung statt – oder wie aus 100 Milliarden Euro Schulden plötzlich, fast wie über Nacht, ein „Sondervermögen“ werden kann. Ein Wunder ist geschehen. Ob dieses Wunder wohl auch bei jedermanns Schulden so einfach und rasch klappen könnte? *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

EINE VERHÖHNUNG

ZU: ALS DIE TAUSEND-BOMBER-ANGRIFFE BEGANNEN (NR. 21)

Anders als im Nachkriegsdeutschland werden in England Kriegsverbrecher verherrlicht. So wird anlässlich des 30. Jahrestages der Bombardierung von Köln an einem zentralen Platz in London ein Denkmal für „Bomber-Harris“, nach Hitler und Stalin der größte Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs, enthüllt – eine

Verhöhnung der über 500.000 deutschen Opfer des Bombenterrors.

In meinem Buch „Nie wieder Krieg“ habe ich als Angehöriger der Erlebnisgeneration diese nie gesühnten Verbrechen mit den Worten thematisiert: „... da standen sie auf, denen nicht einmal ein Grab vergönnt war, aus Ruinen, die bis auf die Grundmauern zerstört waren, aus Städten, die ausradiert waren, wo die Sonne wegen der gewaltigen Rußwolke tags nicht zu sehen war, wo der Schnee schwarz war, wo ein bestialischer Gestank von Phosphor, beizendem Qualm und Leichengeruch einem den Atem verschlug, erbarmungswürdige Kreaturen mit zerfetzten Leibern und herausquellenden Gedärmen, durch den Luftdruck geplatzten Lungen, mit vor Schmerz entstelltem Gesicht und stierem Blick, Körper, die wie Fackeln lebenden Leibes verbrannten und bis zur Unkenntlichkeit entstellt sind ... und sie alle, die der Sprache nicht mehr mächtig sind, schauen mit vorwurfsvollen Blicken ihre Mörder an, wie wenn sie sagen wollten: ‚Ihr habt unser Leben sinnlos ausgelöscht, ihr habt euch zum Herrn über Leben und Tod erhoben, ihr habt uns das Schönste genommen: Unser Leben, unsere Lieben, unsere Heimat, unsere schönen Städte. Auch wir fordern Gerechtigkeit.“

Zur Verantwortung für die Geschehnisse von damals ist hinzuzufügen: Auch Churchill wollte den Krieg.

Dr. Wolfgang Link, Gengenbach

HOFFEN AUF EINSICHT

ZU: ATOMKRIEG IN EUROPA (NR. 18), SZENARIEN AM RANDE DES ABGRUNDS (NR. 19) UND: WEGE AUS DEM WAHNSINN (NR. 19)

Nachdem man nach 1990 das Ende aller Konflikte sah, die Sicherheitspolitik in unserem Land verschlafen hat und 2014 die Annexion der Krim durch Putin kaum zur Kenntnis genommen hat, war man am 24. Februar von der russischen Militäroffensive in der Ukraine überrascht und betroffen. Dazu die ständige Propaganda

und letztlich die Bedrohung mit einem Atomschlag.

Nun, es darf erinnert werden, dass wir während der gut 40-jährigen „Kalten-Kriegs-Zeit“ ständig mit einem Atomschlag zu rechnen hatten (siehe den Streit um Kuba).

Auch heute haben wir neun Atom-mächte mit diversen Waffen mit steuerbaren Atomsprengköpfen, aber wir haben auch ein nuklearstrategisches Gleichgewicht, das heißt, beide Seiten könnten jederzeit die Waffen einsetzen. Und auch Putin ist kein Selbstmörder, denn er will ja noch weiter herrschen. Nur hat er nicht mit der heldenhaften Verteidigung der Ukraine und der schnellen und kompakten Einigung des Westens (NATO, EU, UN) gerechnet, kurz, er hat sich gründlich verschätzt.

Der Westen, der zurückblickend Einiges versäumt hat, sollte ein Angebot machen und auf einen Sieg über Russland verzichten. Hier wäre der in dieser Zeitung vorgeschlagene Henry Kissinger geeignet oder eine Bismarck-ähnliche Person. Man könnte nach Waffenstillstand/ Abzug der Russen die Ukraine als neutralen Staat ausrufen (Selenskyj hat das bereits signalisiert) und die Krim den Russen überlassen (seit 300 Jahren russisch) sowie die Ostukraine (um Donezk und Luhansk) mit einer Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle befrieden.

Darüber hinaus dürfte die Ukraine bis auf Weiteres nicht in die NATO aufgenommen werden, was wohl auch schon feststeht, wohl aber in die EU. Auch dies würde der ukrainische Präsident Selenskyj akzeptieren.

Seit gut 100 Tagen gibt es Krieg, und Europa fühlt sich bedroht, Es gibt diverse Sanktionen – unter anderem haben sich Großfirmen wie Siemens, Shell und nun auch McDonalds (seit 1990 mit 100 Filialen) aus Russland zurückgezogen, doch dies alles schadet der Weltwirtschaft, und es ist auch für Putin negativ.

Für alle Seiten kann man nur hoffen, dass es nicht zur Eskalation kommt, sondern zur Einsicht, Stabilität und Kompromissbereitschaft. *Günter Algner, Berlin*

EIN PARANOIDES VERHALTEN

ZU: SZENARIEN AM RANDE DES ABGRUNDS (NR. 19)

Finnland besitzt eine 1340 Kilometer lange Außengrenze zu Russland. Es ist nur folgerichtig, dass das Land nun ebenfalls Schutz unter dem NATO-Schirm vor dem russischen Aggressor sucht.

Das Beispiel Ukraine zeigt, was passiert, wenn der russische Staatspräsident Wladimir Putin den Beistandspakt der NATO nicht unmittelbar fürchten muss. Putin verhält sich in seiner paranoid anmutenden Angst, dass sein Land von der NATO angegriffen werden könnte, wie jemand, der sich einbildet, alle anderen seien gegen ihn. Er erreicht mit seinem Angriffskrieg das genaue Gegenteil von dem, was er eigentlich bezwecken wollte, denn er treibt Russland weltweit zunehmend in die Isolation.

Der Weltgemeinschaft lag insgesamt betrachtet viel daran, mit Russland in friedlicher Koexistenz leben und mit dem rohstoffreichen Land Handel betreiben zu können. Alle Seiten hätten davon profitieren können.

Die Russlandpolitik Deutschlands der vergangenen 20 Jahre muss als komplett gescheitert betrachtet werden. Im Jahr 2008 lehnte die NATO einen Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft in der NATO in erster Linie auf Betreiben der deutschen Bundeskanzlerin ab. Merkel wollte Putin mit der Aufnahme der Ukraine in das westliche Militärbündnis nicht vor den Kopf stoßen.

Dabei hatte Putin bei seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz ein Jahr zuvor keinen Hehl aus seinen wahren Gedankengängen gemacht. Die Naivität, die von westlichen Politikern im Umgang mit Putin viele Jahre an den Tag gelegt wurde, kostet heute unzähligen unschuldigen Menschen in der Ukraine die Existenz und das Leben.

Viele Bürger können nicht verstehen, warum die damals Hauptverantwortlichen nicht zur politischen Verantwortung gezogen werden, auch wenn sie nicht mehr im Amt sind. *Alfred Kastner, Weiden*

ANZEIGE

Verewigt statt gelöscht: Die Bhakdi-Videos jetzt auf DVD

■ So schnell wie Covid-19 auftauchte, so schnell befand sich die Gesellschaft in einem unaufhaltsamen, von Politik und Medien befeuerten Wahn von Panikmache, Maskenzwang, Lockdown und Impfchaos. Bürgerliche Freiheits- und Grundrechte wurden in einem nie da gewesenen Ausmaß eingeschränkt.

Solide Aufklärung jenseits politischer und medialer Panikmache

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi zählt zu den Ersten, die es wagten, öffentlich und mit soliden wissenschaftlichen Erkenntnissen gegen die Herrschaft der Angst zu argumentieren. Woran erkennt man eine echte Pandemie? Wann sind Viren gefährlich? Warum eigentlich Masken? Was wissen wir über gentechnische Impfungen? Wem kann man noch trauen?

Die Angst der Eliten vor dem Gegenargument

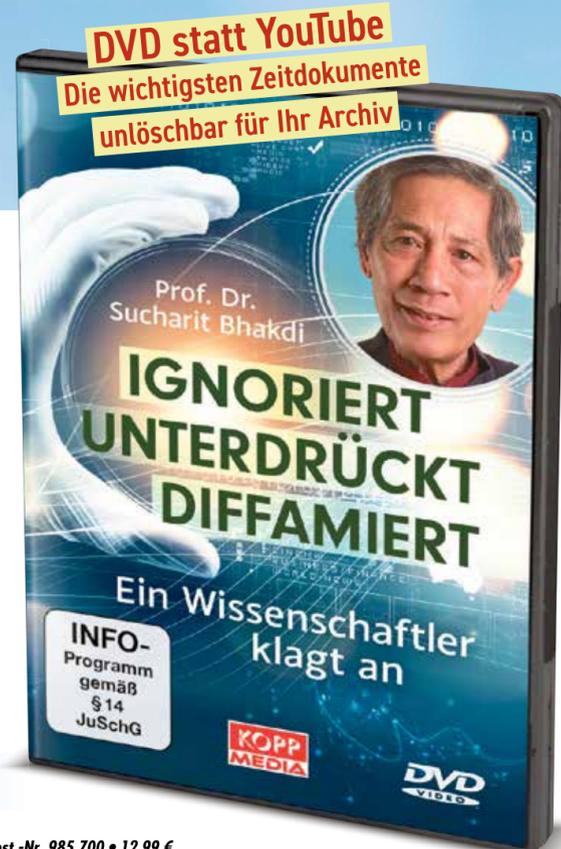
Millionenfach angeklickt, wurden zahlreiche Videos von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi von YouTube und anderen Videoplattformen gelöscht. Diese Sammlung besteht aus seinen vier wichtigsten Videos und ver-

schafft Ihnen exklusiven Zugang zu den teilweise gelöschten. Es erwarten Sie:

- Der offene Brief an die Bundeskanzlerin
- Der Beitrag beim Kopp-Kongress zu den Themen Immunität, Herdenimmunität und Impfung
- Die brisanten Fakten zur Impfwirkung
- In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Arne Burkhardt: Die wissenschaftlichen Nachweise zu den Impfschäden

Mehr als 2 Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie haben die Menschen einen Anspruch auf eine sachliche und faktenbasierte Aufarbeitung der Krise, vor der sich die Verantwortlichen bis heute scheuen.

Mit einem Kauf dieser DVD unterstützen Sie den Verein MWGFD und damit die Arbeit von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi und Prof. Dr. Arne Burkhardt.



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: Ignoriert – unterdrückt – diffamiert • 2 DVDs • Laufzeit gesamt 230 Minuten • Best.-Nr. 985 700 • 12,99 €

VON BETTINA MÜLLER

S o langsam kommen sie wieder in die Stadt – die Besucher von Schloss Rheinsberg. Nach Ende aller Pandemie-Einschränkungen flanieren sie in den Sommermonaten durch das Interieur oder verlustieren sich im Park. Sie streifen durch die wunderbare Gartenlandschaft, dann steigen sie wieder in den Reisebus und hetzen zu der nächsten Sehenswürdigkeit.

Doch wo endet die Herrlichkeit eigentlich? Tatsächlich am eisernen Goldbeschlagenen Zaun? Was ist denn eigentlich dahinter? Da wohnen nämlich die Menschen, die den Laden am Laufen halten. Schlagartig wird zunächst die vermeintliche Idylle im Hier und Jetzt zerstört, und man ahnt, die Rheinsberger haben es heutzutage nicht so einfach.

Ein Schwerlastverkehrer brettert brachial durch die Straße, sodass es einem kurz der Atem stockt. Schuld ist der Mautausweichverkehr. Und konnte man davor zum Beispiel unbehelligt in einer großen Rheinsberger Metzgerei mit Außenbestuhlung eine vorzügliche Sülze mit Bratkartoffeln genießen, so ist das nun, seitdem die Lkw-Monster durch die märkischen Dörfer donnern, eine eher unruhige Angelegenheit, bei dem das Essen zu einer unappetitlichen Sülze mit staubigen Kartoffeln mutiert.

Und die ist dann noch mit kleinen Kieselsteinchen garniert, welche die Schwerlastverkehrer torpedoartig ins Umfeld katapultiert haben und die nun im Fett traurig vor sich hindümpeln. Man beißt sich an ihnen die Zähne aus, so wie das Bündnis „Rheinsberg 2.0.“ derzeit viele harte Nüsse zu knacken hat. Für die im Mai des vergangenen Jahres unter anderem von einem Gastronomen, einer Hotelbetreiberin und einem Politiker vom Linken-Ortsverband gegründete Initiative beginnt nämlich unmittelbar hinter dem Zaun des Schlosses der „Stillstand“ der Stadt, die völlige „Stagnation“, sodass sie wild entschlossen sind, um ihre Stadt zu kämpfen.

Vielleicht ist es aber auch dieser fast schon schizophrene Widerspruch, der es dem Städtchen zusätzlich schwer macht. Wie soll man Kurt Tucholsky in den Schatten stellen? Und diese absolute Attraktion, das Schloss, noch übertrumpfen? Alles andere verblasst doch gegen sie. Der Schriftsteller hat dem Schloss vor 110 Jahren mit seiner Erzählung „Rheinsberg: Ein Bilderbuch für Verliebte“ ein literarisches Denkmal und eine Traumwelt geschaffen, die wie geschaffen ist für die



Schöner Schein: Frieden pur auf Schloss Rheinsberg, doch die Stadt hat ganz andere Sorgen

Foto: Müller

Projektion eigener Wünsche und Ansprüche an die Stadt.

Und überhaupt: Das Schloss! Die strahlende blütenweiße Idylle und das absolute Pfund, mit dem Rheinsberg wuchert, das nun aber, laut „Rheinsberg 2.0.“ leidet, weil es sich nicht mehr weiter entwickle, sodass vor allem junge Leute die Stadt verlassen, weil sie dort keine Zukunft mehr sehen. Denn hinter dem Zaun, da leben die Rheinsberger, die sich um ihre Stadt sorgen, die um die Bedeutung des Tourismus für ihre Stadt wissen, und die unbedingt wollen, dass sich endlich etwas verändert.

Vieles liegt schon länger brach, unter anderem die Umsetzung des Kiezprojektes, dessen Bau eigentlich schon längst genehmigt wurde, sowie einige Projekte im sozialen Bereich. Zudem wurde der beliebte Quartiersmanager entlassen, der sowieso nur eine Zehn-Stunden-Stelle pro Woche hatte. Marode Schulen, fehlenden Spielplätzen und weitere Schwach-

stellen, es ist eine lange Mängel-Liste, welche die Initiative aufgestellt hat. Touristen bekommen davon in der Regel wenig mit, zum Beispiel dass es auch bei der Integration zu hapern scheint.

Krawalle vor den Schlossmauern

Im Sommer 2020 wurde das Problem unübersehbar. Es kam zu Massenschlägereien von Jugendgruppen in einem einschlägig bekannten Wohnghetto, in denen man so gar nichts mehr vom einstigen preußischen Glanz spürt und wo sich die Touristen nur selten hinverirren. Rheinsberg geriet unangenehm in die Schlagzeilen, was dann sogar noch einen Kommentar des Pegida-Gründers Lutz Bachmann zur Folge hatte, der die Ausschreitungen aufgrund des tschetschenischen Hintergrunds einiger Beteiligter mit der Stuttgarter Krawallnacht verglich.

Zu allem Überfluss formierte sich dann im Herzstück der Stadt gegenüber dem Schloss im Juli 2020 noch eine kleine

NPD-Demo inklusive Gegendemo, die natürlich auch von zufällig vorbeikommenden neugierigen Touristen begutachtet wurde, und das ausgerechnet im Schatten des Schlosses. Dunkle Wolken zogen auf und wollten nicht mehr weichen, denn das machte nun wirklich keinen guten Eindruck.

Und im fernen Schweden drehte sich Tucholsky geräuschvoll im Grabe um und blickte mit Sorgenfalten auf der Stirn in Richtung Deutschland und vor allem zur Rheinsberger Touristeninformation. Ausgerechnet sie, die erste Anlaufstelle für die für die Stadt so wichtigen Besucher, sorgt in diesem Sommer für einen Skandal beziehungsweise einer ihrer Mitarbeiter, der dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet wird, sodass der amtierende Bürgermeister derzeit durch das brandenburgische Innenministerium prüfen ließ, welche rechtlichen Schritte gegen das Mitglied der „Identitären Bewegung“ möglich sind.

Während der Arbeitszeit hat sich der Angestellte nichts zuschulden kommen lassen, an seiner Gesinnung nahm man Anstoß, sogar NSU-Vergleiche werden bemüht. Das Ende war lange offen, der Kampf ging weiter, vor allem von „Rheinsberg 2.0.“ versus dem Herrn Bürgermeister, der sich aber gegen jegliche Anschuldigungen gewehrt hat. Es gärt hinter den Kulissen, vielleicht brodelt es sogar, so wie in der Mühlenstraße, wo Banner à la „Leben statt Beben“ ihr Dasein fristen ohne Aussicht, zeitnah wieder abgehängt zu werden.

Im Mai vergangenen Jahres lehnte die Kreisverwaltung von Ostprignitz-Ruppin mal wieder den Antrag der Rheinsberger Stadtverordneten ab, den Schwerlastverkehr aus der Innenstadt zu verbannen. Derweil träumt das Schloss, bewacht vom güldenen Zaun, von fernem und besseren Zeiten. Dann kann Kurt Tucholsky endlich wieder in Frieden ruhen – und wir können seine Erzählung in Ruhe lesen.

FESTIVAL

Picknick mit Schlossblick

Perspektivwechsel in Schwerin – Neue Spielorte und ein populäres Programm bei den am 23. Juni startenden Schlossfestspielen

Mit dem 1968 in Dessau geborenen Hans-Georg Wegner hat das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin seit der Spielzeit 2021/2022 einen neuen Generalintendanten, der mit einem Perspektivenwechsel bei den diesjährigen Schlossfestspielen vom 23. Juni bis 17. Juli einen radikalen Neustart wagt.

Wegner will nach eigenen Worten das Haus für ein vielfältiges Publikum öffnen, ein Publikum, das den gesamten Querschnitt der Bevölkerung beinhaltet. Dem soll sich das Programm der Schlossfestspiele anpassen, indem es ebenfalls vielfältiger und zugänglicher wird, populär und dennoch erkennbar mit dem Mecklenburgischen Staatstheater verbunden.

Dazu zieht die große Spielstätte der Schlossfestspiele auf die seit der Bundesgartenschau 2009 im Schweriner Burgsee fest verankerte sogenannte Schwimmende Wiese mit direktem Blick aufs Schloss. Damit hat der jahrzehntelang beschworene Spielort vor den Säulen-Fassaden von

Theater und Museum auf dem Alten Garten (vorerst) ausgedient. Neben fest installierten Sitzplätzen können Besucher es

sich auf der Wiese jetzt auch mit Picknickkorb, Picknickdecke oder Campingstuhl gemütlich machen.



Vor echter Schlosskulisse: Eine „Anatevka“-Aufführung von 2019

Foto: pa

Auch die Einzelinszenierung – manchmal auch zwei – von Oper, Operette oder Musical ist Vergangenheit. Erstmals werden dieses Jahr alle sechs Sparten des Staatstheaters beteiligt sein und damit erstmals ein buntes Programm mit insgesamt über 50 Vorstellungen und Konzerten präsentieren: von U- bis E-Musik, von Hochdeutsch bis Platt.

Höhepunkte auf der Schwimmenden Wiese sind die Europa-Premiere des Konzertes „Police deranged for Orchestra“ mit der US-amerikanischen Rock-Legende Stewart Copeland, dem Schlagzeuger der bekannten Gruppe „The Police“, und der Mecklenburgischen Staatskapelle sowie Carl Orffs „Carmina Burana“, ebenfalls mit der Staatskapelle, Solisten und Gästen des Schweriner Opern-Ensembles, dem Opernchor und der Schweriner Singakademie unter der Musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor Mark Rohde. Beim Familien-Musical „Dogs“ sind Kinder und Hunde auf der Wiese

willkommen und auch das beliebte Meck-Proms-Konzert, jetzt Teil der Schlossfestspiele, und das Landespolizei-Orchester MV spielen dort auf.

Im Schlossinnenhof bleibt mit einer einzigen Inszenierung des Schauspielensembles – Shakespeares Komödie „Wie es euch gefällt“ – alles beim Alten. Neu ist dagegen die Festspiel-Öffnung vom Großen Haus. Hier zeigen das Musiktheater die Uraufführung der Naturoper „Wölfe“ und das Ensemble Ballett X Schwerin mit „Connexion“ eine Ballettgalä mit internationalen Gästen.

Schließlich gehört sogar das Freilichtmuseum in Schwerin-Mueß zu den neuen Festival-Orten. Die Fritz-Reuter-Bühne gibt hier die Mozart-Oper „Bastian und Barbara“ auf Platt. Helga Schnehagen

● **Infos und Tickets** www.mecklenburgisches-staatstheater.de; Kartentelefon Schwerin: (0385) 5300-123, E-Mail: kasse@mecklenburgisches-staatstheater.de

● FÜR SIE GELESEN

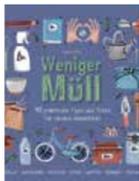
Lust aufs Nachmachen

Die in Frankreich lebende Autorin Sophie Frys kreierte das Aktions- und Sachbuch „Weniger Müll. 40 praktische Tipps und Tricks für clevere Umweltkids“, um Kindern in der Familie, in der Schule und mit Freunden Anregungen zu geben, mit Spaß etwas für die Umwelt zu tun.

Das Buch ist in acht Hauptkapitel unterteilt, in denen verschiedene Projekte vorgestellt werden. Am Ende jedes Kapitels gibt es Fragen, ob das Projekt gelungen ist oder ob es Schwierigkeiten gab. Ein sehr wichtiges Projekt ist es, dass Essen nicht verschwendet werden sollte. Alle Nahrungsmittel stammen von unserer Erde und haben einen langen Weg der Herstellung hinter sich. Viele Menschen, angefangen vom Bauern auf dem Feld, mussten dafür arbeiten, damit es bei uns auf den Tellern liegt.

Alle Projekte sind wichtig, wobei besonders der siebte Abschnitt nicht unerwähnt bleiben sollte, in dem es darum geht, keinen Müll mehr zu erzeugen. Wie das möglich sein kann, wird von der Autorin ausführlich angeleitet und weckt die Lust zum Nachmachen. S.F.

Sophie Frys: „Weniger Müll. 40 praktische Tipps und Tricks für clevere Umweltkids“, 360 Grad-Verlag, Leimen 2022, gebunden, 104 Seiten, 12 Euro



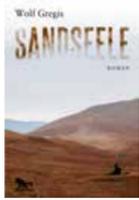
Quälende Erinnerungen

Die Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes und seiner Folgen habe gerade erst begonnen, sagt der Afghanistan-Experte Christian Tazarek, der von 2008 bis 2009 in Mazar-e-Sharif und Kabul als Offizier die afghanische Nationalarmee begleitete. Seine Ergebnisse fanden in dem Roman „Sandseele“ Niederschlag, den er unter dem Pseudonym Wolf Gregis verfasste.

Ein Tagesschaubericht, in dem ein bekanntes Gesicht aus Afghanistan auftaucht, lässt bei Martin Küfer, einem Ex-Bundeswehroffizier, längst verdrängte Erinnerungen aufsteigen. Der allgegenwärtige Sand, der überall zu sein schien und der auf seiner Seele lastet, zwingt ihn, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Er fühlt sich wie eine Eieruhr, die mit Sand überfüllt ist. Bilder eines bettelarmen Landes, von dröhnenden Militärfahrzeugen, Dieselqualm und von verkohlten Leichenteilen steigen vor seinem inneren Auge auf. Die Bilder seines gefallenen Kameraden Wulf und Abdul, dem afghanischen Dolmetscher, mit dem er sich angefreundet hatte, bringen ihn völlig aus der Fassung.

Es ist ein Buch über enttäuschte Hoffnungen, Freundschaft, Verrat, Schuld und Einsichten, das sich spannend liest und einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des deutschen Einsatzes in dem uns so fremden Land am Hindukusch leistet. M. Rosenthal-Kappi

Wolf Gregis: „Sandseele. Roman“, BoD Books on Demand, Norderstedt 2021, broschiert, 379 Seiten, 15 Euro



REISEN



Frankreich entdecken

Der umfangreiche „Atlas der Reiselust“ liefert 1000 Ideen für einen Urlaub bei unseren Nachbarn und lässt das Land in einem ganz neuen Licht erscheinen

FOTO: MRK

Außergewöhnlicher Reiseführer Der großformatige „Atlas der Reiselust Frankreich“ stellt das Land reich bebildert in farbig markierten Kapiteln zu Themen wie Natur, die französische Küche, sehenswerte Städte oder

auch zur Kultur und Geschichte vor. Neuartig ist die lockere Gestaltung, eine Mischung aus Text- und Bild- oder Kartensegmenten, was einerseits sehr unruhig wirkt, andererseits zum Blättern und Lesen anregt. MRK

Philippe Gloaguen: „Atlas der Reiselust Frankreich. Inspiration für ein ganzes Leben“, Dumont Verlag, Ostfildern 2022, gebunden, 320 Seiten, 39,90 Euro

ZWEITER WELTKRIEG

Tage, die die Welt veränderten

Ein britischer und ein irischer Historiker gehen der Frage auf den Grund, was nach dem Kriegseintritt der USA 1941 in Europa und Japan geschah

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 7. Dezember 1941 attackierte das Kaiserreich Großjapan den US-amerikanischen Stützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii, woraufhin die Vereinigten Staaten dem Angreifer den Krieg erklärten. Am 11. Dezember 1941 gaben die beiden anderen Mächte der „Achse Berlin-Rom-Tokio“ eine Kriegserklärung an die Adresse Washingtons ab. Was in der Zeit dazwischen geschah, beschreiben der irische Historiker Brendan Simms und dessen britischer Kollege Charlie Ladermann in „Fünf Tage im Dezember“.

Sie gehen vor allem der Frage nach, wieso Hitler die höchst fatale Entscheidung traf, nun auch den Riesen Amerika herauszufordern, obwohl die Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt bereits in Nordafrika und der Sowjetunion in schwere Kämpfe verwickelt war. Für das Autorenduo handelte es sich nicht um einen aus über-schwänglichem Leichtsinne oder blinder Bündnistreue gegenüber Japan resultierenden Fehler des „Führers“, sondern um das Ergebnis geopolitischer Erwägungen: Hitler interpretierte die unübersehbare Feindschaft Amerikas gegenüber dem Dritten Reich als Auswirkung der „jüdischen Weltverschwörung“, weshalb er sich zum präventiven Handeln genötigt sah.

Das wiederum verschaffte dem US-Präsidenten Roosevelt aber erst die Handhabe, in Europa zu intervenieren, denn ohne die Kriegserklärung Deutschlands hätten die Isolationisten im Kongress dies aller

Wahrscheinlichkeit nach verhindert. Allerdings war Amerika nun ebenfalls gezwungen, an mehreren Fronten zu kämpfen, was Hitler als Vorteil sah. Und er brauchte keine Rücksicht mehr auf die öffentliche Meinung in den USA zu nehmen, wenn es um die Behandlung der Juden ging. Insofern bereitete die Kriegserklärung vom 11. Dezember 1941 auch den Weg in den Holocaust.

Ansonsten schildern die Autoren parallel das, was während der bewussten fünf Tage im Dezember 1941, die die Welt für immer veränderten, in den USA, Italien, Japan, Großbritannien und der Sowjetunion geschah. Dabei weisen sie nach, dass Mussolini glaubte, die italienische Wirtschaft sei der amerikanischen überlegen. In den Vereinigten Staaten wiederum kippte die Stimmung nach Pearl Harbor und der Kriegserklärung Deutschlands und Italiens nicht so radikal in Richtung einer einheitlichen nationalen Anstrengung, wie die Propaganda dies glauben zu machen versuchte: Viele Schwarze in den USA hielten die dortige Demokratie wegen der Rassen-trennung kaum für verteidigungswert.



2021, gebunden, 638 Seiten, 32 Euro

Brendan Simms/Charlie Ladermann: „Fünf Tage im Dezember. Von Pearl Harbor bis zur Kriegserklärung Hitlers an die USA. Wie sich 1941 das Schicksal der Welt entschied“, Deutsche Verlags-Anstalt, München

BIOGRAPHIE

Ein deutscher Arzt in russischem Dienst

Dirk Kemper zeichnet den Lebensweg von Friedrich Joseph Haass nach, der heute in Russland noch bekannt ist und als selbstloser Helfer verehrt wird

VON DIRK KLOSE

Obwohl die deutsch-russischen Beziehungen gegenwärtig eisig sind, erinnert Dirk Kemper's Buch „Das außergewöhnliche Leben des Friedrich Joseph Haass“ an freundlichere Seiten. Russland hatte seit Peter dem Großen unzählige ausländische Wissenschaftler, Handwerker und Bauern ins Land geholt. An deutschen Universitäten gab es sogar Kopfgeldjäger. Besonders Ärzte waren begehrt, manche brachten es bis zum Leibarzt der Zaren.

Ein noch heute in Russland verehrter Mediziner ist Friedrich Joseph Haass (1780–1853), der nach dem Studienabschluss nach Moskau kam und dort bis zu seinem Tod blieb. Ihm hat der Literaturwissenschaftler Kemper eine Biographie gewidmet, in der Haass als ein von christlichem Ethos beseelter „heiliger Doktor von Moskau“ vorgestellt wird. Der Autor hat in den vergangenen Jahren an Moskauer Universitäten gelehrt und 2003 den Russischen Germanistenverband mitgegründet.

Haass stammte aus dem linksrheinischen Münnstereifel. Seine in sicheren Verhältnissen lebende Familie ermöglichte ihm ein Studium der Medizin in Jena, Göttingen und Wien. 1806 kam er als Leibarzt einer russischen Fürstin nach Moskau, wo er schon bald mit einer gut gehenden Praxis reüssierte, vor allem aber bekannt wurde, weil er unentgeltlich auch Arme und Obdachlose behandelte. Rasch wurde er an einem Krankenhaus Chefarzt und in der Folgezeit Mitglied wichtiger Kommissio-

nen. In Erinnerung bis heute sind seine oft erfolgreichen Bemühungen um einen humaneren Strafvollzug in den Gefängnissen und für nach Sibirien Verbannte.

Es ist eine etwas merkwürdige Biographie. Ausführlichen Informationen zu Haass' Leben versagt sich der Autor öfters zugunsten allgemeinerer Ausführungen, etwa zur Lage der linksrheinischen Gebiete unter der Herrschaft Frankreichs, zur geistigen Situation in Jena, wo Medizinphilosophie und romantische Philosophie (Schelling) aufeinandertrafen, zum russischen Strafvollzug, besonders zu den grausamen Bedingungen für nach Sibirien verbannte Menschen, zu der um 1830 in Europa grassierenden Cholera und zu dem von tiefer Religiosität geprägten Handeln des Arztes, der sowohl „Narr in Christo“ als auch „großer Humanist“ (Lew Kopelew) genannt wird. Hat der Leser eine leise Enttäuschung überwunden, folgt er diesem material- und gedankenreichen Konzept doch ganz gerne.

Vor einem Krankenhaus in Moskau, das Haass geleitet hatte, steht seit 1909 sein Denkmal. Angeblich musste man früher den Kutschern nur „Haassowka“ sagen, dann war klar, wohin man wollte.



Dirk Kemper: „Das außergewöhnliche Leben des Friedrich Joseph Haass. Biografie einer Legende“, Herder Verlag, Freiburg 2021, gebunden, 316 Seiten, 20 Euro

OSTPREUSSEN

Relikte aus der Vergangenheit

Wer genau hinsieht, kann sie noch in ostpreußischen Städten entdecken: Gullydeckel aus der Vorkriegszeit

VON WOLFGANG REITH

Als wir 1993 mit einem Busunternehmen erstmals in unsere Heimat Ostpreußen fuhren, lag der Schwerpunkt der Reise auf Königsberg. Gleich bei der ersten Stadtführung entdeckte ich ganz zufällig einen alten deutschen Kanaldeckel mit der Aufschrift „Königsberg Pr.“. Ich behielt den Fund für mich und beschloss, später allein an den Ort zurückzukehren, um die Entdeckung zu fotografieren, was ich dann auch tat.

Weil ich bei meinem Rundgang mehrere Stunden unterwegs war, trat ich den Rückweg zum Hotel per Taxi an. Während der Fahrt kam ich mit dem Fahrer ins Gespräch, und als ich ihm erzählte, dass ich auf historischer Spurensuche in der Stadt unterwegs sei, sagte er, dann könne er mir noch etwas ganz Besonderes zeigen, falls ich etwas Zeit hätte.

Ich willigte gerne ein, fragte aber noch, was er mir denn zeigen wolle. Er antwortete, er würde mich jetzt zu einem alten deutschen Kanaldeckel fahren, etwas, wovon bisher wohl kein Tourist Kenntnis hätte. Ich sagte ihm, dass ich einen solchen bereits gefunden und fotografiert hätte, was er nicht glauben wollte und mich deshalb bat, ihm den Fundort zu beschreiben. Dies tat ich während der Fahrt, und als wir uns der Stelle näherten, verwies ich auf den Kanaldeckel vor uns auf der Straße.

Ungläubiges Staunen, und dann die Bemerkung, ich sei der erste Deutsche, den er treffe, der schon sein „Geheimnis“ entdeckt hätte, was er zunächst gar nicht glauben wollte. Gleichwohl bedankte ich mich bei ihm und gab ihm nach der Rückkehr zum Hotel ein erhöhtes Trinkgeld für seine besondere Tour. Immerhin muss dabei berücksichtigt werden, dass zum damaligen Zeitpunkt das Königsberger Gebiet gerade mal erst seit zwei Jahren für den Tourismus geöffnet und deshalb die Zahl der Besucher bis dahin also auch noch überschaubar war.

Nach zwei weiteren Busreisen fuhren wir ab 1998 in der Regel mit dem eigenen



Relikte aus alter Zeit, deren genaue Fundorte aus Sorge vor Souvenirjägern geheim gehalten werden: Kanaldeckel aus Königsberg (o.) und Allenstein Fotos (2): Reith

Wagen nach Ostpreußen, wobei wir uns schwerpunktmäßig auf unsere beiden Heimatorte Rastenburg und Lötzen, aber auch auf das übrige südliche Ostpreußen konzentrierten. In die nördlichen Landesteile fuhren wir noch einige Male mit dem Bus, so etwa zur 750-Jahr-Feier Königsbergs 2005.

Kanaldeckel als Souvenir

Mehr oder weniger zufällig entdeckte ich bald einen weiteren alten deutschen Kanaldeckel mit der Aufschrift „Allenstein“. Dies war zugleich Anlass für mich, immer wieder die Augen offenzuhalten nach solchen Relikten – und tatsächlich fand ich

in den folgenden Jahren vertraute, aber auch bislang unbekannte Kanaldeckel aus der deutschen Vergangenheit, welche die Zeiten überdauert hatten.

Nur selten stimmen dabei die Ortsangaben auf den Kanaldeckeln mit den tatsächlichen Fundorten überein. Ein polnischer Freund, vor dessen Haus sich ebenfalls ein solcher Deckel befindet, bat uns schon vor vielen Jahren, ich möge die Fundstellen auf jeden Fall für mich behalten – was ich dann auch beherzigt habe –, denn leider gebe es immer wieder vor allem deutsche Touristen, die mit dem eigenen Wagen anreisen und auf der Rückreise einen solchen Kanaldeckel als „Sou-

venir“ im Kofferraum mitnehmen, den sie in einer „Nacht- und Nebel-Aktion“ dem Straßenpflaster entnommen hätten. Dabei sei es schon vorgekommen, dass anschließend ahnungslose Autofahrer, wenn sie die „Löcher“ passierten, in gefährliche Situationen verwickelt worden seien.

Ich habe deshalb auch später, selbst wenn ich von Ostpreußen, denen ich meine Fotos zeigte, gebeten wurde, ihnen die Fundorte zu nennen, keine Informationen weitergegeben, muss aber leider feststellen, dass man inzwischen im Internet relativ genau danach recherchieren kann, was vermutlich dazu führen wird, dass sich die Zahl dieser historisch interessanten Relikte bald weiter reduzieren dürfte. Schade – aber wenigstens kann man sich dann noch an den Bildern erfreuen.



KINDHEITSERINNERUNG

Stullen aus der Hasenbäckerei

Für die Kinder hatte die Großmutter immer etwas Besonderes dabei, wenn sie zu Besuch kam: Hasenbrote

Wenn wir uns von unserer masurischen Heimat erzählen, sprechen wir manchmal auch vom Hasenbrot. Wir waren als Kinder noch recht klein, als Großmutter von einem Besuch bei Tante Marie, ihrer ältesten Tochter, zurückkehrte. Nach dem Auspacken aller mitgebrachten guten Sachen griff sie nochmals tief in ihre Rocktasche und holte mit geheimnisvoller Miene ein Päckchen heraus. „Und hier, Kinderchen“, sagte sie, „ist was ganz Besonderes.“

Sie wickelte das Papier vorsichtig ab. Zum Vorschein kam ein dickes Stück ganz dunklen, groben Roggenbrot. „Das ist ja Brot“, sagten wir Kinder wie aus einem Munde. „Ja, Kinderchen, das ist auch Brot, aber das ist ein ganz besonderes Brot: Das haben die Häschen im Walde gebacken, das ist Hasenbrot“, belehrte uns Großmutter.

Als wir ungläubig darauf starrten, setzte sie sich hin und erzählte uns, als sie durch den Wald gegangen wäre, habe sie die Häschen beim Brotbacken belauscht. „Erst holen sie den Roggen vom Feld,

dann schütteln sie die Körner aus und mahlen sie zwischen den Steinen zu Mehl. Danach holen sie Wasser vom Waldbach,

wo es ganz frisch und rein ist, und kneten den Teig mit ihren kleinen Hasenpfötchen. In der heißen Mittagssonne backt

dann das Brot auf einem großen Stein. Wenn das Brot fertig ist, gibt es ein großes Fest bei den Hasenleuten. Sie fassen sich bei den Pfötchen und tanzen vor lauter Freude.“

Wie bestaunten wir unsere Großmutter, dass sie das alles hatte miterleben dürfen. Neugierig fragten wir, wie sie denn zu dem Hasenbrot gekommen sei. „An artige Kinder geben die Häschen schon mal ein Stück, aber die ungezogenen kriegen nichts ab. Als ich erzählte, dass bei uns zu Hause nur artige Kinder wären, da gaben sie mir für euch ein Stück mit. Riecht es nicht wirklich gut, das Hasenbrot?“

Nur für artige Kinder

Sie brach einem jeden von uns ein Stück davon ab und ließ sich selber ein Bröcklein über. Wir rochen daran. Es war uns, als duftete es wirklich nach Waldblumen und harzigen Bäumen, nach Sonne und Wind. Und es schmeckte seltsam gut, so grob und so dunkel es war. Nicht sehr oft besuchte die Großmutter Tante Marie,

aber jedesmal brachte sie uns ein Stück dunkles Hasenbrot mit. Und jedesmal wusste sie uns was Neues von den Hasenleuten zu berichten.

Erst viel später, als wir Tante Marie selber mal besuchten, als wir älteren Kinder schon lange Großmutter's Geschichten bezweifelten, entdeckten wir, dass Tante Marie es gewesen war, die unser geliebtes Hasenbrot gebacken hatte. Älter geworden, hörten wir später oft die alten masurischen Mütterchen vom Hasenbrot erzählen. Sie kannten sie wohl alle, die Geschichte vom Hasenbrot.

Wie oft brachte so ein wunderbares Stückchen Hasenbrot bei einem weinenden Kind die Tränen zum Versiegen. Wie oft brachte es ein gar zu störrisches zum Lächeln, zum Vergessen seines Kummers. Wie oft war so ein kleines Stückchen Brot zusammen mit der wunderbaren Geschichte darum einem Kinde mehr wert als alles andere Mitgebrachte.

Es war und blieb eben Hasenbrot, von den Häschen im Walde gebacken.

Hertha Pruss



Daran konnte man sich sattessen: Kind mit einem Hasenbrot

● AUFGESCHNAPPT

Das verbreitete, auf die Antike zurückgehende Prinzip „*sum cuique*“ („Jedem das Seine“) ist vor allem in der lateinischen Form geläufig, aber bereits die alten Griechen kannten diesen Grundsatz. Der römische Redner Cicero sagte, dass jedem das Seine gefalle. Ebenso, dass jedem das Seine zukommen solle – im juristisch-politischen Sinne. Die Formulierung war Inschrift des 1701 gestifteten Schwarzen Adlerordens, der höchsten Auszeichnung Preußens. Als Wahlspruch führen die Feldjäger der Bundeswehr „*sum cuique*“ im Truppengattungsabzeichen. Für Felix Klein, den Beauftragten der Bundesregierung gegen Antisemitismus, zählt allerdings allein, dass sich auch die Nationalsozialisten des Ausspruchs bemächtigt, in makabrer Form. Auf Deutsch wurde er am Tor des Konzentrationslagers Buchenwald angebracht. Wie die „Junge Freiheit“ berichtet, bezeichnete Klein daher nun in einem Schreiben an die Verteidigungsministerin „die Aufschrift auf der Kleidung der Feldjäger“ als „unhaltbar“. E.L.



Das Verdichtungskonzept

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Journalist und Bahn-Experte Arno Luik behauptet im Gespräch mit dem „Focus“ (9. Juni), dass die Deutsche Bahn seit 25 Jahren systematisch heruntergewirtschaftet worden sei und nun am Rande des Kollapses stehe:

„Für den Technologie-Standort Deutschland ist diese heruntergewirtschaftete Bahn peinlich, im Grunde eine Schande. Die ganze Situation ist auch deshalb traurig, weil Deutschland einmal ein Bahnland war. Die Deutsche Bahn war für viele andere Länder einmal ein Vorbild. Lang ist's her. Alle staunten, wie pünktlich die Züge hierzulande waren. Heute ist die einzige Bahn, die rechtzeitig abfährt, der Mainzer Rosenmontagszug.“

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Hans-Günter Henneke, moniert in der „Frankfurter Allgemeinen“ (11. Juni) den lockeren Umgang von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) mit dem Geld der Steuerzahler:

„Zur Amtsausübung des jeweiligen Bundesfinanzministers gehört doch sicher nicht, so zu tun, als spiele Geld keine Rolle mehr. Das gilt auch für die Ausnahme der Ausnahme, das sogenannte Sondervermögen für die Bundeswehr ... Die Einhaltung der regulären Schuldenbremse steht 2023 nur auf dem Papier. Wir lügen uns damit in die Tasche.“

Andreas Zimmermann hat genug von der längst offensichtlich bodenlosen Panikmache hinsichtlich Corona. Auf „achgut.com“ (13. Juni) fordert er daher:

„Wer, wie Karl Lauterbach oder gerade eben der sogenannte Expertenrat in seiner elften, wahrhaft dystopischen Stellungnahme, angesichts der bisherigen Ergebnisse immer noch behauptet, dass man Maßnahmen und Impfungen unbedingt fortführen und am besten noch forcieren und verschärfen müsse, gehört nicht in ein öffentliches Amt, sondern vor ein ordentliches und unabhängiges Gericht.“

Der langjährige „Tatort“-Regisseur Tom Bohn hat der „Neuen Zürcher Zeitung“ (11. Juni) erklärt, warum er nicht mehr für die öffentlich-rechtliche Serie arbeiten will:

„Man glaubt, dem Zuschauer alles erklären zu müssen. Es darf bloß nicht jemand etwas missverstehen. Dahinter steckt die Angst, in der Öffentlichkeit für einen Nazi gehalten zu werden oder für einen radikalen Linken, für einen Pädophilenfreund, für einen Homosexuellenverurteilenden, einen AfD-Nahen.“

● WORT DER WOCHE

„Wenn die Energieversorger ... die neuen Bescheide mit den Preisen für Gas und Strom hinausschicken, werden wir ... demnächst Menschen versorgen, die im Moment noch gar nicht wissen, dass sie bald Tafelkunden sind.“

Uwe Lampe, Chef des Landesverbandes der Tafeln in Niedersachsen und Bremen, gegenüber der „Welt“ vom 14. Juni

DER WOCHENRÜCKBLICK

Notfalls mit Gewalt

Was der Klimawandel alles gleichzeitig kann, und wie wir die Schwarzen auf unsere Linie zwingen

VON HANS HECKEL

Es wird immer schlimmer, der Klimawandel schlägt erbarmungslos zu, oder genauer gesagt: Er sticht zu. Ja, er sticht jetzt auch. Der Sender n-tv berichtet über eine Mückenplage, die uns derzeit heimsucht. Dabei kommt der Arzt und Medizinjournalist Christoph Specht zu Wort, der uns aufklärt, welchem Phänomen wir die Plage zu verdanken haben: „Natürlich spielt auch hier der Klimawandel mächtig mit hinein.“ Nämlich, weil es früher im Jahr feucht und warm werde wegen des Wandels, weiß Specht.

Aber hatten wir nicht gerade erst verdaut, dass der Klimawandel mitverantwortlich sei für das Insektensterben? Das baue mir mal einer zusammen: Der Klimawandel überschüttet uns einerseits mit einer Mückenplage, während er gleichzeitig das grassierende Wegsterben der Quälgeister bewirkt. Ich gebe zu: Ich bin verblüfft.

Oder bin ich nur so ein blöder „Klimawandel-Leugner“? Den Vorwurf handelt man sich ja sofort ein, wenn man sich ein wenig skeptisch zeigt. Wer mir das vorhält, möge mir aber wenigstens verraten, was genau ich nun „leugne“: die Mückenplage oder das Insektensterben? Ich zöge für Mückenplage vor, denn von der habe ich hier an den Gestaden Küstengermaniens noch nichts mitbekommen.

Luisa Neubauer dürfte mein Problem herzlich egal sein. Greta Thunbergs Statthalterin in Deutschland plagen ganz andere Sorgen. Ihr kommt seit gut zwei Jahren ständig etwas in die Quere. Bis Anfang 2020 war die Welt der „Fridays for Future“-Aktivistin noch in Ordnung, das ganze Land hing an ihren Lippen, von denen unausgesetzt Horrorszenerarien tropften und die Menschen in Gehorsamsstarre versetzten.

Dann überrollte erst Corona die Bewegung, und seit dessen Schockwirkung am Verklingen ist, saugen der Ukrainekrieg, die rapide Inflation und infolgedessen ganz handfeste Zukunftssorgen der einfachen Menschen alle Aufmerksamkeit auf. Zwar geben sich die Medien, allen voran die Staatsender, alle erdenkliche Mühe, die Klimakiste am Kochen zu halten. Aber der Funke springt nicht mehr über: Krieg und Inflation überflügeln das Thema „Klimaschutz“ bei jüngsten Umfragen als größte Sorge der Deutschen um Längen.

Es muss also wieder Schwung in die Sache, dachte sich Neubauer, und nahm ein neues Projekt ins Visier. Und zwar mit Schmackes: In Kopenhagen protestierte sie gegen ein Pipeline-Projekt, das Uganda mit Öl versorgen soll. Dazu sagte Neubauer: „Wir sind am planen, wie wir eine Pipeline hochjagen können.“ Gemeint war die in Afrika.

Möglicherweise war der Satz keine so gute Idee. Die den Klima-Aktivisten geneigten Medien wollten nicht recht anspringen, es war ihnen wohl zu peinlich, was Neubauer da rausgehauen hatte. Tatsächlich verrät die Passage eine Menge über Neubauer und ihre Sicht der Dinge.

Als erstes fällt die hohe Nase in den Blick, mit der die Tochter aus gut situiertem Hamburger Elternhaus den Afrikanern begegnet. Die Pipeline soll einem der ärmsten Länder der Welt ein bisschen aus der Patsche helfen und Tausenden von Menschen dort direkt Arbeit geben bei einem Vorhaben, von dem Millionen profitieren werden. Und da kommt die jugendfrische Weltretterin aus Europa und doziert aus der Ferne, was Afrika frommt und was nicht und dass die Schwarzen alles falsch machen. Vor allem aber: Dass diese klimapolitisch unterentwickelten Halunken unsere ganze Härte spüren müssen („hochjagen“), wenn sie nicht von selber spüren.

Ein „normaler“ Geschäftsmann

Dabei vergisst Neubauer natürlich nicht, darauf hinzuweisen, welche europäischen Konzerne und Banken ihre schmutzigen Hände in dem Pipeline-Projekt haben. Damit will sie vermutlich den „kolonialistischen“ Charakter des Vorhabens bloßstellen. In Wahrheit gibt sie etwas ganz anderes preis: Nämlich ihre tiefe Überzeugung, dass die verantwortlichen Afrikaner viel zu doof sind, um zu begreifen, was da bei ihnen passieren soll, und sich deshalb von den geistig überlegenen Weißen aufs Glatteis führen lassen.

Wer hätte gedacht, dass der Kolonialismus in Deutschland noch in so hoher Blüte steht, wie er sich hier bei Neubauer zeigt. Die „da unten“ können es einfach nicht, weshalb wir sie anleiten müssen. Dass die neuen Kolonialisten zutiefst davon überzeugt sind, die wahren und reinsten Anti-Kolonialisten zu sein, kann nur den verwundern, der bislang auch die aufreizend enge Verwandtschaft von Faschismus und Antifa ignoriert hat.

Von der Öffentlichkeit weitgehend übersehen, sind die nordamerikanischen und eu-

ropäischen „Anti-Kolonialisten“ allerdings dabei, den größten Bock in der Geschichte ihrer Bewegung zu schießen. Es geht um die Sklaverei, mit der die Weißen angeblich eine untüchtige Schuld an den Schwarzafrikanern auf sich geladen haben, wofür sie – wie immer am Ende solcher Kampagnen – viel Wiedergutmachungsgeld zahlen sollten.

Nun war die Sache aber so: Nicht weiße Häscher durchkämmten afrikanische Wälder, um Leute zu kidnappen und in die Sklaverei zu entführen. Es waren schwarzafrikanische Häscher und Händler, welche die „Ware“ einsammelten, um sie wem auch immer in den Häfen ihrer Länder feilzubieten wie Obst und Gemüse. Und unter die Kunden mischten sich neben einheimischen Abnehmern eben auch arabische, europäische und amerikanische Interessenten.

Volker Seitz, einst deutscher Botschafter in Jaunde (Kamerun), ließ vor zwei Jahren die nigerianische Bestseller-Autorin Adaobi Tricia Nwaubani zu Wort kommen, die „gestanden“ hat, dass auch ihr Urgroßvater im Sklavengeschäft tätig gewesen sei. Sie würde ihn als „Geschäftsmann“ bezeichnen, der Geld mit etwas verdient habe, das damals in ihrer Heimat als völlig normal anerkannt gewesen sei, lange schon, bevor die Weißen dort Fuß gefasst hätten. Und die Autorin warnt: „Die Beurteilung der Menschen der Vergangenheit Afrikas nach heutigen Maßstäben würde uns dazu zwingen, die Mehrheit unserer Helden als Schurken abzustempeln.“

Och, kein Problem: Die Stempelerei unserer Helden haben wir hier schon fast vollständig und erfolgreich abgeschlossen. Wir können zeigen, wie das geht. Aber wenn die Afrikaner sich und ihrer Geschichte das gar nicht antun wollen? Dann fragen wir Luisa Neubauer. Die wird schon wissen, wie wir diese Schwarzen mit Gewalt auf unsere Linie zwingen.

Indes, wenn eines Tages Wiedergutmachung gezahlt werden sollte für die Sklaverei, in welche Richtung müsste die dann fließen? Etwa von Amerika (wo die Nachfahren der Sklaven leben) nach Afrika – also an die Nachfahren der Häscher und Händler? Oder nicht vielmehr umgekehrt? Die „Anti-Kolonialisten“ sollten noch einmal tief darüber nachdenken, was sie da lostreten. Nwaubani weiß genau, warum sie das Sklaverei-Thema lieber auf sich beruhen lassen möchte. Sie kennt die Geschichte ihres Volkes und weiß, dass die anders verlief als in der Propaganda-Schablone unserer „Aktivisten“.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de